

Sand im Getriebe 151

Der Newsletter „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Website: www.sand-im-getriebe.org

E-Mail: sand-im-getriebe@posteo.de



Langstreckenrennen

25 Jahre Attac3	<u>Deutsch-Palästinensische Gesellschaft:</u>
<u>Ignacio Ramonet:</u> Die Märkte entzweiigen!.....3	Entrechtung und anhaltende Vertreibung der
Gründung von Attac vor 25 Jahren.....4	Palästinenser:innen.....18
<u>Attac Frankreich:</u> 25 Jahre Kampf für soziale,	<u>Sonia Combe:</u>
steuerliche und ökologische Gerechtigkeit.....4	Darf man in Deutschland Israel kritisieren?.....20
Konferenzen im Sommer 2023.....5	Grundrechte unter Beschuss23
Frieden6	<u>Fabian Scheidler:</u>
<u>Giorgio Romano Schutte:</u>	Warum eine Freilassung von Julian Assange
Das Ende des Westens.....6	entscheidend für unsere Zukunft ist.....23
Bolivien - Die Geopolitik des guten Lebens	<u>Newsletter von Attac Hamburg:</u>
als Gegenmodell zur neoliberalen Geopolitik.....7	Eine Frage des Gewissens! Oder doch nicht?....25
Hinweise auf Artikel und Aktionen.....8	<u>Ingeborg Schellmann:</u> Die Universität Kiel miss-
<u>Wiener Friedenskonferenz, Juni 2023:</u>	achtete das Grundrecht der Meinungsfreiheit....26
Frieden mit friedlichen Mitteln.	Europa27
Waffenstillstand und Verhandlungen jetzt!.....9	Willkommen im zivilisierten Europa!27
<u>Medea Benjamin:</u> Internationales Gipfeltreffen	Es ist ein Verbrechen. 600 Mal Mord!.....27
in Wien für den Frieden in der Ukraine.....9	Das gemeinsame Europäische Asylsystem =
Handels- und Investitionsverträge ablehnen!	Ausverkauf der Menschenrechte.....28
<u>148 unterzeichnende Organisationen:</u> Global-	<u>Pro Asyl:</u> Ausverkauf der Menschenrechte....28
abkommen EU-Mexiko NICHT ratifizieren!....12	<u>Heribert Prantl:</u> Migration: Wir können uns
<u>170 Organisationen:</u> Solidarität, Gleichheit,	einmauern oder den Reichtum teilen.....31
Kooperation und nachhaltiger Handel: eine	Frankreich32
Alternative zum EU-Mercosur Abkommen....14	<u>W. Rügemeier:</u> Macron, BlackRock & Co.....32
Rückschlag beim Kampf gegen Geldwäsche15	Der Kampf geht weiter.....33
<u>Corporate Europe Observatory:</u> Kampf gegen den	<u>Attac Frankreich:</u> Stoppt die Kriminalisierung
Lobbyismus der fossilen Brennstoffindustrie...15	der sozialen und ökologischen Bewegungen! 33
Palästina16	Gewerkschaftliche Strategien; <u>Sophie Binet:</u>
<u>Attac Frankreich:</u> Palästina:	Nichts wird mehr wie früher sein35
Es ist dringend notwendig, sich gegen	Politische Alternativen? NUPES; F. Ruffin. 38
Kolonisierung und Apartheid zu engagieren!....16	Wir trauern um Maria Mies39
	Wir trauern um Winfried Wolf40

Vorwort

Ignacio Ramonets Editorial „Die Märkte entwaffnen!“ war 1998 der Gründungsstein von Attac Frankreich, später von weiteren Attac-Verbänden. **Attac Frankreich** zieht eine Bilanz von „25 Jahren Kampf für soziale, steuerliche und ökologische Gerechtigkeit“. Dazu gehören weiterhin die Ablehnung von **Freihandelsverträgen** (EU-Mexiko, EU-Mercosur, ...) und der Kampf gegen den Lobbyismus der fossilen Brennstoffindustrie (**Corporate Europe Observatory**).

Über die **Wiener Friedenskonferenz** im Juni 2023 „Frieden mit friedlichen Mitteln. Waffenstillstand und Verhandlungen jetzt!“ berichtet **Medea Benjamin**. Beschlossen wurde eine Aktionswoche Anfang Oktober 2023. **Giorgio Romano Schutte** führt aus, „der Krieg gegen die Ukraine zeigt, Europas Politiker und Meinungsmacher haben keine Ahnung von den Sichtweisen und Erwartungen des Globalen Südens.“

75 Jahre nach der Gründung des Staates Israel stellt die **Deutsch-Palästinensische Gesellschaft** die „Entrechtung und anhaltende Vertreibung der Palästinenser:innen“ fest; **Sonia Combe** fragt: „Darf man in Deutschland Israel kritisieren?“ und **Attac Frankreich** erklärt „Es ist dringend notwendig, sich gegen Kolonisierung und Apartheid zu engagieren!“

Fabian Scheidler unterstreicht, „warum eine Freilassung von Julian Assange entscheidend für unsere Zukunft ist.“ Grundrechte stehen allerorts unter Beschuss, z. B. wenn die Universität Kiel das Grundrecht der Meinungsfreiheit missachtete, wenn mit einem neuen Asylrecht die Menschenrechte ausverkauft werden (**Pro Asyl**), wenn 600 Menschen an der griechischen Küste ertrinken („Willkommen im zivilisierten Europa!“). Heribert Prantl mahnt: „Migration: Wir können uns einmauern oder den Reichtum teilen.“

In **Frankreich** gehen die Kämpfe nicht nur gegen die von BlackRock stark empfohlene Rentenreform weiter. Die Antwort der Regierung besteht immer mehr in Verhaftungen, Auflösung von Organisationen, polizeilicher Repression und drakonischen Strafen. **Attac Frankreich**: „Attac und mehrere Verbände im Visier der Regierung: Stoppt die Kriminalisierung der sozialen und ökologischen Bewegungen!“

„Die Erfolge gegen Macron haben Bedeutung für ganz Europa! Die demokratische, friedliche, soziale Neugründung Europas steht an!“ betont **Werner Rügemer**. Mit welcher gewerkschaftlichen Strategie und mit welchen politischen Alternativen Erfolge errungen werden können, darüber wird breit diskutiert:

Sophie Binet: „**Wir befinden uns nun in einem Langstreckenrennen.** [...] Wir sind in einer starken Position, um die Lohnkonflikte zu vervielfachen. [...] Wir sind in einer starken Position, um eine Sozialversicherung, die „von der Geburt bis zum Tod schützt“, wieder aufleben zu lassen. Wir sind in einer starken Position, [...] um zu zeigen, dass die Antwort auf die Umweltherausforderungen einen Bruch mit der kapitalistischen Politik erfordert.“

Für einen Bruch in Schrift und Tat mit der kapitalistischen Politik haben sich **Maria Mies** („Patriarchat und Kapitalismus“) und **Winfried Wolf** (u. a. Verkehrswende-Experte und konsequenter Kriegsgegner) eingesetzt. Wir vermissen sie.

Foto auf der ersten Seite: Attac Frankreich, 23.6.2023



Der Newsletter „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

In eigener Sache: Die „Sand im Getriebe“-Seite soll am 15. Juli 2023 von der Attac-DE-Website gelöscht werden – gegen den Willen der SiG-Redaktion und trotz vieler Proteste von Attac-Mitgliedern und Regionalgruppen

(Dokumentation über diesen für Attac Deutschland unrühmlichen Vorgang auf unserer neuen Website)

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen.

E-Mail: sand-im-getriebe@posteo.de

Gedruckte Exemplare von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 € + Porto). Abonnement: 15 € für 5 Ausgaben. Bestellung in Deutschland per E-Mail an sig-abo@gmx.de.

Redaktion dieser Nummer: Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes, Christian Weber (Mitglieder von Attac Deutschland; diese Angabe dient nur zur Identifikation der Personen).

Danke an alle, die uns Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

25 Jahre Attac

Ignacio Ramonet Die Märkte entwaffnen!

Dezember 1997 - Der Taifun über den Börsen Asiens bedroht den Rest der Welt. Die Globalisierung des Finanzkapitals ist dabei, die Menschen rundum zu verunsichern. Sie umgeht und erniedrigt die Nationen und deren Staaten. Dabei sind sie die maßgeblichen Orte für die Ausübung der Demokratie und die Garanten des Gemeinwohls.

Zudem haben die Finanzmärkte sich längst einen eigenen Staat geschaffen, einen supranationalen Staat, der über eigene Apparate, eigene Beziehungsgeflechte und eigene Handlungsmöglichkeiten verfügt. Es handelt sich um das institutionelle Viereck aus Internationalem Währungsfonds (IWF), der Weltbank, der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Welthandelsorganisation (WTO).

Unisono preisen diese Institutionen die „Tugenden des Markts“ – und nahezu alle großen Medien beten es nach.

Dieser Weltstaat ist ein Machtzentrum ohne Gesellschaft. An deren Stelle treten immer mehr die Finanzmärkte und die Riesenkonzerne. Von ihnen erhält er sein Mandat. Die Folge ist, dass die real existierenden Gesellschaften machtlose Gesellschaften sind (1) und die Lage sich stetig verschlimmert.

Als Nachfolgerin des GATT ist die WTO seit 1995 zu einer Organisation mit supranationalen Befugnissen geworden, die keiner parlamentarisch-demokratischen Kontrolle unterliegt. Sie kann verkünden, dass nationale Gesetze bezüglich Arbeitsrecht, Umweltschutz oder Gesundheitswesen „der Freiheit des Handels entgegenstehen“, und deren Aufhebung fordern. (2) Im übrigen wird in der OECD abseits der Öffentlichkeit seit Mai 1995 der äußerst wichtige multilaterale Investitionsvertrag (MAI) ausgehandelt, der 1998 zur Unterzeichnung ansteht. Er zielt darauf ab, den Investoren gegenüber nationalen Regierungen eine Blankovollmacht zu erteilen.

Will man verhindern, dass die Welt sich im kommenden Jahrhundert endgültig in einen Dschungel verwandelt, in dem Raubtiergesetze gelten, so ist die Entwaffnung der Finanzmächte erste Bürgerpflicht.

Etwa 1500 Milliarden Dollar wandern mehrmals täglich auf den Devisenmärkten hin und her; es wird auf Schwankungen im Devisenkurs spekuliert. Die Instabilität der Wechselkurse ist eine der Ursachen für den Anstieg der Realzinsen, die den privaten Konsum und die Investitionen der Unternehmen verringern. Die Instabilität verschärft die Defizite der Staatshaushalte. Die Pensionsfonds, die mit einigen hundert Milliarden Dollar arbeiten, drängen bei den Unternehmen auf immer höhere Dividenden. Die Lohnabhängigen sind die Hauptopfer dieser Jagd nach Profit, denn wenn sie massenhaft entlassen werden, schießen die Börsenkurse ihrer ehemaligen Arbeitgeber in die Höhe.

Können die Gesellschaften der Welt noch lange hinnehmen, was nicht hinnehmbar ist? Es wird höchste Zeit, den zerstö-

rerischen Kapitalbewegungen Sand ins Getriebe zu streuen. Das ist auf dreierlei Weise möglich: über die Abschaffung der „Steueroasen“, über die höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften und über eine allgemeine Besteuerung der Finanztransaktionen.

Steueroasen sind bekanntlich Gebiete, in denen das Bankgeheimnis dem einzigen Zweck dient, Unterschlagungen und andere mafiöse Geschäfte zu vertuschen.

Milliarden Dollar werden auf diese Weise der Besteuerung entzogen – im Interesse der Mächtigen und der Finanzunternehmen. Alle Großbanken der Welt haben Filialen in „Steueroasen“ und ziehen daraus großen Profit. Ließe sich nicht ein Finanzboykott von Gibraltar, den Kaimaninseln oder Liechtensteins durchsetzen, indem Banken, die mit öffentlichen Stellen zusammenarbeiten, untersagt wird, dort Filialen zu eröffnen?

Die Besteuerung der Finanzeinkünfte ist eine demokratische Minimalforderung. Finanzeinkünfte sollten genauso hoch besteuert werden wie die Einkünfte aus Lohnarbeit, was freilich nirgends der Fall ist, schon gar nicht in der Europäischen Union.

Die völlig freie Kapitalzirkulation untergräbt die Demokratie. Deshalb müssen Abschreckungsmechanismen installiert werden. Einer davon ist die „Tobin-Steuer“, benannt nach dem Nobelpreisträger für Ökonomie James Tobin. Er hatte 1972 angeregt, in bescheidenem Umfang alle Transaktionen auf den Devisenmärkten zu besteuern, um diese zu stabilisieren und der Weltgemeinschaft Einkünfte zu verschaffen. Bei einem Satz von 0,1 Prozent würde die Tobin-Steuer jährliche Einkünfte von rund 166 Milliarden Dollar einbringen – das Doppelte der Summe, mit der bis zur Jahrtausendwende die extreme Armut in der Welt beseitigt werden könnte. (3) Zahlreiche Experten haben gezeigt, dass die Einführung dieser Steuer keinerlei technische Schwierigkeit bereiten würde. (4) Ihre Erhebung würde das liberale Credo all derer zerfetzen, die unentwegt predigen, es gebe zum aktuellen System keine Alternative.

Warum nicht eine weltweite regierungsunabhängige Organisation namens „**Aktion für eine Tobin-Steuer als Bürgerhilfe**“ (**Action pour une taxe Tobin d'aide aux citoyens – Attac**) ins Leben rufen? Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den zahlreichen Organisationen, die kulturelle, soziale oder ökologische Ziele verfolgen, könnte sie gegenüber den Regierungen als gigantische staatsbürgerliche Pressuregroup auftreten, mit dem Ziel, endlich wirksam eine weltweite Solidaritätssteuer durchzusetzen.

(1) André Gorz, „*Misères du présent, richesses de l'avenir*“, 1997

(2) François Chesnais, „*La Mondialisation du capital*“, 1997

(3) „*Rapport sur le développement humain 1997*“

(4) Mahbub Ul Haq, Inge Kaul und Isabelle Grunberg, „*The Tobin Tax: Coping with Financial Volatility*“, 1996. / Ibrahim Warde, „*Die Tobin-Steuer, ein wenig Sand im Getriebe*“, Februar 1997.

Übersetzung der SiG-Redaktion aus dem [Französischen](#)

Gründung von Attac vor 25 Jahren

„Überwältigt von einer Flut von Leserbriefen zu dem Artikel von Ignacio Ramonet und zu der darin erwähnten „Association“, lädt die Zeitung „Le Monde Diplomatique“ Anfang 1998 kurzerhand zu einer Gründungsversammlung von Attac nach Paris ein. Bald darauf erweitert sich die inhaltliche Breite von Attac. Aus einer Initiative zur Einführung der Tobin-Steuer wird schon bald ein Bündnis, das die verschiedenen Aspekte der Globalisierung wie Welthandel, globale Verteilungsfragen, Steuerflucht, Standortkonkurrenz etc. kritisch hinterfragt. Bereits am Ende des selben Jahres lädt Attac Frankreich Gruppen aus verschiedenen Ländern ein, um mit ihnen eine internationale Plattform von Attac zu planen und zu entwickeln.“ (Aus: „Alles über Attac“, Seite 14, herausgegeben von Attac Deutschland, 2004)

Attac Frankreich („Association pour une Taxation des Transactions financières et pour l'Action Citoyen-ne-s“) wurde im Juni 1998 gegründet. [Gründungserklärung](#)

Auf einem Treffen am 11./12. **Dezember 1998** wurde eine gemeinsame [Charta für alle Attac-Verbände](#) vereinbart, „Es geht einfach darum, die Zukunft unserer Welt wieder gemeinsam in die Hand zu nehmen.“

Auf dieser Grundlage ist in November 2000 **Attac Deutschland** entstanden, "die Gründer*innen des Netzwerks wollten deutlich machen, sich als Teil der internationalen Attac-Bewegung zu verstehen." ([Selbstverständnis](#)) **Attac Schweiz** wurde am 25. September 1999 gegründet. **Attac Österreich** wurde am 6. November 2000 gegründet.

Attac Frankreich 25 Jahre Kampf für soziale, steuerliche und ökologische Gerechtigkeit

([Text und kurzes Video](#) auf Französisch)

Samstag, 3. Juni 2023 – Seit ihrer Gründung am 3. Juni 1998 hat unsere Vereinigung sich ständig gewandelt und die sozialen Bewegungen, in deren Zentrum sie ihre Arbeit stellt, begleitet. Dennoch bleibt sie den Prinzipien ihrer Gründung treu. 25 Jahre sind für Attac das Alter der Gestaltungsmöglichkeiten und der Zeitpunkt, sich auf den Weg in eine wünschenswerte Zukunft zu begeben.

Es ist schwierig, Attac in wenigen Sätzen zusammenzufassen. Einfach ausgedrückt: **Wir verstehen uns als eine Vereinigung, die für soziale, steuerliche und ökologische Gerechtigkeit kämpft.** Wenn dies auch zutrifft, ist es gleichzeitig so formuliert unbefriedigend! Wenn man die Aktivistinnen und Aktivisten fragt, die Attac tagtäglich gestalten, legen sie den Schwerpunkt weniger auf die Themen der Vereinigung, als vielmehr auf die Art und Weise, wie wir all diese Kämpfe voranbringen. Bevor wir auf die Methode zu sprechen kommen, sei nebenbei erwähnt, dass wir nicht alles falsch verstanden haben, denn in den letzten 25 Jahren hat sich unsere historische und grundlegende Forderung – eine Finanztransaktionssteuer – von einer utopischen Idee zu einer konkreten, wenn auch weitgehend unzureichenden Maßnahme entwickelt. Ebenso ist Attac mit seiner beharrlichen Anprangerung von Steuer- und Justizoasen oft auf die Skepsis oder gar Verleugnung vieler Politiker gestoßen, bis die Kette von Skandalen bewiesen hat, dass unsere Vereinigung richtiglag.

Wie ist Attac vorgegangen, um dieses Instrument auf die Agenda der öffentlichen Politik zu setzen? Die aktiven Mitglieder von Attac legen in erster Linie Wert auf Gründlichkeit bei der Erarbeitung der von ihnen vertretenen Forderungen. Der wissenschaftliche Rat von Attac hat eine zentrale Rolle in unserer Organisation gespielt und Attac steht-

nach wie vor für Expertise und Professionalität. Dennoch sind Gründlichkeit und Professionalität für uns alles andere als Halbherzigkeit. Ganz im Gegenteil, bei unseren Kämpfen geht es um emanzipatorische Perspektiven. Die von uns angestrebte soziale Transformation ist radikal in dem Sinne, dass sie einen Bruch mit dem derzeitigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen System darstellt. Der neoliberale und extraktivistische Kapitalismus befeuert nur die Ungleichheiten auf allen Ebenen, von der lokalen bis zur internationalen Ebene. Wir erstellen und verbreiten regelmäßig Analysen dieses Systems und schlagen konkrete Instrumente vor, um schrittweise, aber konsequent aus diesem System auszusteigen. Getreu dem globalisierungskritischen Slogan „Eine andere Welt ist möglich“ fügen wir hinzu, dass sie dringend und erstrebenswert ist.

Unsere Kämpfe werden von einem weiteren Merkmal bestimmt, das die DNA von Attac von Anfang an ausmacht: das Bestreben, gemeinschaftlich an der Schaffung von Zusammenschlüssen zu arbeiten. **Unsere Vereinigung ist aus dem Zusammenschluss von Gewerkschaften, Verbänden, Gruppen, Medien und Persönlichkeiten entstanden**, die weiterhin das von uns als Kollegium der Gründungsmitglieder bezeichnete Gremium bilden. Das Zusammenführen um gemeinsame Losungen und Formen der Mobilisierung macht die Existenzberechtigung von Attac aus, und das haben wir erst kürzlich im Zusammenhang mit der aktuellen sozialen Bewegung bewiesen, ob es sich nun um die Rosies oder die Kochtopffaktionen („Casserolades“) handelt. Es liegt uns am Herzen, **ein Instrument im Dienste der sozialen Bewegung zu sein**, um ihr Breite zu verleihen und zu ihren Siegen und Erfolgen beizutragen.

All dies wird von Aktivistinnen und Aktivisten getragen, mit der maßgeblichen Unterstützung unseres Teams von

Hauptamtlichen. Attac ist also **eine engagierte Vereinigung**, und ihre Fähigkeit, sich zu erneuern, beruht gerade auf dem starken Einsatz der mehreren tausend Menschen, die sie überall im Land lebendig werden lassen. Von den lokalen Komitees bis zu den nationalen Arbeitskreisen werden die Prinzipien der **Volksbildung** angewandt oder sollen angewandt werden. Ohne zu behaupten, dass unsere Arbeitsweise perfekt und absolut horizontal ist, kann man jedoch sagen, dass **Horizontalität** ein kollektives Bestreben ist und dass wir uns gemeinsam und regelmäßig Gedanken darüber machen, wie wir jede/-n willkommen heißen und ihr/ihm ermöglichen können, mit Attac zu agieren. **Wir hinterfragen auch zunehmend die inneren Machtverhältnisse**, unter anderem durch die Arbeit der Antisexismusgruppe, deren Aufgabe es ist, die Vereinigung mit den

von uns vertretenen feministischen Prinzipien in Einklang zu bringen. Eine Veränderung der Gesellschaft erfordert die Befähigung der Bürgerinnen und Bürger, in dieser Perspektive zu handeln. **Attac erfüllt ihre Aufgabe, wenn Menschen sich durch die Aneignung und Entwicklung analytischer Werkzeuge, aber auch durch aktives Handeln emanzipieren.**

Zu unserem 25. Geburtstag können wir uns daher nur wünschen, auch weiterhin den Mut zu haben, für Ideen zu kämpfen, die radikal oder utopisch erscheinen, denn was unsere kurze Geschichte zweifellos beweist, ist, dass es sich auszahlt. Der Enthusiasmus, den unsere Kämpfe hervorrufen, ermöglicht solchen Ideen, Realität zu werden, dank des Engagements von Menschen, die fest genug daran glauben, um sie zu ihrem Kampfhorizont zu machen..

Attac Deutschland:
Seit einem Vierteljahrhundert in Bewegung und immer noch kritisch!
 Attac Frankreich wird 25 Jahre alt – [News](#), 02.06.2023

Attac Österreich:
25 Jahre Attac: Die Macht der Konzerne brechen
 Langjährige Attac-Forderungen sind von einer "Utopie" zu politischer Realität geworden – [News](#), 02.06.2023

Für einen Rückblick über 25 Jahre Attac:
 - [SiG-Sondernummer, Juli 2010: Was wir wollen – Internationale Attac Bewegung und Weltsozialforum Erklärungen zur Globalisierung und ihren Krisen](#)
 - [SiG 100 \(2013\)](#) „Dialektik der Globalisierung – so viel Wandel war nie“: einige wichtige Artikel der letzten zehn Jahre: Globalisierungstheorien, G8-G20-Gwelt – Globalisierung und Krieg, Revolte und Bewegung (A. Roy, Huffschmidt, Arrighi, Bello, Naomi Klein u. v. m.)
Weitere Hinweise in der Werkstatt für SiG 151

Konferenzen im Sommer 2023

Österreich:
SommerAkademie der sozialen Bewegungen
Gemeinsam für Gerechtigkeit! Mächtig werden gegen Klimakrise und Kapitalismus
13. bis 16. Juli 2023 in Traiskirchen/NÖ
 Klima, Krieg und Krisen - wir kennen die Probleme, haben die richtigen Analysen und Lösungsvorschläge. Doch wie können wir uns selbst und andere ermächtigen, um eine gerechte Gesellschaft tatsächlich zu erreichen? Mehr: [Attac Österreich](#)

Frankreich:
Sommeruniversität der sozialen Bewegungen und der Solidarität
23.- 27. August 2023 in Bobigny (bei Paris)
Mehr: [attac Frankreich](#)

Tagung/Konferenz
Zeitenwende – welche Zeitenwende?
Umbrüche im globalen Kapitalismus
 Goethe-Universität, Campus Westend Grüneburgplatz 1
 60323 Frankfurt
 Zeit **14.07.2023, 10:00 Uhr - 15.07.2023, 20:00 Uhr**
 [...] Die Demokratie wird von starken Kräften infrage gestellt, die Globalisierung geht in Deglobalisierung über, der Alltag und der wirtschaftliche Wohlstand werden durch Umweltkatastrophen, geopolitische Konflikte, Lieferkettenausfälle oder Energieknappheit bedroht. Die immer schnellere Abfolge neuer Krisen – von den Umweltkrisen über die Covid-Pandemie bis zu den gefährlichen imperialistischen Konkurrenzen – gibt Anlass, die viel beschworene «Zeitenwende» im Zusammenhang mit vielfachen Krisen und katastrophischen Prozessen zu denken. Dabei sollte angesichts der Katastrophe auch über eine Zukunft nach dem Kapitalismus nachgedacht werden.
 [...] Neben einem besseren Verständnis der Realitäten, mit denen wir konfrontiert sind, geht es nicht zuletzt auch darum, die politischen Eingriffsmöglichkeiten emanzipatorischer, antikapitalistischer und ökologischer Praxen [...] Die Konferenz wird veranstaltet von Prof. Dr. Bernd Belina, Apl. Prof. Dr. Alex Demirović und Prof. Dr. Susanne Heeg – in Kooperation mit der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (Dr. Sebastian Klauke) und der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Dr. Thomas Sablowski). Für die Teilnahme an der Veranstaltung ist eine verbindliche **Anmeldung bis zum 30.6.2023 erforderlich.**
https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/VKN5W



<http://lesresistantes2023.fr/>

- Treffen der lokalen und globalen Kämpfe

Frieden

Giorgio Romano Schutte Das Ende des Westens

Der Krieg gegen die Ukraine zeigt, Europas Politiker und Meinungsmacher haben keine Ahnung von den Sichtweisen und Erwartungen des Globalen Südens.

18.4.2023 – **Lula bleibt bei seinem Nein.** In der vergangenen Woche betonte Brasiliens Präsident Luiz Inácio da Silva bei seinem Staatsbesuch in China einmal mehr, weitere Waffenlieferungen an die Ukraine würden nur zu einer Eskalation des Krieges führen und jede Aussicht auf Friedensverhandlungen verbauen. Bei vielen Europäerinnen und Europäern, die sich selbst als Freunde Lulas sehen, sorgten seine Äußerungen für Enttäuschung und Kritik.

Der Krieg in der Ukraine lässt eine Reihe von harten Realitäten offen zutage treten. Europäische Spitzenpolitiker und Meinungsmacher beweisen, dass sie nicht den Hauch einer Vorstellung haben von den Sichtweisen und Erwartungen der nicht-westlichen Welt, die heute als „Globaler Süden“ bekannt ist. Dass Länder wie Brasilien, Südafrika und Indien den Narrativen und der Politik der NATO-Staaten und ihrer Verbündeten nicht blind folgen, hätte niemanden überraschen dürfen. Das heißt noch lange nicht, dass sie den russischen Einmarsch in die Ukraine gutheißen.

Unmittelbar nach der Invasion verurteilte Lula – damals noch als Oppositionsführer – „den Einsatz militärischer Gewalt zur Beilegung von territorialen Differenzen, die auf dem Verhandlungsweg geregelt werden sollten“.

Nach seiner Wahl zum Präsidenten stimmte Brasilien am 23. Februar für die UN-Resolution, mit der ein sofortiger Rückzug der russischen Truppen gefordert wurde.

Trotzdem verweigerte Lula sich der Forderung von Bundeskanzler Olaf Scholz, Munition für die Gepard-Flugabwehrpanzer an die Ukraine zu liefern.

Für Deutschland bedeutet der Krieg in der Ukraine eine „Zeitenwende“ – für den Globalen Süden nicht.

Deutschland ist für Brasilien in vielen Bereichen – von Anlageinvestitionen bis zur Umweltpolitik – seit Langem ein wichtiger Partner. Ende Januar reiste Scholz als erster westlicher Regierungschef nach dem Beginn von Lulas neuer Amtszeit nach Brasilien. Andererseits gibt Deutschland sich anscheinend nicht die geringste Mühe, Brasiliens Haltung zu verstehen und zu respektieren. Scholz hätte klar sein müssen, dass Lula gar nicht anders konnte, als sein Ansinnen abzulehnen – genau wie die beiden anderen südamerikanischen Länder, die er auf seiner Reise besuchte: Chile und Argentinien. Auch dort bat er vergeblich um Unterstützung bei den Waffenlieferungen an die Ukraine.

Der Grund für die Ablehnung ist leicht zu verstehen:

Die Behauptung, die NATO-Staaten und ihre Verbündeten seien „die Stimme der internationalen Staatengemeinschaft, die eine regelbasierte Ordnung respektiert“, ist schlicht und einfach unzutreffend. Für Deutschland bedeutet der Krieg in

der Ukraine eine „Zeitenwende“ – für den Globalen Süden nicht.

Wir müssen nicht bis zu den Gräueltaten der Kolonialzeit zurückgehen, um zu verstehen, dass man die moralische Überheblichkeit, mit der der Globale Süden kritisiert wird, weil er sich eine eigene Meinung erlaubt, durchaus mit Skepsis betrachten darf.

Immerhin reden wir hier von den gleichen Ländern, die bedenkenlos ohne UN-Mandat Belgrad bombardiert und das UN-Mandat für Libyen überstrapaziert haben, um in dem Land nachhaltige Zerstörung anzurichten; von Ländern, die unter Berufung auf Artikel 5 des NATO-Vertrages in Afghanistan einmarschiert sind und Billionen von US-Dollar investiert haben, um das Land zu ruinieren und am Ende doch wieder den Taliban zu überlassen. Die USA und Großbritannien begründeten den Irakkrieg mit einer Lüge, um die Ölreserven des Landes auszubeuten, und machten damit den Islamischen Staat groß. Und haben diese Länder – Deutschland eingeschlossen – mit ihren Waffenverkäufen an Saudi-Arabien nicht den Krieg gegen die Volksgruppe der Huthi im Jemen unterstützt, der nach UN-Angaben eine gewaltige humanitäre Krise mit mehr als 300 000 Opfern verursacht hat? Und warum sollte man Polen dafür feiern, dass es ukrainische Migranten aufnimmt, und nicht anprangern, dass das Land Flüchtlinge aus außereuropäischen Ländern kriminalisiert? Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen.

Westliche Ölkonzerne streichen Rekordprofite und „unmoralische Gewinne auf dem Rücken der Ärmsten“ ein.

Schauen wir noch etwas genauer hin. Während Europa nach dem 24. Februar 2022 weiterhin jeden Tag für eine Milliarde Euro Erdöl, Erdgas und Kohle von Russland kaufte, wurden Länder des Globalen Südens dafür kritisiert, dass sie Europas Sanktionen nicht mittragen. Indien wurde vorgehalten, dass es sich die Situation zunutze mache und verstärkt Öl zu verbilligten Preisen aus Russland importiere, während westliche Ölkonzerne Rekordprofite und „unmoralische Gewinne auf dem Rücken der Ärmsten“ einstrichen, wie UN-Generalsekretär Antonio Guterres einräumte – von den Übergewinnen für den militärisch-industriellen Komplex der USA ganz zu schweigen.

Und wie sollen afrikanische Länder sich zu den diplomatischen Bemühungen europäischer Regierungschefs verhalten, die seit der Invasion auf mehr Importe fossiler Energieträger aus Afrika drängen, nachdem sie jahrelang erklärt hatten, diesbezügliche Investitionen würden nicht mehr finanziert?

Noch einmal: Das heißt nicht, dass der Globale Süden die Augen davor verschließt, dass Russlands Invasion eindeutig die territoriale Integrität der Ukraine verletzt und dass dies zu verurteilen ist – was Lula immer wieder getan hat.

Auf der anderen Seite sollte man aber auch nicht über die vielen Fehler hinwegsehen, die der Westen sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in seinen Beziehungen zu Russland geleistet hat. Diese Fehler sind keine Rechtfertigung für den Einmarsch, aber sie müssen mitbedacht werden, wenn wir eine Friedenslösung wollen.

Glaubt irgendjemand allen Ernstes, dass der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj den Rückzug der russischen Truppen aus dem Donbass und von der Krim erzwingen kann, wenn man ihm nur mehr Waffen liefert? Oder glaubt jemand ernsthaft an die Möglichkeit eines Regimewechsels in Moskau? Ist es fair und aufrichtig, Selenskyj und der ukrainischen Bevölkerung, die hinter ihm steht, den Eindruck zu vermitteln, dass sie auf ewig weiter Unterstützung erhalten werden – koste es, was es wolle?

Europa mag steif und fest behaupten, dass Russland sich selbst isoliert – aus der Perspektive des Globalen Südens stellt sich das ganz anders dar.

Die russische Außenpolitik versteht sich ohne Zweifel sehr gut darauf, den Unmut des Globalen Südens für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Dieser Unmut entzündet sich daran, dass der Westen sich dagegen sperrt, die berechtigten

Klagen und sicherheitspolitischen Sorgen Russlands anzuerkennen, und andere Meinungen und Lösungsversuche mit Arroganz quittiert. Solche anderen Meinungen werden bestenfalls als naiv abgetan und als Abweichung von dem, was die NATO für die rechtmäßige regelbasierte internationale Ordnung hält – eine Ordnung, die laut US-Präsident Joe Biden die Welt in Demokratien und Autokratien aufteilt. Ein anschauliches Beispiel für den Erfolg der russischen Diplomatie ist die Haltung der OPEC-plus (Organisation der Erdöl exportierenden Länder).

All das hat einen paradoxen Effekt: Es stärkt im Globalen Süden das Bewusstsein dafür, dass er intensiver kooperieren und seine Prioritäten im Kampf gegen Armut und Hunger oder gegen Klimakrisen (unter denen diese Länder am stärksten zu leiden haben) und auch gegen Pandemien deutlich artikulieren muss. Europa muss begreifen, dass in den Augen der meisten Entwicklungsländer China in diesem Gesamtkontext ein maßgeblicher Partner ist – und Russland nicht das größte Problem. Das erklärt auch, warum immer mehr Länder ihr Interesse an einem Beitritt zum BRICS-Verbund und zu seiner Neuen Entwicklungsbank bekunden. Die eurozentrische Welt geht ihrem Ende entgegen, die Vormachtstellung der USA wird infrage gestellt. Diese Entwicklung wird sich auch durch mehr Waffenlieferungen an die Ukraine nicht aufhalten lassen.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld, [ipg-journal](#)

David Choquehuanca, Bolivien Die Geapolitik des guten Lebens als Gegenmodell zur neoliberalen Geopolitik

Auszüge aus: [amerika21](#)

Interview von Stephan Ritz mit dem bolivianischen Vizepräsidenten David Choquehuanca über das Buch (spanisch) *Geopolitik des guten Lebens*. Ein bolivianisches Gegenmodell zur neoliberalen Globalisierung (Geopolitik)

Geopolitik statt Geopolitik: Der Begriff GEA (oder GAIA) ist aus der griechischen Mythologie entnommen. Die Mutter Erde, die Natur, bringt Leben hervor und vermag den Menschen nachhaltig zu ernähren, wenn dieser sorgsam, wertschätzend und nicht ausbeuterisch mit Menschen, anderen Lebewesen, Rohstoffen und Umwelt umgeht. Die **Geapolitik** befasst sich mit der kulturellen Geschichte indigener Völker und mit ethnischen Gruppen, die im Einklang mit der Natur leben. Choquehuanca informiert im Interview und dem Buch über die gemeinsame Geschichte unter den kolonialen und imperialen Bedingungen. Er erwähnt die weltweit solidarische Kampagne [500 Jahre Widerstand](#).

Ziel ist es, eigene Lebensräume, Lebensweisen und die indigene soziale Gemeinschaft zu schützen. Empathie für den Weg Boliviens zu schaffen und auf das Selbstbestimmungsrecht hinzuweisen. International gedacht, soll das globale Miteinander die indigene Kulturvielfalt und deren Vertreter und Regierungen respektieren. Er verweist auf die [UNO-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker](#).

Über die **neoliberale Geopolitik** spricht der Vizepräsident im Interview wenig. Er legt Wert auf die Aspekte der Geopolitik und spricht über den stattfindenden Umwandlungsprozess in Bolivien.

Der Internetauftritt der bolivianischen Botschaft in Deutschland veranschaulicht das [sozio-kulturelle Zusammenleben](#) und den realpolitischen Weg zur **Geapolitik des guten Lebens**.

„In der Vergangenheit hatte sich in Bolivien ein vorherrschendes Entwicklungsmodell verfestigt, das vor allem auf den Export ausgerichtet war. Ein Modell also, das auf den Abbau und Export von Rohstoffen zum Wohle einiger Weniger beruhte. Seit dem Amtsantritt der Regierung von Evo Morales und der Verabschiedung der aktuellen Verfassung legt das **„Neue wirtschaftliche, soziale, gemeinschaftliche und produktive Modell“** seinen Schwerpunkt auf die Produktion und Umverteilung des Volkseinkommens.“
(<http://www.bolivia.de/bolivien/wirtschaft-und-handel/>)

SiG-Artikel über Bolivien:
in den Nummern 39, 87, 117, 134, 136, 138
<https://amerika21.de/geo/bolivien>
<https://www.npla.de/country/bolivien/>

Hinweise auf Artikel und Aktionen

IPPNW- und ICAN-Aktionstage in Düren vom 04.

– 9. Juli 2023: Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW und die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen Deutschland (ICAN Deutschland) laden zum gemeinsamen Protestcamp gegen die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland ein. [Infos](#)
[Faltblatt Bombenstimmung](#), neue Auflage, Mai 2023:
[Denkschrift Bombenstimmung](#) 2020

DFG-VK mit zwei Radtouren, 28. Juli bis 6. August 2023 / Etappeneinstieg jederzeit möglich

von Ingolstadt über München nach Lindau am Bodensee: "Auf Achse für Frieden und Abrüstung"
von Paderborn nach Köln / für Frieden, Entspannungspolitik & Abrüstung– [für Klima- & Umweltschutz](#)

Jürgen Wagner: [Sozialdemokratische Zeitenwende](#) (IMI-online); [Veranstaltung](#) mit Jürgen Wagner, IMI in Berlin: "Es geht darum, den Frieden zu gewinnen, nicht den Krieg",

Thomas Rödl, [Video-Vortrag](#) am 23. Mai 2023: Aufgaben der Friedensbewegung - Antworten des Pazifismus, [Manuscript](#)

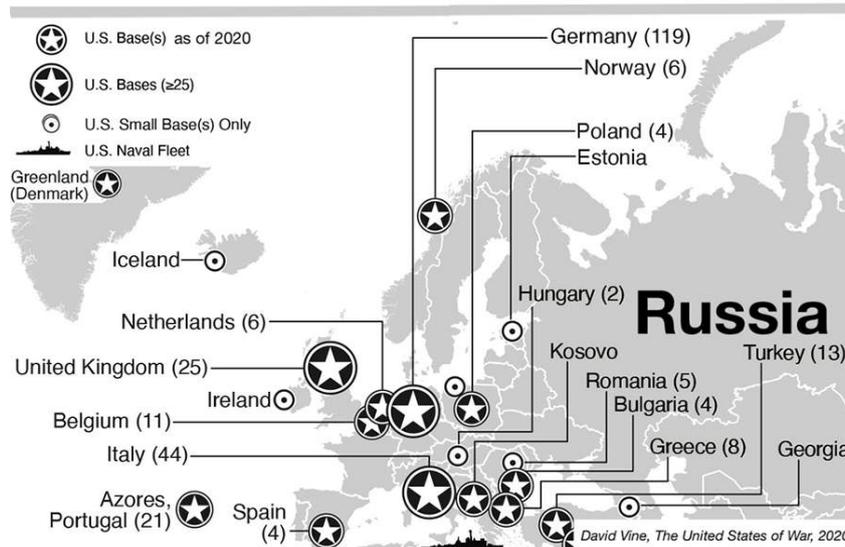
EU - Krieg in der Ukraine - Brüssel und Kiew umgehen die Regeln – und das Recht – [lostineu.eu](#)

Brüssel will Kriegswirtschaft, Moskau wird Kriegsziel – und Streit um Asylpolitik - [Lostineu.eu](#)

Wolfgang Streeck Augen zu und rein: Deutschland im Krieg: Der Ukraine-Krieg wird routinemäßig als Konfrontation zwischen Autoritarismus und Demokratie dargestellt. Wolfgang Streeck erklärt, worum es tatsächlich geht: die Neuordnung des globalen Staatensystems. Dieser Beitrag ist dem **Sammelband »Ukrainekrieg: Warum Europa eine neue Entspannungspolitik braucht«** entnommen, der im [Westend Verlag](#) erschien.

Urs P. Gasche: Für Putins Krieg gegen die Ukraine gibt es keine Entschuldigung: Während des Kriegsgeschehens müssen die **Medien** Kriegsverbrechen und Verstöße gegen die Genfer Konventionen zum Schutz der Zivilbevölkerungen so gut wie möglich dokumentieren und darüber informieren. **Medien sollten auch kritisch verfolgen, ob die Kriegsparteien und ihre Unterstützer ihr Möglichstes tun, um den Krieg zu beenden.** - [infosperber.ch](#)

US Military Bases in Europe



<https://globalbridge.ch/so-will-sich-tschechien-von-den-usa-militaerisch-versklaven-lassen/>

Proteste gegen Air Defender 2023

Informationsstelle Militarisation

e.V.: [Air Defender 2023](#)

Luftwaffenmanöver der Superlative im Juni über Deutschland

[...] Sicherheit für Deutschland bedeutet in dieser Logik ein Übungsszenario, in dem Luftkriegsoperation nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages, also für einen Krieg der NATO mit Russland in Europa, trainiert werden. Die Luftstreitkräfte der NATO gelten in solch einem Kriegsfall als „Kräfte der ersten Stunde“, weil sie innerhalb von wenigen Minuten bis einigen Stunden und damit deutlich

schneller als Land- und Seestreitkräfte, in die Kämpfe eingreifen könnten. Dem entsprechend soll die Verlegung von rund 100 US Militärflugzeugen über den Atlantik nach Deutschland und in angrenzende Staaten innerhalb von wenigen Stunden vollzogen werden. Deutschland wird während Air Defender 23 in der Luft übungsweise zu dem, was es auch in einem Kriegsfall wäre – Logistiknoten und Zwischenstation für NATO-Kampftruppen, die von Westen nach Osten ziehen. [...]

[IPPNW-Blog zu Air Defender 2023](#)

[Bremer Friedensforum](#) unterstützt Proteste gegen #AirDefender2023 – das größte Luftmanöver seit Bestehen der NATO

Gegen Air Defender 23 – Verhindert den atomaren Dritten Weltkrieg

Wunstorf 10. Juni Sämtliche Redebeiträge vom Fliegerhorst Wunstorf: [Radio Flora](#); Redebeitrag von Klaus Armbruster unter: [ak-regionalgeschichte.de](#)



Wiener Friedenskonferenz, Juni 2023 Frieden mit friedlichen Mitteln. Waffenstillstand und Verhandlungen jetzt!

Wir, die Organisatoren des Internationalen Gipfels für den Frieden in der Ukraine, rufen die Staats- und Regierungschefs aller Länder auf, sich für einen sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine einzusetzen.

Wir sind eine breite und politisch vielfältige Koalition, die die Friedensbewegungen und die Zivilgesellschaft, einschließlich der Gläubigen, in vielen Ländern vertritt. Wir sind der festen Überzeugung, dass Krieg ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, und dass es keine militärische Lösung für die aktuelle Krise gibt.

Wir sind zutiefst alarmiert und traurig über den Krieg. Hunderttausende von Menschen wurden getötet und verletzt, Millionen wurden vertrieben und traumatisiert. Städte und Dörfer in der gesamten Ukraine und auch die natürliche Umwelt sind zerstört worden.

Weitaus mehr Tod und Leid könnte es noch geben, wenn der Konflikt bis zum Einsatz von Atomwaffen eskaliert – ein Risiko, das heute höher ist als jemals zuvor seit der Kubakrise.

Wir verurteilen den illegalen Einmarsch Russlands in die Ukraine. Die Institutionen, die geschaffen wurden, um Frieden und Sicherheit in Europa zu gewährleisten, haben versagt, und das Versagen der Diplomatie hat zum Krieg geführt. Diplomatie aber ist jetzt dringend notwendig, um den

bewaffneten Konflikt zu beenden, bevor er die Ukraine zerstört und die Menschheit gefährdet.

Der Weg zum Frieden muss auf den Prinzipien der gemeinsamen Sicherheit, der internationalen Achtung der Menschenrechte und der Selbstbestimmung aller Gemeinschaften beruhen.

Wir unterstützen alle Verhandlungen, die die Logik des Friedens anstelle der Unlogik des Krieges stärken können. Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die ukrainische Zivilgesellschaft, die ihre Rechte verteidigt. Wir verpflichten uns, den Dialog mit denjenigen in Russland und Weißrussland zu verstärken, die ihr Leben aufs Spiel setzen, um sich dem Krieg zu widersetzen und die Demokratie zu schützen.

Wir rufen die Zivilgesellschaft in allen Ländern auf, sich uns in einer Woche der globalen Mobilisierung (Samstag, 30. September bis Sonntag, 8. Oktober 2023) für einen sofortigen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen zur Beendigung dieses Krieges anzuschließen.

Wien, 11. Juni 2023

„Wir alle müssen unseren Beitrag leisten, um der Aufgabe des Friedens gerecht zu werden.“ (Albert Einstein).

Quelle: [Pressenza](#) Original: [cpdcs.org](#)

Medea Benjamin Bericht vom Internationalen Gipfeltreffen in Wien für den Frieden in der Ukraine

Kongress ruft weltweit zum Handeln auf

Organisiert und vorbereitet wurde der internationale Gipfel von einer Koalition aus Friedensorganisationen, der u.a. das internationale Friedensbüro, die italienische Gewerkschaft CGIL sowie das italienische Friedensnetzwerk, das österreichische Friedensnetzwerk AbFaNG, IFOR, WLPF Österreich, codepink und das US-Netzwerk gegen den Krieg in der Ukraine angehören.

„Die Institutionen, die Frieden und Sicherheit in Europa gewährleisten sollten, haben versagt, und das Versagen der Diplomatie hat zum Krieg geführt“, so die Teilnehmer in einer gemeinsamen Erklärung. „Jetzt ist Diplomatie dringend not-

wendig, um den Krieg zu beenden, bevor er die Ukraine zerstört und die Menschheit gefährdet.“

Am Wochenende vom 10. und 11. Juni kamen in Wien über 600 Vertreter von Friedensorganisationen aus 32 Ländern (online und in Präsenz) zum ersten Mal seit dem russischen

Einmarsch in der Ukraine zusammen, um ein Ende der Kämpfe zu fordern. In einer offiziellen Erklärung der Konferenz erklärten die Teilnehmer: „Wir sind eine breite und politisch vielfältige Koalition, die Friedensbewegungen und die Zivilgesellschaft repräsentiert. Wir sind fest davon überzeugt, dass Krieg ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist und dass es keine militärische Lösung für die derzeitige Krise gibt.“

Um ihrer Forderung nach einem Waffenstillstand Nachdruck zu verleihen, **verpflichteten sich die Teilnehmer des Gipfels, vom 30. September bis zum 8. Oktober globale Aktionswochen zu organisieren** – Proteste, Mahnwachen und politische Lobbyarbeit.

Die Organisatoren des Gipfels wählten Österreich als Veranstaltungsort für die Friedenskonferenz, da Österreich einer der wenigen neutralen Nicht-NATO-Staaten in Europa ist. Irland, die Schweiz und Malta sind nur noch eine Handvoll neutraler europäischer Staaten, nachdem das zuvor neutrale Finnland der NATO beigetreten ist und Schweden als nächstes an der Reihe ist. Österreichs Hauptstadt Wien ist als „UN-Stadt“ bekannt und beherbergt auch das Sekretariat der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), die den Waffenstillstand im Donbass von der Unterzeichnung des Minsk-II-Abkommens im Jahr 2015 bis zum russischen Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 überwacht hat.

„Wir sind fest davon überzeugt, dass Krieg ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist und es keine militärische Lösung für die aktuelle Krise gibt.“

Überraschenderweise erwies sich das neutrale Österreich als ziemlich ablehnend gegenüber dem Friedensgipfel. Der Österreichische Gewerkschaftsbund ÖGB beugte sich dem Druck des ukrainischen Botschafters in Österreich und anderer Kritiker, die die Veranstaltungen als fünfte Kolonne für die russischen Invasoren verleumdete. Der Botschafter hatte sich gegen einige der Redner ausgesprochen, darunter der weltbekannte Wirtschaftswissenschaftler Jeffrey Sachs und die EU-Parlamentarierin Clare Daly.

Sogar der Wiener Presseclub, in dem die abschließende Pressekonferenz geplant war, wurde in letzter Minute abge sagt. Die österreichische linksliberale Zeitung „Der Standard“ setzte noch einen drauf und kritisierte die Konferenz sowohl im Vorfeld als auch während und nach der Veranstaltung mit dem Vorwurf, die Redner seien zu prorussisch. Unbeeindruckt davon fanden die lokalen Organisatoren schnell einen anderen Veranstaltungsort. Die Konferenz fand in einem schönen Konzertzentrum statt, die Pressekonferenz in einem örtlichen Café.

Das bewegendste Podium der Konferenz war das mit Vertretern aus der Ukraine, Russland und Weißrussland, die ihr Leben riskierten, um am Gipfel teilzunehmen. Yuri Shehazhenko, Schatzmeister der ukrainischen pazifistischen Bewegung, kann das Land nicht verlassen und sprach daher von Kiew aus via Zoom zu den Teilnehmern.

„Wie viele Ukrainer bin ich ein Opfer der Aggression der russischen Armee, die meine Stadt bombardiert, und ein Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch die ukraini-

sche Armee, die versucht, mich durch den Fleischwolf zu ziehen, indem sie mir das Recht verweigert, das Töten zu verweigern und das Land zu verlassen, um an der Universität Münster zu studieren ... Denken Sie darüber nach: allen Männern zwischen 18 und 60 ist es verboten, das Land zu verlassen, sie werden auf den Straßen gejagt und in die Leibeigenschaft der Armee verschleppt.“

Sheliazhenko erklärte auf dem Gipfel, dass die ukrainischen Streitkräfte versucht hätten, ukrainischen Kriegsverweigerern den Status als Kriegsdienstverweigerer zu verweigern, aber nachgegeben hätten, als internationaler Druck das ukrainische Militär dazu aufforderte, die Rechte anzuerkennen, die ihnen durch die Europäische Menschenrechtskonvention zugesichert wurden.

Mehrere Gruppen verpflichteten sich auf dem Gipfel, Kriegsdienstverweigerer aus der Ukraine, Russland und Weißrussland zu unterstützen, und sammelten für ukrainische Familien, die nach der jüngsten Zerstörung des Kachowka-Damms keinen Zugang zu sauberem Wasser haben. Zu den Höhepunkten des Gipfels gehörten auch die Reden von Vertretern aus dem globalen Süden, die aus China, Kamerun, Ghana, Mexiko und Bolivien kamen. Der bolivianische Vizepräsident David Choquehuanca begeisterte die Menge, als er über die Notwendigkeit sprach, die Weisheit der indigenen Kulturen und ihre Vermittlungspraktiken zu beachten.

„Dieses Wochenende sollte nur der Anfang sein.“

Viele Redner sagten, dass der wahre Anstoß zur Beendigung dieses Krieges aus dem globalen Süden kommen wird, wo Politiker den weit verbreiteten Hunger und die Inflation sehen, die dieser Konflikt verursacht, und eine führende Rolle übernehmen, indem sie ihre Dienste als Vermittler anbieten.

Fast ganz Europa war vertreten, darunter auch Dutzende aus Italien, dem Land, das mit über 100.000 Demonstranten die größten Friedensdemonstrationen des Kontinents mobilisierte. Anders als in den USA, wo die Demonstrationen klein waren, haben die italienischen Organisatoren erfolgreich Koalitionen gebildet, die Gewerkschaften und die Religionsgemeinschaft sowie traditionelle Friedensgruppen einschließen. Sie rieten anderen, ihre Forderungen einzugrenzen und zu vereinfachen, um ihre Anziehungskraft zu erhöhen und eine Massenbewegung gegen den Krieg aufzubauen.

Zu der achtköpfigen US-Delegation gehörten Vertreter von CODEPINK, Peace in Ukraine, Fellowship of Reconciliation und Veterans for Peace. Die pensionierte US-Oberstin und Diplomatin Ann Wright war eine der Hauptrednerinnen, ebenso wie der ehemalige Kongressabgeordnete Dennis Kucinich, der sich aus der Ferne anschloss.

Trotz der einheitlichen Grundaussage der Teilnehmer, nämlich der Forderung nach Friedensgesprächen, gab es vor allem in den Workshops zahlreiche Meinungsverschiedenheiten. Einige waren der Meinung, dass wir weiterhin Waffen liefern sollten, während wir auf Gespräche drängen; andere forderten ein sofortiges Ende der Waffenlieferungen. Einige bestanden auf der Forderung nach einem sofortigen Abzug

der russischen Truppen, während andere der Meinung waren, dass dies das Ergebnis von Verhandlungen sein sollte und nicht eine Vorbedingung. Einige machten vor allem die NATO-Erweiterung und die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten der Ukraine verantwortlich, während andere sagten, die Schuld liege ausschließlich bei den russischen Invasoren.

Einige dieser Meinungsverschiedenheiten spiegelten sich in den Diskussionen über die Abschlusserklärung wider, in denen es viel Hin und Her darüber gab, was erwähnt werden sollte und was nicht. Nachdrücklich wurde gefordert, die Provokationen der NATO und die Rolle der USA und Großbritanniens bei der Sabotage der ersten Vermittlungsversuche zu verurteilen. Diese und andere Äußerungen, die den Westen verurteilen, wurden aus dem endgültigen Dokument gestrichen, das von einigen als zu fade kritisiert wurde. Verweise auf die Provokationen der NATO, die zur russischen Invasion führten, wurden gestrichen und durch folgende Formulierung ersetzt: „Die Institutionen, die zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa geschaffen wurden, haben versagt, und das Versagen der Diplomatie hat zum Krieg geführt. Jetzt ist Diplomatie dringend erforderlich, um den Krieg zu beenden, bevor er die Ukraine zerstört und die Menschheit gefährdet.“

„Das Argument 340“ Ukraine-Krieg : Weltordnungskrieg

Beiträge u.a. von

- **Wolfgang Streeck** zu Konsequenzen für BRD und EU,
- **Anuradha Chenoy** (Neu Delhi) zu den Positionen des Globalen Südens, **Susan Watkins** (London), New Left Review, **John Bellamy Foster** und **Jason Moore** (beide USA), jeweils zu Krieg und Umwelt, **Erhard Crome** zum Thema Imperialismus, **Alexej Gromyko** (Moskau) zur nuklearen Dimension von Stellvertreterkriegen.

Unter den Autoren befinden sich auch mehrere Mitglieder des ehemaligen Wissenschaftlichen Beirats von Attac, so Wolfgang Fritz Haug, John Neelsen, Klaus Dörre, Norman Paech und als Mitherausgeber des Schwerpunkts Peter Wahl, der auch das Editorial verfasst hat.

Mehr: inkrit.de

Den Frieden Gewinnen nicht den Krieg - Peter Wahl (SiG-Redaktion: Zusammenfassung des Editorials)

Die einzelnen Artikel behandeln unterschiedliche Dimensionen des Krieges: den geopolitischen Rahmen und die historische Genese des Konflikts, die Zusammenhänge zwischen Klima- und Umweltkatastrophen, Positionen und Sichtweisen des Globalen Südens, völkerrechtliche Probleme, Aspekte des Wirtschaftskriegs, Konsequenzen und Perspektiven für Deutschland, die EU und die Linke, imperialismustheoretische

Analysen, das atomare Gleichgewicht zwischen Russland und den USA und das Risiko eines atomaren Winters nach einem Atomkrieg.
Der wichtigste Teil des Abschlussdokuments und der Versammlung selbst war jedoch der Aufruf zu weiteren Maßnahmen. „Dieses Wochenende sollte nur der Anfang sein“, sagte der Organisator Reiner Braun. „Wir brauchen mehr Aktionstage, mehr Versammlungen, mehr Kontakte zu Studenten und Umweltschützern, mehr Bildungsveranstaltungen. Aber dies war ein großartiger Anfang einer globalen Koordination.“

<https://www.commondreams.org/opinion/vienna-summit-for-peace-in-ukraine> Übersetzung: Nachdenkseiten

Globaler Friedensgipfel - großartiger Anfang einer globalen Koordination:

Bericht in friedenunddiplomatie.de

Konferenz-Bericht der "Rete Italiana Pace e Disarmo"
"Österreichische Zensur der Friedenskonferenz ist ein Skandal" schreibt **David Swanson** gegen die ausufernde "Cancel Culture", die den Friedenskongress verhindern wollte. Presenza – *David Swanson ist Direktor von WorldBeyondWar.org und Kampagnenkoordinator für RootsAction.org. Zu seinen Büchern zählt „War is a Lie“ (Krieg ist eine Lüge). Er verfasst blogs unter DavidSwanson.org und WarIsACrime.org. 2015 war er für den Friedensnobelpreis nominiert.*

sche Analysen, das atomare Gleichgewicht zwischen Russland und den USA und das Risiko eines atomaren Winters nach einem Atomkrieg.

Der Ukraine-Krieg ist in Strukturen des internationalen Systems „verkettet“: die NATO-Osterweiterung und die Destabilisierung des Gleichgewichts sind Teil des Geschehens.

Ein unwahres und bellizistisches Narrativ ist es, den Ukraine-Krieg für alle Übel der Welt verantwortlich zu machen: für die Energiekrise in der EU, die Inflation, den Hunger im globalen Süden und den Anstieg der CO₂-Emissionen. Diese Übel bestanden bereits vor dem Ukraine-Krieg.

Das Diskursversagen nicht nur der Medien und Journalisten, sondern auch einiger Wissenschaftler darf nicht unerwähnt bleiben.

Mag auch erklärtes Kriegsziel des Westens sein, Russland bis in seinen Kern zu schwächen, so ist der Westen nicht einheitlich und seine Linie nicht ungebrochen.

Mögen Befürworter von Verhandlungen noch diffamiert und verfehmt werden; die Risse im westlichen Lager, befeuert durch den Widerstand im Süden, werden größer werden.

Manche Fragen bleiben offen: genannt seien die ideologischen Komponenten des bellizistischen Narrativs, nämlich die Erzeugung von Affekten, die Konzentration auf moralische Werte und die argumentative Reduktion eines komplexen Geschehens. Das entscheidende Motiv für Verhandlungen ist die Vermeidung des Todes von Soldaten – auf beiden Seiten der Front – und von Zivilisten.

Die veröffentlichte Meinung - Eine Inhaltsanalyse der deutschen Medienberichterstattung zum Ukrainekrieg. Ein Artikel von Harald Welzer und Leo Keller.

Die neue Studie liefert nun auf Grundlage computergestützter Analyse von über hunderttausend Artikeln eine solide empirische Grundlage dafür, "dass der Diskurs, der in den Berichterstattungen und Kommentaren der Leitmedien zum Ukrainekrieg stattfindet, die Meinungs- und Diskurslandschaft in der Bevölkerung nicht spiegelt." Das Fazit der Studie lautet;
"Politischer Journalismus scheint zu einer Form des freiwilligen Embedded-Journalism geworden, zu sein"

Eine Zusammenfassung der Studie findet sich hier: fischerverlage

Handels- und Investitionsverträge ablehnen!

148 unterzeichnende Organisationen fordern:
Globalabkommen EU-Mexiko NICHT ratifizieren!



[...] Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Mexiko ist seit zwanzig Jahren in Kraft und hat nicht nur seine Versprechen nicht erfüllt, sondern vor allem zu schwerwiegenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Schäden geführt, insbesondere für Mexiko. Das „modernisierte“ Abkommen wird diese Probleme aus den folgenden Gründen nur weiter verschärfen:

1. Das Abkommen schützt nur ausländische Investor*innen und gefährdet dringend erforderliche Veränderungen zugunsten von Klima, Umwelt und Menschen.

Das Abkommen wird ein neues Kapitel über Investitionen enthalten, das als Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten durch internationale Schiedsverfahren zwischen Investor*innen und Staaten konsolidiert werden soll. Es ist besorgniserregend, dass **das vorgeschlagene Investitionsgerichtssystem (Investment Court System, ICS)** die schlimmsten Aspekte des klassischen Systems der Investor-Staat-Streitschlichtung (ISDS) nicht angeht. Das bedeutet, dass EU-Investor*innen Mexiko (und umgekehrt) in einem parallelen Rechtssystem verklagen können, das ihren privaten Interessen Priorität einräumt, während ökologische, soziale und allgemeine Vorschriften in den Hintergrund treten. **In den letzten Jahren haben transnationale Investor*innen viele solcher Klagen angestrengt, um Umweltauflagen und -gesetze anzugreifen.** Beispielsweise verklagte der spanische Konzern Abengoa COFIDES in den Jahren 2010-2013 Mexiko wegen einer verhinderten Giftmülldeponie und erhielt 48 Millionen US-Dollar „als Entschädigung und für entgangene Gewinne“. Nach den jüngsten Reformen Mexikos im Energiebereich und beim Lithiumabbau, die vom Obersten Gerichtshof bestätigt wurden, haben einige europäische, transnational agierende Unternehmen, darunter Iberdrola, Mexiko mit einer ISDS-Klage gedroht. [...]

2. Das Abkommen wird es europäischen Unternehmen weiter ermöglichen, die Menschenrechte in Mexiko ungestraft zu verletzen

Europäische Unternehmen verletzen schon seit Langem nahezu ungestraft die Menschen- und Umweltrechte in Mexi-

ko. Das wird sich mit dem modernisierten Freihandelsabkommen zwischen der EU und Mexiko weiter verstärken, da es noch immer keine wirksamen Regulierungsmechanismen vorsieht. **Einige Beispiele für diese Situation sind:**

- **Wucher bei Energiepreisen** und die Verletzung des Rechts auf Zugang zu Strom, vor dem Hintergrund der Monopolkontrolle durch Iberdrola, Naturgy, Acciona Energía, Fistera
- die **Verletzung des Rechts auf Zugang zu Wasser** und die willkürlichen Preisfestlegungen von Agsal-Suez (jetzt Veolia) in Coahuila, Veracruz, Mexiko-Stadt und Cancún.
- Im Fall von wasserabfüllenden Unternehmen sind Bonafont/Danone für **Enteignungen und Zerstörung** in der Region Cholulteca verantwortlich, wo der **Widerstand** der Pueblos Unidos **kriminallisiert** und unterdrückt wird.

Das neue Abkommen wird auch die Straflosigkeit der europäischen Konzerne befördern, die am Bau von **Großprojekten** mit schwerwiegenden sozialen und ökologischen Auswirkungen auf das Territorium beteiligt sind. Dazu zählen beispielsweise das Integrale Projekt Morelos (Proyecto Integral Morelos, PIM), die Mega-Windparks, der Interozeanische Korridor im Isthmus von Tehuantepec oder der Maya Zug (Tren Maya) und andere. [...]

Die Menschenrechtsklausel im Globalabkommen zwischen der EU und Mexiko wurde trotz Forderungen von Organisationen der Zivilgesellschaft und des Europäischen Parlaments nie aktiviert.

3. Das Abkommen ermöglicht keine Fortschritte bei Frauenrechten und der Gleichstellung der Geschlechter

[...] Der Vertrag sieht weder einen Mechanismus zur Beendigung der Diskriminierung von Frauen und LGBTIQ-Personen vor, noch enthält er eine inklusive „Gender“-Sprache. In diesem Sinne lässt das Abkommen die Notwendigkeit außen vor, die Rollen von Männern und Frauen und ihre unterschiedlichen sozialen Aufgaben zu dekonstruieren und zu hinterfragen.

Darüber hinaus wurden die wenigen expliziten Klauseln zu Frauen, die es in der alten Fassung des Abkommens gab, gestrichen. [...] Die Förderung der Chancengleichheit wird jetzt nur noch erwähnt, wenn auf die von der IAO aner-

kannten Arbeitsnormen verwiesen wird, ohne dass es jedoch Mechanismen gäbe, die überwacht werden können. Außerdem werden die verschiedenen Kapitel des Vertrags Arbeiterinnen, Bäuerinnen oder Kleinunternehmerinnen, die bereits jetzt am Existenzminimum kratzen, weiter in Bedrängnis bringen. Denn sie laufen Gefahr, durch den ungleichen Wettbewerb mit europäischen Konzernen, insbesondere in der Milch- und Fleischindustrie, vom Markt verdrängt zu werden. Andererseits fördern das Kapitel der öffentlichen Auftragsvergabe sowie das Kapitel über den Schutz des geistigen Eigentums ein Wirtschaftsmodell, das öffentliche Dienstleistungen wie das Gesundheitswesen schwächt und den Zugang zu Medikamenten erschwert. Dadurch werden vor allem Frauen und Menschen, die Sorgearbeit übernehmen, in Bedrängnis gebracht. Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen verschärft somit auch patriarchale Strukturen, was die zahllosen Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt noch vervielfachen wird.

4. Das Abkommen ist ein Angriff auf die bäuerliche Landwirtschaft und untergräbt die Ernährungssouveränität

[...] Das heutige Landwirtschaftsmodell eines der Hauptursachen für die Klimakrise. Es befördert zudem Privatisierung und Landraub, Vertreibung und Migration, den Anbau von Exportcrops, die auf genveränderten Organismen beruhen und große Mengen Agrochemikalien, Energie und Wasser benötigen. Es führt zum Verlust von Ernährungssouveränität, Ausbeutung von Landarbeiter*innen, die häufig unter sklavenähnlichen Bedingungen schufteten, und fördert gleichzeitig landwirtschaftliche Großbetriebe, deren Landwirtschaftsmodell die Ursache von Pandemien, wie der sogenannten Schweinegrippe sind. Mexikanische und europäische Agrarkonzerne werden von diesem Modell profitieren, das durch das Handelsabkommen zwischen der EU und Mexiko gefördert wird. Derzeit importieren deutsche transnationale Konzerne wie Bayer GVO und Agrochemikalien, vor allem Glyphosat. Auf der anderen Seite drängt die Europäische Union Mexiko dazu, das Internationale Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen aus dem Jahr 1991 (UPOV91) zu unterzeichnen. Die bloße Akzeptanz des gesamten UPOV-Systems, egal in welcher Fassung, legitimiert die Privatisierung von Saatgut und ist ein direkter Angriff auf die unabhängige bäuerliche Landwirtschaft und damit auf eine zentrale Säule der Ernährungssouveränität. Auch die Landwirt*innen in Europa werden von der Zunahme der Importe aus Mexiko betroffen sein.

5. Das Abkommen behindert Fortschritte auf dem Weg zu einem nachhaltigeren, dezentralisierten und demokratischen Energiesystem

Mit der Aufnahme eines Kapitels über Energie und Rohstoffe in das Handelsabkommen zwischen der EU und Mexiko soll **die mit der verfassungsrechtlichen Energiereform von 2013 vorgenommene Privatisierung des Sektors festgeschrieben** werden. Diese Privatisierung hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Bevölkerung, unter anderem in

Form von höheren Strompreisen. Zudem hat sie Großprojekte (sowohl ÖPPs als auch Privatinitiativen) für die Stromerzeugung befördert, was die Privatisierung von Gemeindeland, Repressionen und Aggression gegen die betroffene Bevölkerung, Umweltschäden und Korruption zur Folge hat. Viele europäische und insbesondere spanische transnationale Energiekonzerne haben ein Interesse an Mexiko und damit auch an dem Abkommen. Dazu gehören unter anderem Iberdrola, Naturgy und Acciona (Spanien), Enel (Italien) und Engie (Frankreich).

6. Öffentliche Auftragsvergabe und öffentliche Dienstleistungen in Gefahr

Das „modernisierte“ Handelsabkommen zwischen der EU und Mexiko öffnet die öffentliche Auftragsvergabe erstmalig für europäische Unternehmen in Mexiko und umgekehrt. Das bedeutet, dass private Interessen über öffentliche Interessen gestellt werden. [...]

Mexiko ist zu einem der weltweit führenden Industrieparadiese geworden und damit zu einem der Laboratorien für Freihandel und Deregulierung. Die Folgen sind eine beispiellose wirtschaftliche, soziale und ökologische Verwüstung und eine Vielzahl von sogenannten „Opferzonen“ (sacrifice zones) oder „Umwelthöllen“, die auch Jahr für Jahr Tausende von Menschenleben fordern. Viele Unternehmen, die in Mexiko aktiv sind, sind auch die Hauptverantwortlichen für die jahrzehntelange Privatisierung und Ausplünderung des öffentlichen Sektors in Europa. [...]

Wir beobachten voller Sorge, dass die aktuelle geopolitische Konfliktlage und der Krieg in der Ukraine als Vorwand benutzt werden, um die Ratifizierung eines Abkommens zu rechtfertigen, das schwerwiegende Folgen für die mexikanische und europäische Bevölkerung hätte. Um zukunftsfähig und nachhaltig zu sein, muss das handelspolitische Modell des 21. Jahrhunderts das Wohl der Menschen und der Umwelt an erste Stelle setzen und den Herausforderungen der Klimakrise gerecht werden.

Das EU-Mexiko Handelsabkommen tut dies nicht! Deshalb sagen europäische und mexikanische Organisationen der Zivilgesellschaft NEIN zum Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und Mexiko! Wir fordern unsere politischen Entscheidungsträger*innen auf, gegen seine Ratifizierung zu stimmen.

148 unterzeichnende Organisationen (Stand am 23. Mai 2023): <https://s2bnetwork.org/sechs-grunde-das-globalabkommen-eu-mexiko-nicht-zu-ratifizieren/>
Unterzeichnen Sie die Erklärung [hier](#)

Powershift u. a. Reiseführer:

EU-Mexiko – Alle Macht den...? Investoren!

Eine anschauliche Einführung in ein Abkommen, das bislang nur wenig Aufmerksamkeit erfahren hat. Der Reiseführer wird von PowerShift, in Zusammenarbeit mit vielen Organisationen, u.a. ATTAC Deutschland, ATTAC Frankreich, ATTAC Österreich herausgegeben.

170 Organisationen, u.a. Attac Deutschland Solidarität, Gleichheit, Kooperation und nachhaltiger Handel: eine Alternative zum EU-Mercosur Abkommen

[...] Wir, die unterzeichnenden Organisationen, sind der Meinung, dass das EU-Mercosur-Abkommen gestoppt werden muss und es an der Zeit ist, unsere gemeinsame Zukunft auf die Prinzipien von Solidarität, Gleichheit, Kooperation, Nachhaltigkeit und Demokratie zu bauen. Unser Ziel ist nicht eine Steigerung des ungezügelter und unkontrollierten Handels und Profite für einige wenige, sondern ein gutes Leben für alle. Handelspolitik kann uns beim Übergang zu nachhaltigen Gesellschaften und Produktionsmethoden helfen, aber nur, wenn wir sie auf neue Grundsätze stützen. Die Verhandlungen über politische, wirtschaftliche und nachhaltige Handelsbeziehungen zwischen unseren beiden Regionen müssen auf diesen Grundsätzen beruhen.

Solidarität

Unsere zukünftigen Beziehungen dürfen nicht auf Ausbeutung, sondern müssen auf Solidarität beruhen. Deshalb müssen wir die Menschenrechte, die Arbeitnehmer*innen, die indigenen Völker, die bäuerlichen Familienbetriebe und den Tierschutz sowie den Schutz der biologischen Vielfalt und des Klimas in den Mittelpunkt stellen. [...]

Wenn wir unsere Zukunft solidarisch gestalten wollen, bedeutet das auch, die äußerst ungerechten Beziehungen und die daraus resultierende Geschichte des Kolonialismus und der Ausbeutung anzuerkennen und zu korrigieren. [...] Wir müssen diese Schulden zurückzahlen, unter anderem durch die öffentliche Finanzierung von gerechten und nachhaltigen Entwicklungsprojekten in den Mercosurländern, sowie im internationalen Handel durch die Gewährung einer umfassenden horizontalen Sonder- und Vorzugsbehandlung für die Mercosur-Länder, Industrien und Produzenten.

Gleichheit

[...] Dies beginnt mit der Anerkennung indigener Rechte und der Unterstützung indigener und ländlicher Gemeinschaften, [...] Gleichheit bedeutet auch, Wirtschaftsmodelle zu überwinden, die auf der Ausbeutung von unbezahlter und unterbezahlter Reproduktionsarbeit auf beiden Seiten des Atlantiks sowie der Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt durch transnationale Unternehmen, beruhen.

Kooperation statt Wettbewerb sollte das Prinzip sein, auf dem wir unsere Beziehungen gründen. [...]

Die künftige Zusammenarbeit muss den bevorzugten Transfer von Technologie und Wissen einschließen, frei von durch Unternehmen kontrollierten Rechten an geistigem Eigentum. [...]

Nachhaltigkeit

Die künftige Zusammenarbeit muss zum Übergang zu nachhaltigen Gesellschaften und Produktionsmethoden beitragen, auf den Grundsätzen der Ernährungssouveränität, der Agrarökologie und der Sorgfalt beruhen und die Gegenseitigkeit bei den Qualitätsstandards in allen Bereichen gewährleisten[...] Das bedeutet, dass wir den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Monokulturen wie Soja und Zuckerrohr sowie aus der Massentierhaltung, die die Abholzung der Wälder, den Verlust der biologischen Vielfalt und die Ausbreitung von Zoonosen begünstigt, einstellen müssen. Stattdessen sollten wir mit nachhaltigen Produkten handeln und wenn möglich lokale und einheimische Erzeugnisse bevorzugen. [...]

Demokratie

[...] Jede künftige Zusammenarbeit muss auf den genannten Grundsätzen beruhen und auf demokratische, partizipatorische und transparente Weise erfolgen. Ein solcher Prozess muss die am meisten betroffenen Menschen in den Mittelpunkt stellen.[...] Die Rechte der indigenen Völker, der Bäuer*innen, der Arbeiter*innen und der Frauen müssen geachtet werden, und die Menschen in beiden Regionen müssen das Recht haben, NEIN zu jedem Abkommen zu sagen, das nicht ihren legitimen Interessen und ihren Bestrebungen nach demokratischen, nachhaltigen und gerechten Gesellschaften dient.

Darüber hinaus muss jede künftige Zusammenarbeit den größtmöglichen politischen Spielraum für die Regierungen sichern, damit sie ihre Aufgaben im öffentlichen Interesse als Voraussetzung für Demokratie erfüllen können[...]

[vollständiger Text](#)

EU startet mit neuer Lateinamerika-Strategie und mit Reise der Kommissionspräsidentin auf den Subkontinent eine neue Lateinamerika-Offensive – gegen Russland und China. [German foreign Policy](#), 22.06.2023

Powershift: Lasst uns ungerechte Handelsabkommen stoppen! Aktionen rund um den EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfel

Am 17. und 18. Juli treffen sich Regierungsvertreter*innen aus Lateinamerika, der Karibik und der EU in Brüssel zum EU-CELAC-Gipfel. Die Europäische Kommission und mehrere EU-Mitgliedstaaten wollen die Gelegenheit nutzen, um Fortschritte bei der Ratifizierung der **Handels- (und Investitions-) Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur, der EU und Mexiko sowie der EU und Chile** zu erzielen. Diese Abkommen sind Teil eines veralteten Handelsmodells, das

die Bedürfnisse der Menschen und die Grenzen des Planeten missachtet. Sie dienen Unternehmensinteressen und gehen zu Lasten des Klimas, der Umwelt, menschenwürdiger Arbeitsbedingungen, Arbeitsplätze und des Tierschutzes und fördern unhaltbare soziale Ungleichheiten. Anstelle von mehr Wettbewerb ist mehr Zusammenarbeit zwischen den beiden Regionen erforderlich, um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen: die Klimakrise, der massive Verlust der

biologischen Vielfalt, wachsende Armut, Arbeitslosigkeit und Hunger sowie die eskalierenden geopolitischen Konflikte.

Erinnern wir unsere politischen Entscheidungsträger an ihr Versprechen, den Planeten und seine Bewohner zu schützen und in ihrem Interesse zu handeln! Schließt euch uns am **Montag, den 17. und Dienstag, den 18. Juli zu Aktionen rund um den EU-CELAC-Gipfel in Brüssel** an.

[powershift](#)

Herber Rückschlag beim Kampf gegen Geldwäsche

Redaktion der Gruppe „Big Business Crime“

13. Februar 2023

Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom Ende November 2022 soll in EU-Mitgliedsstaaten nicht mehr für jedermann einsehbar sein, wer als Eigentümer hinter einer bestimmten Firma steht. Die EU muss nun ihre Geldwäsche-Richtlinie überarbeiten, um die Privatsphäre von Firmeneigentümern besser zu schützen. In der Folge haben bereits viele Länder ihre Transparenzregister geschlossen oder den Zugang eingeschränkt. [...]

Damit wurden mit einem Richterscheid jahrelange, wenn nicht jahrzehntelange Anstrengungen zunichtegemacht. [...]

Auch Deutschland zog entsprechende Konsequenzen: Derzeit müssen Personen, die einen Antrag auf Einsicht ins deutsche Transparenzregister stellen, ein sogenanntes berechtigtes Interesse nachweisen – und zwar für jede einzelne zu recherchierende Firma, was sehr aufwändig ist. Auf den Antragsbescheid muss gegebenenfalls Wochen gewartet werden, was bei umfangreichen Recherchen eine massive Behinderung darstellt.

[...] Die NGO Finanzwende stellt fest, dass „das Urteil ein herber Schlag ins Gesicht sei“ (Süddeutsche Zeitung). Bei Enthüllungen wie den Panama Papers oder anderen Leaks sehe man, wie wichtig dieser Zugang zu den Transparenzregistern sei – auch für Privatpersonen, die wissen wollten, wem ihr Haus eigentlich gehöre. Viele große Immobilienunternehmen versteckten ihre wahren Eigentümer hinter anonymen Offshore-Konstruktionen (ebd.).

Eine Vertreterin von Transparency International kritisiert das Urteil, weil es die Möglichkeiten der Öffentlichkeit und der Zivilgesellschaft einschränke, Korruption, Geldwäsche, Umweltverbrechen und organisierte Kriminalität aufzudecken (ebd.).

[...] Die Richtlinie, deren Regelung durch Hansens Klage außer Kraft gesetzt wurde, hatte die EU erst 2018 beschlossen – „eher zum Unmut jener Finanzplätze und EU-Länder, die häufig von nicht ganz sauberen Finanzpraktiken profitieren“ (DerStandard). Letztlich ausgelöst wurde die Richtlinie durch die Veröffentlichung der sogenannten Panama Papers, die den milliarden schweren Missbrauch anonymer Firmenkonstruktionen in Steueroasen offengelegt hatten.

[Vollständiger Text](#)

Corporate Europe Observatory

Kampf gegen den Lobbyismus der fossilen Brennstoffindustrie

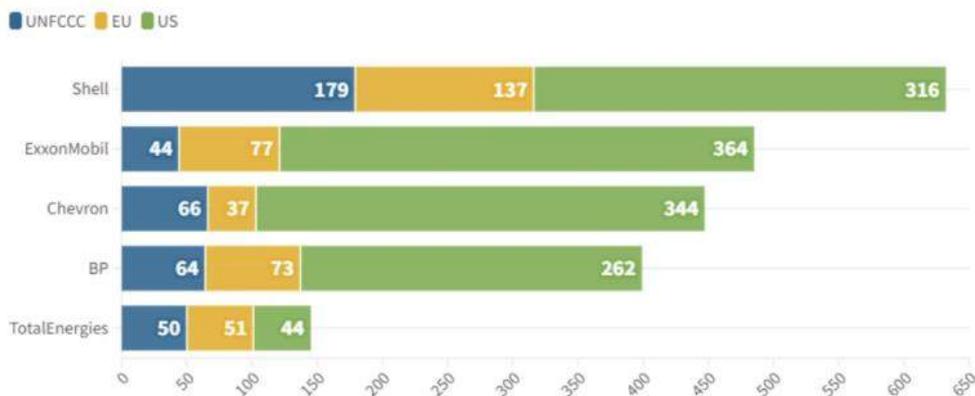
Der Chef eines Ölkonzerns, Sultan al-Jaber, soll auf dem COP28-Klimagipfel die Gespräche im November/Dezember in den Vereinigten Arabischen Emiraten leiten. **Wenn die fossile Brennstoffindustrie die Klimaverhandlungen leitet, ist das so, als würde die Waffenindustrie die Friedensgespräche leiten.**

Letzte Woche haben wir gemeinsam mit unserem globalen Verbündeten Corporate Accountability dazu beigetragen, mehr als 130 Entscheidungsträger in der EU und den USA dazu zu bewegen, bei den UN-Klimaverhandlungen ein Ende des Einflusses fossiler Brennstoffe zu fordern. Eine noch nie dagewesene transatlantische Allianz von Entscheidungsträgern aus den USA und der EU schloss sich den Forderungen vieler Menschen aus dem Globalen Süden nach der Absetzung von Sultan al-Jaber als Präsident der COP28 an.

Der [unterzeichnete Brief](#) enthielt auch eine wichtige Forderung nach einem Rahmen für Interessenkonflikte bei der UNFCCC, der, wenn er in Kraft gesetzt wird, den politischen Würgegriff der großen Verschmutzer bei den Gesprächen beenden würde. Zu den Unterzeichnern gehörten Mitglieder des Europäischen Parlaments aus allen fünf politischen Parteien, darunter auch Präsidenten, und US-Senatoren wie Alexandria Ocasio-Cortez, Bernie Sanders, Sheldon Whitehouse und Elizabeth Warren.

Nicht nur, dass diese Konzerne für ihren Schaden an Menschen und Planeten nicht zur Rechenschaft gezogen werden, sie haben auch die Führung bei der Reaktion der EU übernommen. Mit über 100 offiziellen Treffen zwischen Lobbyisten der fossilen Brennstoffe und führenden EU-Politikern - und einer neuen "Beratergruppe", in der es von fossilen Gasunternehmen nur so wimmelt.

Big five fossil fuel lobbyists since the Paris Agreement (2016-2023)



UNFCCC = lobbyists present at UNFCCC COPs and Subsidiary Bodies. EU/US lobbyists = registered per year.

Palästina

Attac Frankreich

Palästina: Es ist dringend notwendig, sich gegen Kolonisierung und Apartheid zu engagieren!

Donnerstag, 4. Mai 2023 - **Da heute in der Nationalversammlung ein Entschließungsantrag behandelt wurde, der die „Institutionalisierung eines Apartheidregimes durch den Staat Israel“ verurteilt*, kommen wir auf die verschiedenen Aspekte der seit Jahren eskalierenden und systematischen Repression gegen die Palästinenser zurück.**

In Israel ist jetzt die am weitesten rechts stehende Regierung in der Geschichte des Landes an der Macht; ihr gehören rassistische und religiös-nationalistische Extremisten mit völkermörderischen Absichten an. Einer von ihnen, der Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, hat die Befugnis erhalten, eine Nationalgarde unter seinem Befehl zu bilden (1), mit anderen Worten eine Miliz. In der Tat, der koloniale und diskriminierende Charakter des israelischen Staates wird ständig de facto oder de jure bestätigt - auf gesetzlicher Ebene mit der Verabschiedung des Nationalstaatsgesetzes von 2018 (2) .

Seit Anfang 2023 wurden 98 Palästinenser und 14 Israelis (darunter 13 Siedler im Westjordanland in den besetzten palästinensischen Gebieten) getötet. Die Kolonisierung raubt den Palästinensern im Westjordanland immer mehr Land. Zwar wurde in Jerusalem dem Widerstand gegen die Kolonisierung des Viertels Sheikh Jarrah (3) ein willkommener Aufschub gewährt, aber die Annexionen in Ostjerusalem und vielen anderen Gebieten des Westjordanlandes gehen dennoch weiter.

Der Gazastreifen wird seit 2007 ununterbrochen von Israel und Ägypten abgeriegelt. Die zwei Millionen Einwohner leben in einem Freiluftgefängnis und leiden unter fehlendem Zugang zu allen Grundnahrungsmitteln, zu Wasser, Strom, Heizöl, Medikamenten, medizinischer Versorgung usw. (4)

Hunderte Palästinenser (5) sind Opfer willkürlicher Festnahme und politischer Haft (sog. „Verwaltungshaft“) durch die israelische Armee. Auch Kinder und Jugendliche, (6) eine spanische Mitarbeiterin einer Hilfsorganisation (7), und der französisch-palästinensische Anwalt Salah Hammouri (8) waren Ziel solcher Verhaftungen.

Von damals bis heute, vom Massaker in Deir Yassin 1948 und der Zerstörung von 350 palästinensischen Dörfern bis zum Huwara-Pogrom (9) und der Vertreibung der Gemeinden von Masafer Yatta in diesem Jahr, ist das Fortdauern der Kolonialherrschaft das entscheidende Hindernis auf dem Weg zu einem gerechten und dauerhaften Frieden.

In den letzten Jahren haben israelische (10) und internationale Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International und Human Rights Watch, sowie UN-Experten

(11) festgestellt, was die Palästinenser seit langem sagen: Israels Politik geht über die militärische Besatzung hinaus und stellt ein Verbrechen gegen die Menschheit in Form von Apartheid dar, wie sie im Völkerrecht definiert ist.

Trotz wiederholter Appelle zum Handeln, trotz 75 Jahre Zwangsumsiedlung und Enteignung des palästinensischen Volkes und trotz der Gewalt durch den zunehmenden Bau von Siedlungen, verhält sich Frankreich weiterhin bestenfalls passiv und schlimmstenfalls als Komplize. Zwar hat Frankreich auf dem Papier eine prinzipielle völkerrechtskonforme Position, unterstützt eine Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 und verurteilt den fortwährenden Siedlungsbau, der gegen die UN-Resolutionen verstößt, sowie die Gewalt gegen Zivilisten.

Aber diese Erklärungen und Textbausteine bleiben ohne jegliche praktische Folgen und ohne den politischen Willen, Verantwortung zur Durchsetzung dieser Grundsätze zu übernehmen und neue völkerrechtliche Initiativen zugunsten des palästinensischen Volkes zu unterstützen. Weder unterstützt Frankreich die Anerkennung eines palästinensischen Staates noch erkennt es die Lage als das an, was sie ist: eine Apartheid-Situation. Die Wurzel der Nachsichtigkeit des französischen Staates gegenüber Israel liegt neben dem Schuldgefühl infolge seiner Verantwortung für die Vernichtung der europäischen Juden vielleicht auch in seiner Geschichte als Kolonialmacht.

Frankreich exportiert weiterhin Waffen nach Israel und erlaubt blühende Geschäfte, wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit israelischen Unternehmen (12). Bei entscheidenden Abstimmungen in der UNO enthält sich Frankreich (13), wenn es darum geht, Israel für seine wiederholten Verstöße gegen das Völkerrecht zur Verantwortung zu ziehen. Frankreich empfängt auf seinem Boden immer noch ungeniert Führer des israelischen Regimes, die für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit verantwortlich sind. Das Innenministerium schließt sich Verleumdungskampagnen gegen den französisch-palästinensischen Anwalt Salah Hammouri an, obwohl das Außenministerium immer wieder dessen Freilassung gefordert und das Fehlen von Beweisen bei seiner Verurteilung durch ein israelisches Militärgericht bestätigt hat.

Heute haben mehrere französische Konzerne wie Carrefour (14) kommerzielle Interessen in den israelischen Siedlungen, oder finanzieren den Siedlungsbau, darunter BNP (15) oder AXA (16). Die französischen Behörden nehmen ihre Aufgabe, die Verhaltensregeln für Unternehmen durchzusetzen, nicht wahr. Paris umgeht das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der Frankreich verurteilt

hat, weil es Aufrufe zum Boykott israelischer Produkte auf dem französischen Markt unter Strafe gestellt hatte. Zwar hat Frankreich die unbegründete, ungerechte und rein politisch motivierte Einstufung von sechs palästinensischen Menschenrechtsorganisationen als Terrororganisationen durch Israel 2021 verurteilt (17), aber es nutzt keinen der ihm zur Verfügung stehenden Hebel, um die Kriminalisierung aller Aktivitäten der palästinensischen Zivilgesellschaft durch Israel zu sanktionieren.

Eine andere Politik ist möglich. Der Stadtrat von Barcelona (18) kündigte im Februar an, die Beziehungen zu Israel und seinen Institutionen abzurechnen, „bis die israelischen Behörden das System der Menschenrechtsverletzungen an den Palästinensern beenden“. Einen gleichen Beschluss fällte der Stadtrat von Lüttich im April (19). Unternehmen und Pensionsfonds in Norwegen (20) haben ihre Investitionen aus israelischen Unternehmen abgezogen; das irische Parlament und die luxemburgische Regierung haben festgestellt, dass das Westjordanland de-facto annektiert wurde.

Wir unterstützen daher den Aufruf an soziale Bewegungen und Gewerkschaften, die Unterstützung für Palästina fortzusetzen oder wieder aufzunehmen, das Thema in ihre Kämpfe einzubeziehen und Solidarität für Gerechtigkeit und gegen alle Formen der Unterdrückung zu üben.

Attac und viele andere Organisationen haben bereits den Aufruf (21) zu *Boykott, De-Investitionen und Sanktionen (BDS)* unterzeichnet. Es ist möglich, die BDS-Kampagne aktiv auszugestalten (22), indem man zum Beispiel Gewerkschaften – von außen oder von innen – auffordert, in betreffenden Unternehmen Investitionen zurückzufahren und sich aus Israel zurückzuziehen, solange die Apartheid fortbesteht. (23) Wir können auch „apartheidfreie Zonen“ (24) bei uns einrichten, mit dem Ziel, dass auch die Behörden Verantwortung übernehmen, indem sie zunächst einmal Waffenexporte einstellen und anerkennen, dass es eine Apartheid-Situation gibt.

* *Der Entschließungsantrag wurde abgelehnt*

(1) https://www.lemonde.fr/international/article/2023/04/01/en-israel-itamar-ben-gvir-faconne-une-garde-nationale-a-sa-main_6167868_3210.html

(2) S. Artikel von Dominique Vidal, <https://orientxxi.info/va-comprendre/la-loi-israelienne-sur-l-etat-nation-a-t-elle-legalise-l-apartheid.2678>

(SiG-Redaktion) S. dazu auf Deutsch den ZEIT-Artikel <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-07/nationalstaatsgesetz-israel-benjamin-netanjahu-parlament-entscheidung>

(3) <https://www.france-palestine.org/La-Cour-supreme-d-Israel-autorise-les-familles-palestiniennes-a-conserver-leurs>

(4) (SiG-Redaktion) S. dazu: <https://www.ochaopt.org/>

(5) <https://www.rfi.fr/fr/moyen-orient/20220822-isra%C3%ABl-le-nombre-de-d%C3%A9tenu-administratifs-atteint-un-chiffre-record>

(6) <https://hamoked.org/document.php?dID=Updates2203>

(7) <https://fr.timesofisrael.com/israel-libere-lespagnole-condamnee-pour-detournement-de-fonds-au-profit-du-fplp/>

(8) <https://www.fidh.org/fr/regions/maghreb-moyen-orient/israel-palestine/israel-palestine-le-harcelement-contre-l-avocat-des-droits-de-humains>

(9) <https://www.rfi.fr/fr/moyen-orient/20230227-cisjordanie-occup%C3%A9e-d%C3%A9cha%C3%A9nement-de-violences-%C3%A0-huwara-apr%C3%A8s-la-mort-de-deux-colons-juifs>

(10) https://www.btselem.org/publications/fulltext/202101_this_is_apartheid

(11) <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2022/03/israels-55-year-occupation-palestinian-territory-apartheid-un-human-rights>

(12) <https://www.bdsfrance.org/une-immersion-dans-le-pays-de-lapartheid-bds-denonce-le-programme-icc-immersion-de-la-france-en-israel/>

(13) <https://www.lefigaro.fr/flash-actu/l-assemblee-generale-de-l-onu-demande-a-la-cour-internationale-de-justice-d-examiner-l-occupation-israelienne-20221231>

(14) <https://www.bdsfrance.org/carrefour/>

(15) <https://dontbuyintooccupation.org/>

(16) <https://www.bdsfrance.org/campagne-axa/>

(17) <https://www.diplomatie.gouv.fr/fr/dossiers-pays/israel-territoires-palestiniens/actualites-et-evenements/2022/article/israel-territoires-palestiniens-declaration-porte-parole-des-ministres-des-267694>

(18) <https://www.20minutes.fr/monde/4022670-20230209-conflit-israelo-palestinien-barcelone-suspend-relations-israel-jumelage-tel-aviv>

(19) <https://www.rtbef.be/article/liege-suspend-toute-relation-avec-israel-en-solidarite-avec-le-peuple-palestinien-11188611>

(20) <https://www.lefigaro.fr/flash-eco/colonies-israeliennes-un-gros-fonds-norvegien-exclut-alstom-et-altice-20210705>

(21) <https://www.bdsfrance.org/qui-sommes-nous/appele-de-la-campagne-bds-france/>

(22) <https://www.france-palestine.org/Appel-a-action-Agissons-pour-que-Carrefour-respecte-le-droit>

(23) <https://laboursolidarity.org/en/n/2635/palestinian-trade-unions039-anti-apartheid-call>

(24) <https://www.apartheidfree.ch/fr/home-francais/>

Originaltext: <https://france.attac.org/actus-et-medias/salle-de-presse/article/palestine-il-est-urgent-de-s-engager-contre-la-colonisation-et-l-apartheid>

Übersetzung aus dem Französischen: Redaktion vom Newsletter „Sand im Getriebe“ und Peter Wahl

Beschluss von Attac Frankreich, 2002: Palästina und die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung, eine ausführliche, nicht veraltete Analyse, [SiG-Bibliothek Nr.1](#)

Internationale Profiteure der Besatzung

Mehr als 700 europäische Banken (darunter die Deutsche Bank), Vermögensverwalter, Versicherungsgesellschaften (z. B. die Allianz) und Pensionsfonds halten Aktien und Anleihen im Wert von 115 Milliarden US-Dollar von 50 Unternehmen, die nach Ansicht der Vereinten Nationen die Menschenrechte in besonderem Umfang verletzen.

Zu den Aktivitäten der Unternehmen gehören der Bau von Siedlungen, die Erbringung von Dienstleistungen, der Abriss palästinensischer Häuser und die Überwachung von Palästinenser:innen.

Europäische Finanzinstitute gewähren diesen Unternehmen Kredite und Bürgschaften in Höhe von 171 Milliarden US-Dollar wie im neuen Bericht von „Don't buy into occupation“ (DBIO) nachgewiesen wird.

(Palästina Journal von der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, <https://dpg-netz.de/palaestina-journal/>)

Israel vertreibt Familien aus Masafer Yatta

Acht palästinensische Dörfer im Gebiet von Masafer Yatta mit etwa 1.300 Einwohner:innen (die Hälfte von ihnen sind Kinder) haben Räumungsandrohungen erhalten. Auf ihrem Land soll ein Übungsgelände der israelischen Armee entstehen. Erste Zerstörungen von Wohn- und Nutzgebäuden und damit verbundene Vertreibungen haben schon stattgefunden. Der Oberste Gerichtshof Israels hat die Anordnungen am 4. Mai 2022 für rechtmäßig erklärt, ihre Umsetzung durch die israelische Regierung aber nicht vorgeschrieben. Der Vorsitzende Richter ist selbst Siedler in einer illegalen israelischen Siedlung. Laut der britischen Tageszeitung The Guardian ist die Entscheidung des Gerichts „eine der größten Vertreibungsentscheidungen seit Beginn der Besatzung 1967“. 80 Prozent der von Israel zu militärischen Übungsgeländen deklarierten völkerrechtswidrig besetzten palästinensischen Gebiete werden, so die Initiative israelischer Soldat:innen „Breaking the Silence“, gar nicht für Militärübungen genutzt. Vielmehr werden sie israelischen Siedler:innen zur Errichtung von Außenposten und späteren Siedlungen zur Verfügung gestellt.

Israel schiebt palästinensischen Menschenrechtsanwalt ab

Die israelische Regierung hat den französisch-palästinensischen Menschenrechtsanwalt Salah Hammouri nach Frankreich abgeschoben. Hammouri, der für „Addameer“ (NGO für Rechtshilfe und Gefangenrechte) arbeitet, wurde am 18. Dezember 2022 abgeschoben, nachdem er neun Monate lang willkürlich und ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in sog. „Verwaltungshaft“ festgehalten wurde und jahrelang schikaniert und bespitzelt wurde. Die Vereinten Nationen und internationale NGOs listen den Fall als weiteres „Kriegsverbrechen“ Israels auf. Salahs Abschiebung und der Entzug seines Aufenthaltsstatus in Ostjerusalem beruhen auf einer 2018 erfolgten Änderung des israelischen Gesetzes. Es gibt dem Innenminister die Befugnis, die Aufenthaltserlaubnis für Palästinenser:innen aus Jerusalem zu widerrufen, wenn sie ihre „Treue“ zum Staat Israel gebrochen haben. Die Abschiebung von Salah stellt einen sehr gefährlichen Präzedenzfall dar.

„Judaisierung“ von Galiläa und dem Negev

Die in den Regierungsvereinbarungen vorgesehene „Judaisierung“ von Galiläa und dem Naqab/Negev wird die israelischen Palästinenser:innen in ihrer Existenz bedrohen. In diesen beiden Regionen lebt der Großteil der fast zwei Millionen Palästinenser:innen mit israelischem Pass. In der neuen Regierung wird die Durchsetzung der Politik der israelischen Landverwaltungsbehörde ILA in den Kompetenzbereich von Itamar Ben-Gvir fallen, der für seine extrem brutale Politik gegenüber den Palästinenser:innen bekannt ist. Ben-Gvirs Partei erhält auch das Ministerium für die Entwicklung Galiläas und des Negev.

Hermann Dierkes: Militärgewalt: Hohe Zahl von Kindern und Jugendlichen unter den Gewaltopfern

Unabhängige Menschenrechtsorganisationen wie die israelische B'Tselem führen in ihren Statistiken seit 1967 nach Anzahl, Alter, Geschlecht, Tatort aufgeschlüsselt, insgesamt 10.219 getötete Palästinenser:innen auf (Stand: 31.12.22). Die Tötungen werden hauptsächlich den israelischen Streitkräften, aber auch rechtsradikalen Zivilisten zugeschrieben. Gewaltopfer – durch Tötungen, Verletzungen, Verstümmelungen, aber auch durch willkürliche Verhaftungen, Folter und Misshandlungen – sind zu einem erheblichen Teil Kinder und Jugendliche.

2021 wurden 78 Kinder im Westjordanland und in Gaza getötet, die höchste Zahl seit 2014. Im vergangenen Jahr waren es 53 jugendliche Gewaltopfer und in den ersten sechs Wochen des neuen Jahres waren es schon wieder elf Minderjährige, die von der Besatzungsmacht getötet worden sind.

Die misshandelten, verletzten oder getöteten Kinder werden nach Angaben der Besatzungsmacht in der Regel aus Gründen von „Sicherheit“ und „Verteidigung“ „unschädlich gemacht“, weil sie Soldaten oder Militärfahrzeuge mit „Steinen beworfen“ hatten oder „bewerfen wollten“, weil sie sich gegen die – häufig nächtliche Erstürmung ihrer elterlichen Häuser wehren, sich gegen Hauszerstörungen, Enteignungen und Verhaftungen oder andere Gewaltmaßnahmen zur Wehr gesetzt oder einfach nur „Drohungen ausgestoßen“ hatten. Es ist auffällig, dass selbst völlig unbewaffnete oder bereits handlungsunfähige Kinder mit mehreren Schüssen (in Brust, Kopf) umgebracht werden. Aus Sicht der Mehrheit der israelischen Bevölkerung gelten die Kinder – genau wie die erwachsenen Palästinenser:innen – als Terrorist:innen.

Laut Amnesty International gibt es umfassende Beweise, dass **„die israelischen Ermittlungssysteme seit langem dazu dienen, Straffreiheit für ungesetzliche Tötungen von Palästinensern durch israelische Militär- und Polizeikräfte aufrechtzuerhalten“**. Nur eine verschwindend geringe Anzahl dieser Tötungen führen zu Disziplinarverfahren gegen Soldaten oder zu Strafverfolgung. Kommt es tatsächlich einmal zu einer Strafverhängung, so kann der Soldat mit baldiger Begnadigung rechnen. Im letzten Dezember berichtete Electronic Intifada über Ahmad Dawabsheh im Ort Duma bei Nablus. Sein Elternhaus war 2015 von Siedlern mit Brandflaschen angegriffen worden. Ahmads kleiner Bruder Ali (18 Monate) war dabei verbrannt. Beide Eltern erlagen kurze Zeit später ihren schweren Verletzungen. Ahmad überlebte und musste sich etlichen Operationen unterziehen. Der neue israelische „Sicherheitsminister“ Ben Gwir verteidigte die Mörder, als deren Anführer der rechtsradikale Siedler Amir Ben-Uliel gilt, der zur Tatzeit in einem Bus im illegalen Siedlungsposten Adei Ad lebte, von dem aus der Ort Duma überblickt werden kann.

Derzeit will die neue israelische Regierung gesetzlich festlegen, dass das Filmen/Fotografieren von Soldaten und Polizisten verboten werden soll.

Quellen:

<https://israelpalestinetimeline.org/> und <https://mondoweiss.net/>

Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost Stellungnahme zur Kundgebung am Oranienplatz am 20. Mai 2023

Wer sich öffentlich mit Palästina solidarisiert, kann sich weder auf ein verfassungskonformes Verhalten der Polizei noch auf objektive Berichte in der deutschen Presse verlassen.

23. Mai 2023 – Am 20. Mai 2023 gab es am Oranienplatz in Berlin eine gemeinsame Kundgebung jüdischer und palästinensischer Teilnehmender. Die Jüdische Stimme hatte dazu aufgerufen, und um Solidarität mit Palästina auszudrücken und der Nakba zu gedenken. Nach einem konsequenten Verbot aller bisherigen Nakba-Veranstaltungen, zuletzt der für den selben Nachmittag geplanten großen Demonstration „#Nakba75“ am Hermannplatz, war dies also die einzige Möglichkeit, an die vergangene und fortlaufende Enteignung und Unterdrückung von Palästinenser:innen zu erinnern.

Es gab viele Ordner:innen und es wurde beim Organisieren des Verlaufs vollständig mit der Polizei kooperiert. Die Polizei wiederum war die ganze Zeit aggressionsbereit, und hat irgendwann einen Teil der Menge eingekesselt. Sie hat dann verlangt, dass Rufe von "From the river to the sea, Palestine will be free" unterbunden werden. Wir erkennen keinen Antisemitismus in diesem Ruf und wir stehen zu seiner Botschaft einer ausnahmslosen Gleichberechtigung zwischen Jordan und Mittelmeer. Dennoch hat die Polizei ihn zum Vorwand genommen, um die Demonstration aufzulösen. [...]

Am nächsten Tag fing in den sozialen Medien gleich die Kampagne gegen die Kundgebung mit Bezug auf das Thema Pressefreiheit an. Auf der Kundgebung waren diverse Pressevertreter:innen anwesend, die sich als solche zu erkennen gaben und von den Demo-Organisator:innen freundlich und professionell behandelt wurden. Aktivist:innen von staatlich finanzierten politischen Organisationen, die der Demo feindlich gesinnt sind und pro-palästinensische Bewegungen regelmäßig überwachen, waren auch anwesend und haben Porträtaufnahmen von Teilnehmenden gemacht, manchmal auch versucht, sie mit Hilfe der Polizei einzuschüchtern. Auch auf höfliche Anfragen zu ihrer Arbeit wollten sie nicht antworten, obwohl es im Pressekodex Richtlinie 4.1 heißt: "Journalisten geben sich grundsätzlich zu erkennen." Es gab zahlreiche Versuche der Ordner:innen, auf ihr provokantes Auftreten deeskalierend zu agieren, manche Teilnehmende ließen sich aber auch provozieren. [...]

Auch in den tatsächlichen Presseorganen wurde nach der Kundgebung Falschinformation der Polizei verbreitet. In der Berliner Zeitung war zu lesen: "Trotz des Verbots einer

geplanten palästinensischen Demonstration in Berlin ist es am Samstagnachmittag zu antisemitischen Übergriffen in Kreuzberg gekommen. Zwischen 80 bis 100 Palästinenser-Anhänger sollen die angemeldete Kundgebung des Vereins Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost auf dem Oranienplatz massiv gestört haben, erklärte ein Polizeisprecher." Das heißt, Teilnehmenden wurde unterstellt, unsere Kundgebung gestört zu haben, während sie in Wahrheit ein Teil von ihr waren. Mit dem Hinweis auf fiktive antisemitische Übergriffe wird also ein Bild vermittelt, bei dem wohlmeinende jüdische Aktivist:innen von palästinensischen Judenhassern überrollt wurden. Dies bildet den rassistischen Antisemitismuskurs in Deutschland perfekt ab. In der Online-Ausgabe gab es dazu ein Foto, auf dem der jüdische Aktivist Adam Broomberg von der Polizei abgeführt wurde, nachdem sie ihn gewaltsam festgenommen hatte. (1) Wer hat also wen vor wem geschützt, und wer hat wirklich gestört?

Die taz war wenig besser. [...] Der Tagesspiegel ging sogar noch weiter und machte aus der Andeutung eine Behauptung: "Dutzende versammeln sich trotz Verbots in Kreuzberg". Diesen Satz über eine amtlich angemeldete Demonstration zu schreiben ist falsch. Lediglich auf rbb24 (2) war ein ausgewogener Bericht zu sehen, in dem auch Teilnehmende zu Wort kamen. Allerdings nicht Palästinenser:innen.

Fazit: Wer sich öffentlich mit Palästina solidarisiert, kann sich weder auf ein verfassungskonformes Verhalten der Polizei noch auf objektive Berichte in der deutschen Presse verlassen. Wir laden ausdrücklich Pressevertreter:innen ein, unsere Veranstaltungen zu besuchen, zu besprechen und uns sowie andere Teilnehmende dazu zu befragen. Was wir weiterhin kritisieren werden, sind Provokationen durch einzelne Aktivist:innen pro-Israelischer Organisationen mit Presseausweis, die vulnerable Gruppen wie z. B. Teilnehmende ohne gesicherten Aufenthaltsstatus mit Kameras ohne Mindestabstand bedrängen, um eine emotional wehrhafte Reaktion zu provozieren, damit sie danach ein Narrativ von angeblicher Pressefeindlichkeit konstruieren können.

Der Vorstand, 23.05.2023 – [Jüdische Stimme](#)

(SiG-Red.) (1) Dazu Video auf [Twitter](#) (2) [rbb24](#)

Aktuelle Informationen über die "occupied Palestinian territory - Millions of Palestinians in the Gaza Strip and the West Bank struggle to live with dignity under Israeli occupation, facing movement restrictions, Palestinian political divisions and recurrent escalations of hostilities."

<https://www.ochaopt.org/>

Darf man in Deutschland Israel kritisieren?

Die extreme Rechte kidnappt den Kampf gegen den Antisemitismus

Im Januar wurde die Veröffentlichung der deutschen Ausgabe eines französischen Comics von Dominique Grange und Jacques Tardi, „Élise et les nouveaux partisans“ (Delcourt, Paris, 2021) wegen der Formulierung „israelische Apartheid“ im Nachwort des Werkes abgelehnt. Diese Art von Zensur ist kein Einzelfall, sondern tritt immer dann auf, wenn die Politik Tel Avivs in Frage gestellt wird.

Übersetzung des Artikels in der französischen Ausgabe von [Le Monde Diplomatique](#), April 2023

Am 2. Februar bot das Einstein Forum in Potsdam eine Veranstaltung mit drei Autoren an: der deutschen Essayistin Charlotte Wiedemann und zwei israelischen Akademikern, dem Politologen Bashir Bashir und dem Historiker Amos Goldberg. Thema: „Das Leiden der anderen verstehen. Der Holocaust, die Nakba (1) und das kulturelle Gedächtnis der Deutschen“. Alle drei sind Autoren von Werken zu diesem Thema.

Die Veranstaltung war ursprünglich für den 9. November 2022 im Goethe-Institut in Tel Aviv geplant, gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die mit der Partei *Die Linke* verbunden ist. Auf Druck des israelischen Außenministeriums, des israelischen Botschafters in Deutschland, Ron Prossor, der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft wurde sie jedoch abgesagt. Die Wahl des 9. Novembers, des Tages, an dem 1938 das „Reichskristallnacht“ genannte Pogrom in Nazi-Deutschland stattfand, sei eine Provokation. Der Tageszeitung Haaretz zufolge äußerte sich der israelische Außenminister „schockiert und empört über die zynische und manipulative Absicht, eine Verbindung [zwischen dem Holocaust und der Nakba] herzustellen, nur um Israel in den Dreck zu ziehen“ (8. November).

Die von den einladenden Institutionen sofort vorgeschlagene Verschiebung des Treffens auf den 13. November konnte die Gemüter nicht beruhigen. Dieses Mal war es die israelische Regierung, die die Absage der Konferenz forderte. Da die Veranstaltung von der rechtsextremen Studentenorganisation *Im Tirtzu* bedroht wurde, zog es das Goethe-Institut vor, sie abzusagen. Die ausgeladene Autorin Wiedemann wunderte sich über das Tempo, mit dem die deutschen Behörden den israelischen Aufforderungen nachkamen. Die Essayistin sieht darin „einen Test, wie Deutschland auf die Rechtentwicklung des politischen Klimas nach den Wahlen [in Israel] reagiert. Und was die Verteidigung demokratischer Werte angeht, so meint sie, hat Deutschland diesen Test nicht bestanden (2)“.

Die Empörung über das Thema der Konferenz, die am Tag nach den israelischen Wahlen stattfinden sollte, konnte als Ablenkungsmanöver verstanden werden, da Benjamin Netanyahu und seine rechtsgerichtete Likud-Partei dank eines Bündnisses mit der extremen religiösen Rechten Wahlsieger geworden war. Die gesamte deutsche Presse brachte den Skandal sehr ausführlich und schenkte ihm letztlich mehr Aufmerksamkeit als dem israelischen Wahlergebnis.

Diese Tatsache unterstrich die Direktorin des Einstein-Forums, Susan Neiman, als sie die Veranstaltung nach der Absage in Tel Aviv drei Monate später am 2. Februar 2023 dann doch noch durchführte. Die Philosophin sagte, sie halte sich strikt an die Vorgaben des Namensgebers des Instituts in Sachen Achtung der Meinungsfreiheit - auch auf das Risiko hin, sich bei der Verteidigung des Rechts auf Kritik an der Politik Israels in Deutschland zu exponieren. Ein Recht, das durch neue Regelungen in Frage gestellt wird, wie sich aus mehreren Vorkommnisse schließen lässt.

Ideologische Umkehrung

Das erste geht auf den 26. April 2018 zurück. Vor dem Hintergrund eines Anstiegs des Antisemitismus' verabschiedete der Bundestag an diesem Tag eine Erklärung, in der es heißt: „Das Existenzrecht des Staates Israel ist Teil der deutschen Staatsräson“. Das deutsche Parlament verknüpfte damit de facto den Kampf gegen Antisemitismus mit der Verteidigung Israels. Ein Jahr später, am 17. Mai 2019, verurteilte eine Resolution der deutschen Abgeordneten die Kampagne *Boycott, Desinvestitionen, Sanktionen* (BDS) und erklärte sie für antisemitisch. Der Aufruf zum Boykott israelischer Produkte - ebenso wie des akademischen, kulturellen oder sportlichen Austauschs, um Israel dazu zu bringen, das Völkerrecht hinsichtlich der jüdischen Siedlungen in den palästinensischen Gebieten einzuhalten - führe laut Bundestag zur allgemeinen Stigmatisierung israelischer Staatsbürger und Menschen jüdischen Glaubens. Die Parlamentarier beschlossen außerdem, kulturellen Einrichtungen und Projekten, die die Kampagne unterstützen, die Zuschüsse zu entziehen.

Mehr noch als die Resolution selbst gibt jedoch die politische Herkunft der Kräfte, die für sie stimmten, einen Eindruck vom ideologischen Umschwung, der sich in der politischen Landschaft Deutschlands vollzieht. Die Abstimmung im Bundestag erfolgte nämlich auf Initiative der *Alternative für Deutschland* (AfD), der rechtsextremen Anti-Migrantinnen-Partei, die sich nun als Vorkämpferin bei der Verteidigung Israels positioniert, aber bei der Verurteilung erwiesener antisemitischer Handlungen eher zurückhaltend ist. Wie Neiman am 2. Februar in Erinnerung rufen sollte, macht sich die AfD die Strategie von Steve Bannon, dem ehemaligen Berater Donald Trumps, zu eigen, wonach man sich umso weiter nach rechts außen orientieren kann ohne

sich Kritik einzuhandeln, je mehr man Unterstützung für den Staat Israel an den Tag legt. Das Rezept, das unter anderem von Jair Bolsonaro in Brasilien und Viktor Orbán in Ungarn getestet wurde, funktioniert hervorragend.

Um die Hintergedanken der extremen Rechten in Deutschland aufzudecken, haben die Leiterinnen des Einstein-Fo-
rums und des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin, Susan Neiman und die Historikerin Stefanie Schüler-Springforum, sowie die Journalistin Emily Dische-Becker im Juni 2022 in Berlin eine Konferenz mit dem Titel *Hijacking memory. The Holocaust and the new right* (Kidnapping des Gedenkens. Der Holocaust und die neue Rechte) veranstaltet. Die Konferenz ging von der Feststellung aus, dass rechte Politiker sowohl international als auch in Deutschland sich der Erinnerung an den Völkermord an den Juden durch die Nazis für ihre nationalistische, fremdenfeindliche und sogar rassistische Politik bemächtigen. Diese Politik bedroht nun auch die Juden selbst, da sich beispielsweise in den USA Republikaner im Kongress das Recht herausnehmen, antisemitische Verschwörungstheorien zu verbreiten und sich gleichzeitig als Unterstützer Israels zu präsentieren (3).

Das ist allerdings nicht die Meinung des israelischen Botschafters in Deutschland: Prozor sieht die Gefahr in erster Linie auf der linken Seite und führt als Beweis dafür den „Skandal“ um die Documenta 15 in Kassel im letzten Sommer an. Zur Erinnerung: Die künstlerische Leitung dieser alle fünf Jahre stattfindenden Ausstellung zeitgenössischer Kunst war 2022 dem indonesischen Künstlerkollektiv Ruangrupa übertragen worden, um Kunstpraktiken aus den Ländern des Südens aus einer anderen Perspektive als der des Westens zu zeigen. Die Leitung der Documenta 15 wurde beschuldigt, antisemitische Werke auszustellen, darunter vor allem das Banner „Gerechtigkeit für das Volk“ des indonesischen Kollektivs Taring Padi. Das 20 Meter lange Wandgemälde, das an Suhartos Verbrechen in Indonesien erinnert, bei denen 1965/66 fast eine Million Menschen getötet wurden, enthielt neben anderen Karikaturen von Vertretern westlicher Geheimdienste, die die Diktatur (1966-1998) unterstützt hatten, auch einen Schweinekopf mit der Aufschrift „Mossad“, und einem Davidstern. Sie wurde mit einem schwarzen Tuch verhüllt und zwei Tage nach der Einweihung wieder abmontiert (4).

Nach der kritischen Rede des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier bei der Eröffnung der Documenta und dem Vorwurf mangelnder Wachsamkeit - oder gar Antisemitismus - trat die Leiterin der Kunstaussstellung zurück, wie es der Zentralrat der Juden in Deutschland gefordert hatte. Die AfD forderte ihrerseits den Rücktritt von Kulturministerin Claudia Roth (Die Grünen), die sich 2019 geweigert hatte, für die Verurteilung von BDS zu stimmen. Bundeskanzler Olaf Scholz sagte seinen Besuch ab, und ein Kontrollgremium wurde aufgefordert, Empfehlungen für die Zukunft zu erarbeiten. In ihrem Bericht vom Februar dieses Jahres sprachen sich die Experten für eine Aufsicht des Bundes bei der Vorbereitung der Ausstellungen aus.

Doch angesichts des Sturms der Entrüstung, den das Ereignis ausgelöst hatte, blieben ihre Schlussfolgerungen überraschend moderat. Ihnen zufolge liefen vier Werke in der riesigen Großausstellung (1.500 Aussteller) Gefahr, als antisemitisch wahrgenommen zu werden. Vier Werke zu viel, die der Schriftsteller Max Czollek mit dem Relief „der jüdischen Sau“ vergleicht, das seit sieben Jahrhunderten die Kirche in Wittenberg schmückt (5) - eine Sau, die jüdische Kinder säugt, während ein Rabbi ihren Anus untersucht...

Anstatt zu begreifen, dass die Wahrnehmung des Holocaust in Deutschland und Indonesien aus gutem Grund nicht gleich sein kann, und dass ein Gedankenaustausch besser gewesen wäre als eine Stigmatisierung, war man in der Presse und auf höchster Ebene der Meinung, dass die Künstler aus dem Süden die „Sensibilität“ des deutschen Publikums unterschätzt hätten (6). Die Angelegenheit nahm derartige Ausmaße an, dass man sich schließlich verwundert fragen musste: „Sensibilität“ für was? Gegenüber Antisemitismus oder gegenüber Israel? Wie Hanno Loewy, Direktor des Jüdischen Museums im österreichischen Hohenems, feststellte, hat die Debatte letztlich deutlich gemacht, dass Kritik an der Politik Israels mit Antisemitismus gleichgesetzt wird. Und das ist das Problem.

Während ein gewisser Dilettantismus in der Leitung der Documenta 15 außer Frage steht, kann derselbe Vorwurf gegen den früheren Direktor des Jüdischen Museums Berlin, der im Juni 2019 zurücktrat, nicht erhoben werden. Offiziell war Peter Schäfer, Experte für jüdische Studien, in die Kritik geraten, weil er seine Pressestelle einen Tweet weiterleiten ließ, der als Unterstützung der BDS-Kampagne interpretiert werden konnte - ein Vorgang, der der AfD nicht entgangen war. Aber es war vor allem die Ausstellung „Welcome to Jerusalem“, in der es um die drei Religionen der heiligen Stadt ging, die in Netanjahus Umfeld Anstoß erregt hatte. Netanjahu selbst hatte eine Überbetonung des „muslimisch-palästinensischen Standpunkts“ (7) moniert. Die Kritik wurde vom Zentralrat der Juden in Deutschland aufgegriffen, der den Rücktritt Schäfers und seine Ersetzung durch eine Historikerin „jüdischer Herkunft“ begrüßte. Am 27. August 2019 titelte die Tageszeitung *Die Welt*: „Israel sollte an Entscheidungen über jüdische Museen beteiligt werden“.

Das bedeutet, dass die Ausstellungen der Gedenkstätten unter strenger Aufsicht stattfinden. Auch die letzte Ausstellung im Haus der Wannsee-Konferenz – dort war im Januar 1942 die „Endlösung“ beschlossen worden - blieb von Kritik nicht verschont. Der Jurist Hans-Christian Jasch, der das Haus bis zum Ende seines nicht verlängerten Vertrags bis 2020 leitete, hatte zu pädagogischen Zwecken am Ende des Rundgangs zwei Fotografien aufgestellt: Die erste, in den 1930er Jahren aufgenommen, zeigte das vor dem Wannsee aufgestellte Schild mit der Aufschrift „Für Juden verboten“; auf der zweiten, 2016 in einem öffentlichen Schwimmbad in der Nähe von Frankfurt aufgenommenen Fotografie stand: „Für männliche Flüchtlinge verboten“. Die Gegenüberstellung wurde von der konservativen *Frankfurter All-*

gemeinen (19. Januar 2020) sofort angeprangert. Der Vergleich würde dazu dienen, die antisemitische Politik des NS-Staates zu relativieren.

Die Nachfolger an der Spitze dieser Institutionen vollziehen einen Kurswechsel. Jasch wurde durch die Historikerin Deborah Hartmann ersetzt, die die Leitung der *International School for Holocaust Studies* in Yad Vashem abgegeben hatte. Eine andere junge Historikerin, Anja Siegemund, ehemalige Direktorin des *Leo-Baeck-Instituts* in Jerusalem, übernahm die Leitung des *Centrum Judaicum* in Berlin, einer Einrichtung, die sich dem jüdischen Leben in der deutschen Hauptstadt widmet, nachdem deren Direktor in den Ruhestand gegangen war. Ist zu befürchten, wie der in Berlin lebende israelische Journalist Yossi Bartal vorhersagt, dass diese Einrichtungen ihre Autonomie angesichts der Kontrolle verlieren, die die derzeitige israelische Regierung ausüben möchte (8)?

Das Damoklesschwert

Die Vorwürfe gegen die Konferenz „Hijacking Memory“ im Haus der Kulturen der Welt in Berlin, die der Geschäftsführer des Zentralrats der Juden in Deutschland im Ausschuss für Kultur und Medien des Bundestages vorbrachte und die ihrerseits als „Think Tank“ des Antisemitismus‘ abqualifiziert wurde (9), sowie gegen das *Einstein Forum* und das *Zentrum für Antisemitismusforschung*, sind nicht alles. Von der Documenta 15, die durch Wortverdrehungen zur Hassveranstaltung deklariert wurde, bis zur Absage des Treffens im Goethe-Institut Tel Aviv und seiner späteren Durchführung in Potsdam - die Beschuldigungen schweben wie ein Damoklesschwert auch über Rednern jüdischer Herkunft.

Da er das Treffen des Einstein-Forums in Potsdam nicht verbieten konnte, wie es im Fall des *Goethe-Instituts* gelungen war, erklärte der israelische Botschafter in Deutschland, man müsse „kein Einstein sein, um zu verstehen, dass es auf die Relativierung der Erinnerung an den Holocaust auf respektloseste Weise abzielte“ (10)...

Dagegen finden an israelischen Universitäten Debatten über den Holocaust und die Nakba regelmäßig statt, wie der Politologe Denis Charbit bestätigt, dessen Büro neben dem von Bashir an der *Open University* in Israel liegt. In Israel ist es schwieriger, den Antisemitismusvorwurf zu benutzen als in Deutschland, wo Kritik am Staat Israel als Teil der „Staatsräson“ in ein enges Korsett gezwängt wird.

Während Rassismus und Antisemitismus in Deutschland tatsächlich wieder aufleben und deren Töne mit der Präsenz der AfD-Abgeordneten im Bundestag seit 2017 freie Bahn haben, bietet das Land ein hervorragendes Terrain für die Instrumentalisierung des Genozids an den Juden. Die Kritik an der Politik eines Staates, der „nur für einen Teil seiner Bevölkerung (noch) demokratisch ist“, wie Charbit es ausdrückt, wird auf diese Weise verhindert, wie übrigens auch das Verständnis für das Leid der anderen.

*[Sonia Combe](#), Historikerin. *Marc-Bloch-Zentrum*, Berlin.

(1) Nakba, arabisch für „Katastrophe“, bezeichnet die Vertreibung der Palästinenser von ihrem Land und aus ihren Dörfern nach der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948.

(2) [Die Tageszeitung](#), Berlin, 11. November 2022.

(3) Vgl. Moustafa Bayoumi, "[Republicans have a serious anti-semitism problem. It isn't Ilhan Omar](#)", *The Guardian*, London, 3. Februar 2023.

(4) Siehe Marine Vazzoler, "Taring Padis Werk aus der Documenta entfernt, da als antisemitisch eingestuft" ([franz. Original](#)), *Le Quotidien de l'art*, Paris, 23. Juni 2022.

(5) [Der Freitag](#), Berlin, 26. Januar 2023.

(6) [Die Zeit Online](#), 25. Juni 2022.

(7) *Der Tagesspiegel*, Berlin, 15. Juni 2019.

(8) *Frankfurter Rundschau*, 24. Juni 2019.

(9) *Die Welt*, Berlin, 26. Juni 2022.

(10) [Tweet](#) vom 6. Februar 2023.

[Anmerkung der Redaktion vom Newsletter „Sand im Getriebe“](#): Der [Artikel](#) ist ursprünglich in der französischen Ausgabe von *Le Monde Diplomatique*, April 2023, erschienen. Wir bedanken uns bei der französischen Redaktion für ihre freundliche Genehmigung einer Veröffentlichung auf Deutsch; Übersetzung aus dem Französischen: Peter Wahl.

75 Jahre Israel – 75 Jahre Vertreibung der Palästinenserinnen und Palästinenser (Nakba)

Kopi-online.de : Israel feiert im Jahr 2023 den 75. Jahrestag seiner Gründung am 14. Mai 1948.

Palästinenser:innen in den von Israel kontrollierten Gebieten und in der weltweiten Diaspora gedenken in diesem Zusammenhang ihrer damit verbundenen Vertreibung und Enteignung, der Nakba (wörtlich: „Katastrophe“). [Bericht](#)

Norman Paech: 75 Jahre Israel – 75 Jahre Naqba

Vortrag auf der Jahreskonferenz der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft „75 Jahre Naqba“, 9. – 11. Juni 2023

Shir Hever: Die Nakba aus einer jüdisch-israelischen Perspektive

In [BIP Aktuell 262](#) ist ein Vortrag von Dr. Shir Hever veröffentlicht, den dieser am 24.5.2023 in Bonn gehalten hat. Darin analysiert er die Bedeutung der Nakba für Palästinenser, Israelis und Deutsche im Zusammenhang mit seinen persönlichen Erfahrungen.

Andreas Zumach nahm am Kirchentag im Juni 2023 nicht teil, „weil das Präsidium des DEKT unter Vorsitz von Kirchentagspräsident Thomas de Maiziere seinen ursprünglich im Oktober gefassten Beschluss zum Verbot der NAKBA-Ausstellung über die Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948 auf dem Nürnberger Kirchentag bekräftigt hat und zur versuchten Rechtfertigung für diese Zensurmassnahme auf unbelegte Pauschalvorwürfe, Falschaussagen und Verleumdungen Dritter über die Ausstellung verweist.“ - [Text der Stellungnahme Nakba-Ausstellung](#) des Vereins Flüchtlingskinder im Libanon e.V. – Einige [Kontroversen](#) über die Ausstellung

Grundrechte unter Beschuss

Fabian Scheidler

Warum eine Freilassung von Julian Assange entscheidend für unsere Zukunft ist

Rede für die Freilassung von Julian Assange am Brandenburger Tor zum Tag der Pressefreiheit.



Julian Assange im Jahr 2016 auf dem Balkon der ecuadorianischen Botschaft in London – Daniel Leal-Olivas/imagenet

Wir leben in einer verkehrten, in einer pervertierten Welt. [Julian Assange](#) hat als Journalist Kriegsverbrechen aufgedeckt. Doch keiner der Verbrecher ist je angeklagt, geschweige denn verurteilt worden. Dafür ist derjenige, der die Verbrechen enthüllt hat, seit vier Jahren unter unmenschlichen Bedingungen im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in [London](#) eingekerkert. Nils Melzer, UN-Sonderberichterstatter für Folter der UN von 2016 bis 2022, kam zu dem Schluss, dass Assange durch diese Behandlung gefoltert wird.

Julian Assange ist weder in Großbritannien noch anderswo in Europa, noch in seinem Heimatland Australien eines Verbrechens angeklagt. Er sitzt in Haft einzig und allein, weil die USA seine Auslieferung verlangen, um ihn aufgrund eines drakonischen Spionagesgesetzes aus dem Ersten Weltkrieg anzuklagen und für den Rest seines Lebens einzusperren. Doch Assange ist kein Spion, er ist Journalist und hat als solcher gehandelt. Sollte er ausgeliefert und verurteilt werden, würde das einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen. Jeder Journalist auf der Erde müsste künftig fürchten, als Spion lebenslang inhaftiert zu werden, wenn er schmutzige Geheimnisse von Regierungen enthüllt. Das wäre das Ende der Pressefreiheit, wie wir sie kennen.

Leaks und Reportagen von mutigen Journalisten können dazu beitragen, Kriege zu beenden

Wofür sitzt Julian Assange im Gefängnis? Er ist im Gefängnis, weil er die Wahrheit über unsere Kriege gezeigt hat, im [Irak](#), in Afghanistan und anderswo. Der Krieg und die Lüge hängen sehr eng zusammen. Kriege können nicht ohne Lügen geführt werden, weil die meisten Bevölkerungen diese Kriege ablehnen, sobald sie die Wahrheit über sie wissen. Regierungen sagen über Kriege grundsätzlich nicht die Wahrheit, weil sie sonst die Unterstützung der Bevölkerung

verlieren. Auch eingebettete Journalisten erzählen uns nicht die Wahrheit über die Kriege. Nach dem Desaster des Vietnamkriegs für die USA sind verschiedene Konzepte entwickelt worden, um Journalisten nur noch eingebettet an Kriegsschauplätze zu lassen, unter Begleitung des jeweiligen Militärs. Das haben wir im Irak erlebt, das haben wir in [Afghanistan](#) und anderswo erlebt. Nur wenige Journalisten hatten die Möglichkeit, hinter die Kulissen zu blicken. Umso wichtiger sind die Leaks, umso wichtiger sind vertrauliche Quellen, umso wichtiger sind Journalisten wie Julian Assange.

Die schmutzige Wahrheit über Kriege zu berichten, egal von welcher Seite sie geführt werden, ist entscheidend, damit diese Kriege in Zukunft nicht mehr geführt werden können. Ich will dafür aus der Geschichte einige Beispiele nennen. Im Vietnamkrieg trugen die Reportagen von mutigen Journalisten, oft unter Berufung auf anonyme Quellen oder mithilfe von Leaks, ganz entscheidend dazu bei, das Blutvergießen zu beenden. Eine der wichtigsten Etappen war die von [Seymour Hersh](#) 1969 enthüllte Geschichte über die Kriegsverbrechen im vietnamesischen My Lai.

Damals haben US-Truppen Hunderte von Zivilisten, vor allem Frauen und Kinder, in dem Dorf ermordet. Diese Geschichte und die Bilder davon haben ganz entscheidend dazu beigetragen, die Stimmung in der Bevölkerung gegen diesen Krieg zu wenden. Eine andere wichtige Enthüllung waren die sogenannten Pentagon-Papers, die der Whistleblower Daniel Ellsberg mithilfe von Journalisten veröffentlicht hat. Sie zeigten, dass mehrere US-Regierungen die Bevölkerung über den Vietnamkrieg systematisch belogen hatten, über die Motive, über das Ausmaß und die Methoden. Es kam heraus, dass nicht nur Vietnam bombardiert wurde, sondern auch Laos und Kambodscha. Insgesamt sind schätzungsweise drei bis vier Millionen Menschen in diesem Krieg gestorben.

Diese Reportagen und die großenteils anonymen Quellen, auf denen sie beruhten, haben entscheidend dazu beigetragen, diesen Krieg zu beenden. Später folgte die Aufdeckung der geheimen Programme, mit denen die CIA illegal US-Bürger ausspionierte. Diese Enthüllungen, wiederum durch Seymour Hersh, führten 1975 dazu, dass die sogenannte Church Commission eingerichtet wurde, um die Geheimdienste durch das Parlament zu kontrollieren – ein wichtiger Schritt zur Bewahrung der Demokratie. Mit dem Beginn des sogenannten Kriegs gegen den Terror nach dem 11. September haben wir dann eine neue Phase von Kriegen erlebt. 2004 deckte Seymour Hersh die US-Folterpraktiken im irakischen Gefängnis Abu Ghraib auf.

„Warum es nicht genügt, auf die Apathie der Deutschen zu diesem Krieg zu zählen“

Wikileaks und Julian Assange stehen in dieser langen Tradition. In den Jahren 2010 und 2011 hat Wikileaks, überwiegend

gend aufgrund von Informationen von [Chelsea Manning](#), eine ganze Reihe von Verbrechen unserer Regierungen aufgedeckt, die die Welt erschütterten. Darunter war ein Dokument, das zeigte, wie die CIA versuchte, die Stimmung in Deutschland und Frankreich für den Afghanistan-Krieg zu mobilisieren. Eine Überschrift aus diesem Dokument ist bezeichnend: „Warum es nicht genügt, auf die Apathie der Deutschen zu diesem Krieg zu zählen“. Es ging darum, die Menschen durch manipulierte Informationen für eine Ausweitung der Einsätze in Afghanistan zu mobilisieren. Großes öffentliches Aufsehen erregte dann [das sogenannte Collateral Murder Video](#). Ton- und Bildaufnahmen aus einem US-Hubschrauber im Irak dokumentierten, wie amerikanische Soldaten auf Zivilisten, darunter zwei Reuters Journalisten, geschossen haben, wie sie sich darüber unterhielten, auf welche Weise sie diese Menschen am besten ermorden konnten. Die Überlebenden versuchten, einen der Journalisten, der schwer verletzt war, zu bergen, doch die Soldaten schossen erneut auf den Verwundeten, bis er tot war. Im Auto waren auch zwei kleine Kinder, die ebenfalls getroffen wurden und schwer verwundet überlebten. Das ist nur ein kleines Detail aus diesem Krieg. Aber die weltweite Empörung darüber zeigt, was geschieht, wenn die schmutzige Wahrheit über die Kriege herauskommt. Dann sinkt die Unterstützung, dann zerbrechen die großen Erzählungen über diese Kriege: dass es gute Kriege sind, dass es gerechte Kriege sind, dass sie im Namen von irgendwelchen Werten geführt werden. Später hat Wikileaks, die Afghan War Logs und die Iraq War Logs veröffentlicht, Hunderttausende von Dokumenten, die Kriegsverbrechen sowohl der westlichen Mächte als auch der Warlords, mit denen sie eng zusammenarbeiteten, dokumentieren. Die Guantánamo-Papiere schließlich zeigten der Weltöffentlichkeit, mit welcher Brutalität dieses Foltergefängnis betrieben wurde. Der Horror des sogenannten Kriegs gegen den Terror wurde nicht zuletzt durch Wikileaks öffentlich.

Zur Verhinderung künftiger Kriege ist freier Journalismus unentbehrlich

Warum sitzt Julian Assange im Gefängnis? Weil er der Heuchelei der Rede von den westlichen Werten die Maske entzogen hat und gezeigt hat, wie brutal die Wirklichkeit dahinter ist. Deswegen ist er verfolgt worden, deswegen ist er eingesperrt worden, deswegen ist er, wie Nils Melzer sagt, gefoltert worden. Der Mut von Julian Assange und von Quellen wie Chelsea Manning war ganz entscheidend dafür, dass andere [Whistleblower](#) und andere Journalisten in der Folge sich traute, weitere dunkle Praktiken unserer Regierungen zu enthüllen. Zum Beispiel Edward Snowden, der die Spionagepraktiken der NSA und anderer Behörden aufgedeckt hat.

Julian Assange wurde nach seinen Enthüllungen nicht nur von den betroffenen Regierungen, sondern auch von einigen Journalisten in massiver Weise angegriffen. Ein Moderator des amerikanischen Fernsehsenders Fox hat öffentlich dazu aufgerufen, ihn zu erschießen. Die US-Regierung mithilfe Großbritanniens und Schwedens hat schließlich alles daran gesetzt, ihn so schnell wie möglich unter verschiedenen Vorwänden hinter Schloss und Riegel zu bringen.

Die Freilassung von Julian Assange ist entscheidend für die Zukunft des Journalismus, der Meinungsfreiheit, der Demo-

kratie und auch weit darüber hinaus. Zur Verhinderung künftiger Kriege ist freier Journalismus unentbehrlich. Heute befinden wir uns in einer extrem gefährlichen Situation. Ein neuer kalter und auch heißer Krieg zwischen den Blöcken zeichnet sich ab. Der Krieg in der Ukraine droht zu eskalieren. Die USA und einige Verbündete drohen mit einem Krieg gegen China. Dabei handelt es sich tatsächlich um Überlebensfragen für die Menschheit, weil dies in eine nukleare Konfrontation münden kann.

Wir brauchen mehr Journalisten wie Julian Assange. Die Lage ist noch aus einem anderen Grund kritisch. Wir befinden uns mit dem Klimawandel, dem Artensterben und anderen ökologischen Katastrophen an gefährlichen Kippunkten im Erdsystem. Wir müssen unsere gesellschaftlichen Kräfte darauf konzentrieren, eine sozialökologische Transformation in Gang zu setzen, die die Klimakatastrophe noch verhindert und uns ein menschenwürdiges Leben auf diesem Planeten über die nächsten Generationen ermöglicht. Dazu brauchen wir Ressourcen, Geld und internationale Kooperation für diesen friedlichen Umbau und nicht für Krieg. Wir erleben derzeit eine neue Rüstungsspirale, die uns einer nuklearen Konfrontation näher bringt und uns zugleich die Möglichkeit entziehen, dem ökologischen Kollaps Einhalt zu gebieten. Ein kurzer Rückblick: Die sogenannten Kriege gegen den Terror, in Afghanistan, dem Irak und anderswo, haben zusammen mindestens 5 Billionen Dollar gekostet, das sind 5000 Milliarden. Das ist in etwa auch die Summe, die man laut Noam Chomsky und dem US-Ökonomen Robert Pollin für einen Global Green New Deal brauchen würde, um eine ökologische Wende in der Landwirtschaft, in der Energieversorgung, im Verkehr auf den Weg zu bringen und zugleich mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Dieses Geld wurde in den letzten 20 Jahren in Kriege kanalisiert statt in den gesellschaftlichen Wandel, den wir so dringend benötigen.

Um zu verhindern, dass dies jetzt wieder geschieht, brauchen wir kritischen Journalismus, brauchen wir freien Journalismus, brauchen wir mutigen Journalismus. [Das jüngste Pentagon Leak](#) hat gezeigt, dass nach den Einschätzungen des US-Militärs der Krieg in der Ukraine für keine der beiden Seiten in näherer Zukunft zu gewinnen ist. Es ist also eine Pattsituation. Wenn man diesen Krieg weiter verlängert, werden Tausende Menschen mehr sterben, ohne wesentliche Gewinne für die Ukraine zu erreichen. Das zeigt einmal mehr, dass nur Verhandlungen diesen Krieg beenden können.

In dieser Situation brauchen wir mehr denn je Journalisten, die uns ungeschminkt von der Wirklichkeit des Krieges berichten, die hinter die Fassaden blicken. An dem Kippunkt in der Menschheitsgeschichte, an dem wir stehen, brauchen wir mehr denn je eine Verteidigung des freien Journalismus und seiner Quellen.

Fabian Scheidler: www.fabian-scheidler.de

2015 erschien sein Buch „Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiternden Zivilisation“, das in mehrere Sprachen übersetzt wurde, gefolgt von „Chaos. Das neue Zeitalter der Revolutionen“ (2017). 2021 erschienen im Piper-Verlag „Der Stoff, aus dem wir sind. Warum wir Natur und Gesellschaft neu denken müssen“. Fabian Scheidler erhielt 2009 den Otto-Brenner-Medienpreis für kritischen Journalismus.

[Berliner Zeitung](#)

Transatlantische Allianz für Freilassung von Julian Assange

„Es ist ein wichtiges und ermutigendes Zeichen, dass Abgeordnete des US-Kongresses die Forderung nach Freilassung des Journalisten und Wikileaks-Gründers Julian Assange unterstützen und dafür gemeinsam mit Mandatsträgern in Europa aktiv werden. In transatlantischer Zusammenarbeit wollen wir den Druck verstärken, damit US-Präsident Joe Biden die Verfolgung von Julian

Assange endlich beendet“, erklärt Sevim Dagdelen, Obfrau der Fraktion DIE LINKE im Auswärtigen Ausschuss und Sprecherin für Internationale Politik, nach einem Gespräch mit dem US-Kongressmitglied Ilhan Omar in Washington, bei dem die Abgeordneten Möglichkeiten einer stärkeren transatlantischen Zusammenarbeit besprochen haben.

„[...] Julian Assange befindet sich heute seit 1.519 Tagen im britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in Haft, weil er seiner Arbeit als Journalist nachgegangen ist und Kriegsverbrechen US-amerikanischer Soldaten im Irak und in Afghanistan veröffentlicht hat.“[...] [Pressemitteilung](#) von Sevim Dagdelen, 07. Juni 2023

Newsletter von Attac Hamburg

Eine Frage des Gewissens! Oder doch nicht?

Miriam Block wird von ihrer Fraktion (Hamburger Grünen) ihrer Ämter enthoben

„Die Abgeordneten sind Vertreterinnen und Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.“ So bestimmt es Artikel 7 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg. Ähnliches steht im Grundgesetz in Bezug auf die Abgeordneten des Bundestags. Nun gibt es aber schon seit langer Zeit den sogenannten Fraktionszwang. Da er nichts anderes bedeutet als die Erteilung von Aufträgen, muss er zwangsläufig verfassungswidrig sein. Dennoch wird er parteiübergreifend praktiziert. Ein Beispiel dafür und für ihr Verständnis von Antifaschismus lieferten soeben der Fraktionsvorstand, der Landesvorstand und die Senatsmitglieder der Hamburger Grünen.

Die Grünen-Abgeordnete Miriam Block wurde ihrer Ämter enthoben. Dazu heißt es in einer Stellungnahme der Hamburger Grünen: „In der vergangenen Fraktionssitzung am 24. April 2023 wurde Miriam Block mit Zweidrittelmehrheit der Fraktion als Sprecherin für Wissenschaft und Hochschule abgewählt sowie aus den Ausschüssen für Wissenschaft und Inneres abberufen. Dem vorausgegangen war ein vom Fraktionsvorstand eingebracht und von den Landesvorsitzenden und der grünen Senatsseite unterstützter Vorschlag. Diese Entscheidung ist die Konsequenz aus dem Verhalten der Abgeordneten in den letzten Wochen rund um die Abstimmung in der Hamburgischen Bürgerschaft zum NSU und dessen Aufarbeitung.“

Was war geschehen? Am 13. April 2023 stimmte Miriam Block als Einzige ihrer Fraktion für den Antrag der Partei DIE LINKE auf „Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zum NSU-Terror in Hamburg, zur Aufarbeitung der militanten neonazistischen Strukturen in Hamburg und ihre Verbindungen zum NSU-Netzwerk, ihrer möglichen Rolle im Zusammenhang mit dem Mord an Süleyman Taşköprü, zur Untersuchung eines möglichen Fehlverhaltens Hamburger Sicherheits- und Justizbehörden einschließlich der Senatskanzlei und anderer Verantwortlicher“. SPD und Grüne hatte sich vorher darauf geeinigt, auf einen Parlamentarischen Untersuchungsaus-

schuss zu verzichten und sich stattdessen mit einer wissenschaftlichen Aufarbeitung des NSU-Komplexes zu begnügen.

Miriam Block folgte mit ihrer Entscheidung nicht nur ihrem Gewissen, sondern auch der Beschlusslage der Hamburger Grünen, die seit Jahren einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss fordern. Im Mai 2021 fasste die Landesmitgliederversammlung einen Beschluss mit dem vollmundigen Titel „Antifaschismus heißt konsequente Aufklärung, Offenlegung von rechtsextremen Strukturen und strukturellem Rassismus“. Er endet mit den folgenden Sätzen: „Parlamentarische Aufklärung ist notwendig, um auch aktuelle Entwicklungen in den Blick zu nehmen und dabei einen besonderen Fokus auf die Kontinuitäten und Verflechtungen von Hamburgs rechter Szene seit mindestens den 70ern zu legen. Es gibt in Hamburg bundesweite Nazikader, bekannterweise rechten Terror seit den 70ern, institutionellen Rassismus sowie eine NSU-Aufklärung, die mehr Fragen aufwirft als sie beantwortet. Das können wir ändern. Das müssen wir ändern.“ Keine zwei Jahre später fallen sie um und bestrafen eine Abgeordnete dafür, dass sie den Beschluss und Antifaschismus weiterhin ernst nimmt. Das „Verhalten der Abgeordneten in den letzten Wochen rund um die Abstimmung in der Hamburgischen Bürgerschaft zum NSU und dessen Aufarbeitung“ als Begründung zu bemühen, kann nur als erbärmlich bezeichnet werden.

Dazugehörige Links: [Grüne Hamburg](#) ; [Beschluss](#) der Grünen Hamburg Mai 2021

Bürgerschaft Hamburg: [Antrag](#) zur Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses

Wolf Wetzel: 10 Jahre NSU-VS-Komplex. 10 Jahre offizielle Verschwörungsmymen, [NachDenkSeiten 2021](#)

Über elf Jahre wurden die neun Morde an Menschen, die nicht deutsch genug waren, von Behörden, politisch Verantwortlichen und Medien als „Döner-Morde“ ausgewiesen. Mit der Selbstenttarnung des NSU, als Antwort auf die beiden toten NSU-Mitglieder in Eisenach 2011, bettete man die Mordopfer um und versprach „lückenlose Aufklärung“.

Die Universität Kiel entledigte sich eines Lehrbeauftragten und missachtete das Grundrecht der Meinungsfreiheit

Die Universität Kiel hatte dem Lehrbeauftragten und Journalisten Patrick Baab mit der Begründung gekündigt, dass er durch sein Auftreten in den russisch besetzten Gebieten Donezk und Luhansk im September 2022 die Referenden über die Zugehörigkeit der Gebiete zu Russland legitimiert habe, obwohl diese allgemein als völkerrechtswidrig bewertet worden seien. Vor Gericht hatte diese Kündigung keinen Bestand.

Patrick Baab, ein angesehener Journalist und Lehrbeauftragter der Universität Kiel, hatte sich im September 2022 für eine Recherche zu einem geplanten Buch in die von Russland besetzten Gebiete begeben. Während seiner Anwesenheit fanden die Referenden zur Frage der Zugehörigkeit der Ostgebiete Luhansk und Donezk zu Russland statt. Als erfahrener Journalist in Kriegsgebieten wurde er zu zwei Pressekonferenzen eingeladen. Er berichtete Positives wie Negatives zum Wahlverfahren und betonte, dass „alle die Eingliederung in die Russische Föderation wünschten“, zum einen wegen des Krieges gegen die besetzten Gebiete zum anderen, weil die Ukraine für die Gebiete keine Investitionen tätigte. ([TAZ, 26.04.2023](#))

„Informationen auszutauschen, auch über die Stimmung in der Bevölkerung, ist in einem Kriegsgebiet geradezu eine Überlebensfrage. Deshalb rede ich auch mit Russen. Als Journalist rede ich ständig mit Menschen, die anderer Herkunft oder anderer Meinung sind. Das ist Kern meiner Arbeit. Damit mache ich mich nicht mit ihnen gemein. So werden Informationen recherchiert. Darüber hinaus wäre niemand auf die Idee gekommen, beispielsweise Peter Scholl-Latour, der im Vietnamkrieg 1973 als Erster auf der Seite des Vietkongs gedreht hat, vorzuwerfen, er verbreite kommunistische Propaganda.

Eine Berichterstattung aus einem Kriegs- und Krisengebiet ist ohne Kontakt zu den Akteuren schlechterdings nicht möglich – auch dann, wenn sie Blut an den Händen haben.“ (aus [Infosperber](#) 14.04.2023)

Vor dem Verwaltungsgericht Schleswig musste sich die Universität zu ihrem Vorgehen öffentlich erklären. Die Universität zweifelte den Wahrheitsgehalt seiner Erklärungen nicht an, meinte jedoch, dass er mit seinem Auftreten einen „Ansehensverlust“ der Universität verursacht hätte. Er hätte die Möglichkeit gehabt sich gar nicht zu äußern, jedenfalls hätte er nicht das „Wie“ der Referenden kommentieren sollen sondern ihr „Ob“ in Frage stellen müssen, da er dem Völkerrecht zur Treue verpflichtet sei. Die journalistische Scheinobjektivität, mit beiden Seiten zu sprechen, wie auch seine reine Anwesenheit hätten in der Ukraine zur Legitimation des russischen Vorgehens beigetragen. Die Universität distanzierte sich von Herrn B.s Reise und erklärte, dass sie

keine Lehrveranstaltungen von Herrn B. anbieten werde. Schließlich hätte er wissen müssen, dass sein Auftritt propagandistisch genutzt werden könne. Entgegen seinen Beteuerungen war er als „Wahlhelfer“ in den Medien genannt worden. ([TAZ, 26.04.2023](#). [Welt](#), 30.09.2022)

Dem hielt Baabs Anwalt entgegen, dass sein Mandant nicht beeinflussen könne, wie die Medien vor Ort mit seinen Aussagen verfahren. Material von Propagandamedien als Beleg zu nutzen, hielt er für "Realsatire".

Der Richter Sievers urteilte: Die Uni habe sich in einer „Hauruck-Aktion“ von ihrem langjährigen Lehrbeauftragten getrennt. Dabei habe es nie ein Fehlverhalten oder eine Kritik an seiner Arbeit gegeben. „Und dass Sie einem Journalisten eine Recherchereise vorwerfen, klingt etwas merkwürdig“, sagte Sievers den Vertretern der Hochschule. Die Kündigung wurde für rechtswidrig und ungültig erklärt und die Universität musste ihre das Ansehen des Journalisten schädigende Erklärung auf der Webseite löschen.

Wie schwach zeigte sich hier eine Garantin des demokratischen Diskurses! Wo bleibt die Diskurverantwortlichkeit der Intelligenz? Und was bedeutet dies für die Demokratie in unserem Land? Wie leicht können und könnten antidemokratische Kräfte Eingang in die Universität finden, wenn diese die Meinungsfreiheit und die Freiheit der Wissenschaft nicht verteidigt?

Die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel stellte sich ihrem eigenen Versagen nicht, vielmehr versuchte sie, ihr Vorgehen ungeschehen zu machen.

Sie bemühte sich, über die Affäre Stillschweigen zu bewahren. Aufklärungsbemühungen seitens einiger Studierenden versuchte sie zu unterbinden. Diese rügten, dass die Universität ohne Recherchen und ohne Überprüfung der Quellen einem Journalisten, der als Lehrbeauftragter von den Studierenden wegen seiner journalistischen Redlichkeit geschätzt wurde, im „Hauruckverfahren“ - wie es der Richter am Verwaltungsgericht nannte – die Tür wies. Eine offene Debatte soll nicht stattfinden. Dies an einer Universität, die den Auftrag hat, einen offenen und freien Meinungsaustausch zu gewährleisten. ([Overton-magazin](#). 01.05.2023))



Europa

Willkommen im zivilisierten Europa!



Mittwoch, 14. Juni 2023

[Schild der Frau:] „Krankenwagen nur für Griechen“

[Schild des Gerippes:] „Friedhöfe nur für Griechen“

[Hai:] „...und Unmenschlichkeit für alle anderen“

<https://griechenlandsoli.com/2023/06/16/willkommen-im-zivilisierten-europa/>

Es ist ein Verbrechen. 600 Mal Mord!

Yorgos Konstantinou:

„Wenn ihr uns nach Kreta gehen lasst, werden wir nicht sterben.“

Zurückweisungen an den Grenzen sind Mord. Die Heuchelei der Europäischen Union und die politischen Entscheidungen der griechischen Regierung sind Mord.

Wieder und wieder.

Sie zwingen die Menschen, gefährliche Wege zu nehmen, und anstatt 10, 20 oder 300 Meilen zu fahren, fahren sie 1000 und 2000.

Bei dem Unglück in Krotone vor 4 Monaten starben 60 Menschen, heute in Pylos 600.

Eine Schande ist das.

Jeder Europäer und jeder griechische Wähler hat eine Verantwortung.

Es handelt sich nicht um einen Unfall.

Es ist keine Tragödie.

Es ist ein Verbrechen.

Es ist Mord.

Erinnern Sie sich an die Erklärungen:

Mitsotakis: Wir haben das Flüchtlingsproblem gelöst, wir haben die Migrationsströme minimiert (Leros 12. Juni 2023)

Mitarakis: Griechenlands Migrationspolitik ist streng, aber fair. (Zappeion 17.01.2023)

griechenlandsoli.com, 14.06.2023

Weitere Informationen und Einschätzungen:

<https://griechenlandsoli.com/>

<https://griechenlandsoli.com/yorgos-bilder/>

Seebrücke

Nach 9 Jahren in Deutschland, Kinder kurz vor Schulabschluss: Familie unrechters brutal abgeschoben

In der Nacht des 15. Mai 2023 drang die Polizei in die Wohnung der 5-köpfigen Familie Ovbiagele in Kempten ein, die seit 9 Jahren in Deutschland lebte. Mit Handschellen und schwer bewacht wurde sie abgeführt und auf einer vierstündigen Fahrt zum Frankfurter Flughafen gebracht. Dort wurden die vier Kinder Godsent (11), Miracle (14), Victor (17), Victoria (17) und ihre Mutter am 26. Mai nach Nigeria abgeschoben. Ein den Kindern völlig fremdes Land. Victoria und Victor standen kurz vor ihrem Schulabschluss in Deutschland und für Victoria wurde erst vor Kurzem das Schulgeld für die Schauspielschule bezahlt, auch Victor hatte einen Ausbildungsplatz in Aussicht.

Alle Kinder erfüllen die Voraussetzungen für ein Aufenthaltsrecht für „gut integrierte Jugendliche“ (§ 25a AufenthG). Außerdem hat die ganze Familie offensichtlichen Anspruch auf das neue Chancen-Aufenthaltsrecht (§ 104c AufenthG). Die zuständige Ausländerbehörde ignorierte die Soll-Regelung jedoch. Die Familie ist vollkommen entsetzt von der furchtbaren und menschenunwürdigen Behandlung.

Wir verurteilen diese brutale Abschiebung und schließen uns den Forderungen der Initiative #BringThemBack an.

[Seebrücke](#)

Das gemeinsame Europäische Asylsystem = Ausverkauf der Menschenrechte

Ein [Bündnis von mehr als 50 Organisationen](#) hatte die Bundesregierung zur Abkehr von ihren Plänen zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) aufgerufen und mit Blick auf das Treffen der EU-Innenminister*innen am 8. Juni 2023 an Innenministerin Nancy Faeser (SPD) appelliert, ihrer humanitären Verantwortung gerecht zu werden und ihren eigenen Koalitionsvertrag ernst zu nehmen. Es dürfe keine Kompromisse auf Kosten des Flüchtlingsschutzes geben. Mit dem gemeinsamen Statement appellierten sie an die Bundesregierung:

- 1. Für menschenwürdige und faire Asylverfahren:
Keine verpflichtenden Grenzverfahren an den EU-Außengrenzen!**
- 2. Für Flüchtlingsschutz in der Europäischen Union:
Keine Absenkung der Anforderungen an "sichere Drittstaaten"!**
- 3. Für echte Solidarität in der Flüchtlingsaufnahme:
Keine Weiterführung des gescheiterten Dublin-Systems!**

Seebrücke entsetzt über historischen Verrat an den Menschenrechten

09.06.2023 - Gestern haben die Innenminister*innen der EU die schärfsten Asylreformen seit Jahrzehnten beschlossen.[...] Entgegen aller Warnungen, entgegen aller Expert*innenmeinungen, entgegen jeglicher Moral, stimmt Nancy Faeser für die massivsten Verschärfungen seit 30 Jahren. Die Folgen sind klar: Die Entmenschlichung an den europäischen Außengrenzen wird zur neuen Rechtsform Europas erklärt. Statt die Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einzuhalten, wird entschieden, Schutzsuchende noch vor der Europäischen Grenze aufzuhalten. Nancy Faeser, schämen Sie sich!"

Die Zäsur im Asylrecht wird bereits von den rechten und faschistischen Strömungen Europas gefeiert.

„Mit der gestrigen Entscheidung knickt die Bundesregierung den rechten und faschistischen Regierungen und Strömungen in Europa gegenüber ein und macht die Gewalt gegenüber Schutzsuchenden zum Teil des europäischen Wertesystems. Die Brandmauer gegen Rechts wurde von der bürgerlichen Politik regelrecht eingetreten. Menschenfeindliche, rassistische Politik bekommt dadurch einen rechtlichen Rahmen – gerade eine deutsche Innenministerin sollte die historischen Parallelen kennen. Das ist das vollständige Versagen der sogenannten Wertegemeinschaft Europa. Und mit ihr das Versagen der deutschen Politik.“, so Maria Sonnek weiter. „

German Foreign Policy: Newsletter - Abschiebung als Markenkern

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9261>

Pro Asyl Ausverkauf der Menschenrechte

Deutschland stimmt für Aushebelung des Flüchtlingsschutzes



Haftzentren an den Außengrenzen Europas, wie hier auf Kos, sind leider auch heute schon Realität.

Foto: Greek Ministry of Migration and Asylum

09.06.2023 - Beim Rat der EU-Innenminister*innen wurde sich auf eine Reform des europäischen Asylsystems geeinigt, die Haftzentren an den Außengrenzen und Abschiebungen in fast beliebige außereuropäische Staaten vorsieht. Solidarisches Aufnahmesystem? Fehlannonce. Auch die deutsche Bundesregierung stimmte dem Ausverkauf der Menschenrechte zu.

Eigentlich lagen die Mitgliedstaaten in den letzten Tagen in ihren Positionen sehr weit auseinander und deutsche Politiker*innen verkündeten vollmundig, bestimmte Aspekte der Vorschläge – wie die Inhaftierung von Kindern in Grenzverfahren – nicht mittragen zu wollen. Doch dann wurde offenbar in Luxemburg beim Rat der EU-Innenminister*innen unter hohem Einigungsdruck verhandelt und um 21 Uhr wurde gemeldet: Es steht eine Einigung zwischen einer Mehrheit der Mitgliedstaaten über die in vielen Punkten katastrophalen Vorschläge.

Angesichts der Vorschläge macht es sprachlos, dass die deutsche [Innenministerin Nancy Faeser bei Twitter](#) diesen Ausverkauf der Menschenrechte als »historischen Erfolg« verkauft.

PRO ASYL hat seit Wochen und Monaten auf die Gefahren der Asylverfahrensverordnung (AVVO) und der Asyl- und Migrationsmanagement-Verordnung (AMM-VO) hingewiesen. Mit der Einigung der Mitgliedstaaten ist der entscheidende Schritt hin zu einem tatsächlichen Gesetzesbeschluss getan. Zwar müssen die Mitgliedstaaten nun noch mit dem Europäischen Parlament verhandeln, doch ob die Reform so noch gestoppt wird, ist mehr als fraglich.

Werden durch die Reform neue Morias verhindert? Nein, aber mehr Haft wird die Zukunft sein!

Seit der Bekanntgabe der Ergebnisse versuchen Mitglieder der Bundesregierung angestrengt, die Zustimmung als Erfolg zu präsentieren. [Außenministerin Annalena Baerbock](#) lobte die Einigung, sie sei »seit Jahren überfällig, um zu verhindern, dass es wieder zu Zuständen an den EU-Außengrenzen wie in Moria kommt«. Doch das Gegenteil ist der Fall, denn durch die Reform sollen Grenzverfahren wie auf den griechischen Inseln verschärft werden. Auch nach dem geltenden Recht, das bereits verpflichtende Aufnahmestandards vorsieht, hätte es nie zu solchen Zuständen wie in dem griechischen Elendslager Moria aus Lesbos, das 2020 abbrannte, kommen dürfen. Die katastrophalen Zustände waren aber zur Abschreckung politisch gewollt – und das wird sich nicht ändern, denn es wird weiterhin nicht im Interesse der Außengrenzstaaten sein, menschenwürdige Bedingungen an ihren Außengrenzen zu gewährleisten. Denn effektive Solidarität im Sinne von Umverteilung von Flüchtlingen ist in der Reform nicht vorgesehen.

Durch den starken Fokus auf Grenzverfahren, die mit Verabschiedung der Reform verpflichtend sein werden, ist die Gefahr menschenrechtswidriger Zustände an den Außengrenzen noch größer. Während Grenzverfahren bislang nur vier Wochen dauern dürfen, wird diese Zeit auf bis zu 12 Wochen verdreifacht – mit Option der Verlängerung auf 16 Wochen für den Rechtsbehelf. Damit werden Schutzsuchende nur für das Asylverfahren schon vier Monate an den Außengrenzen festgehalten, und zwar absehbar hinter Stacheldraht und Mauern.

Denn während der Grenzverfahren sollen Schutzsuchende, obwohl sie eindeutig auf europäischem Territorium sind, als [»nicht eingereist«](#) gelten. Absehbar führt dies zur Inhaftie-

rung der asylsuchenden Menschen. Unter Haftbedingungen sind aber faire Asylverfahren nicht möglich: Die Menschen sind oft noch von der Flucht traumatisiert und in einem psychischen Ausnahmezustand, eine Inhaftierung belastet sie zusätzlich und wirkt wie eine Bestrafung dafür, einen Asylantrag gestellt zu haben. Unabhängige Unterstützung für die Schutzsuchenden wird kaum möglich sein. Schon jetzt ist beispielsweise in den »geschlossenen Einrichtungen« in Griechenland der Zugang für NGOs nicht gewährleistet und selbst für Rechtsanwält*innen in der Praxis oft eingeschränkt. Unter solchen Bedingungen kommt es absehbar zu falschen Ablehnungen, was für die Betroffenen fatale Konsequenzen bis hin zur Abschiebung haben kann. Insgesamt sollen stets 30.000 Plätze für solche Grenzverfahren in der EU bereitgehalten werden. Pro Jahr können so 120.000 schutzsuchende Menschen inhaftiert werden! An das Asylgrenzverfahren schließt sich bei Ablehnung ein bis zu 12-wöchiges Abschiebungsgrenzverfahren an und dann könnte zusätzlich noch Abschiebungshaft (bis zu 18 Monate) angeordnet werden. Damit könnten Personen bis zu zwei Jahren an den Grenzen inhaftiert werden.

Flüchtlinge aus Syrien oder Afghanistan kommen nicht in die Grenzverfahren? Doch!

Laut den Vorschlägen sollen bestimmte Personengruppen stets ins Grenzverfahren kommen. Dies soll u.a. bei Staatsangehörigen der Fall sein, bei denen die EU-weite durchschnittliche Anerkennungsquote eines Herkunftsstaates unter 20 Prozent liegt. Dazu zählten im Jahr 2021 laut EU-Asylagentur unter anderem auch Russland, Pakistan, Nigeria und Bangladesch. Diese Einstufung missachtet das individuelle Recht auf Asyl und verkennt, dass auch in »Nichtkriegsgebieten« bestimmte vulnerable Gruppen von Verfolgung bedroht sein können. Auch Kinder werden hiervon betroffen sein. Die deutsche Bundesregierung hat für keine Ausnahme gesorgt. Nur sogenannte unbegleitete Minderjährige sollen in der Regel ausgenommen werden – andere Kinder müssen mit ihren Angehörigen hinter den Stacheldraht.

Das schließt aber, im Gegensatz zu dem, was Innenministerin Faeser und Außenministerin Baerbock behaupten, überhaupt nicht aus, dass auch Schutzsuchenden zum Beispiel aus Syrien oder Afghanistan in die Grenzverfahren kommen. Denn dies wäre schon der Fall, wenn sie ohne Reisepass ankommen und ihnen vorgeworfen wird, dass sie diesen absichtlich entsorgt haben. Außerdem können die Mitgliedstaaten entscheiden, das Grenzverfahren darüber hinaus noch auf weitere Asylsuchende auszuweiten – etwa auf alle Personen, die über einen angeblich »sicheren Drittstaat« gekommen sind (siehe auch [Erwägungsgrund 40b der Asylverfahrensverordnung](#): »In other cases, such as when the applicant is from a safe country of origin or a safe third country, the use of the border procedure should be optional for the Member States«). Das würde zum Beispiel in Griechenland de facto alle syrischen und afghanischen Flüchtlinge treffen, da Griechenland die Türkei als »sicher« ansieht.

Der Flüchtlingsschutz in Europa wurde doch jetzt gerettet? Von wegen!

Die nun beschlossene Position der Mitgliedstaaten sieht die weitgehende Möglichkeit der Aushebelung des Flüchtlingsschutzes durch Deals mit außereuropäischen Drittstaaten vor. Das läuft in der Praxis wie folgt: In jedem Asylverfahren – auch in den diskutierten Grenzverfahren – kann zuerst entschieden werden, ob ein Asylantrag überhaupt zulässig ist. Wer über einen angeblich sicheren Drittstaat kommt, wird unabhängig von den eigentlichen Fluchtgründen abgelehnt. Mit der Reform soll diese »Vorprüfung« stark ausgebaut werden. Denn weil die EU aktuell nicht von funktionierenden Demokratien mit guten Schutzsystemen umgeben ist, werden die Kriterien massiv gesenkt, damit unsichere Staaten für sicher erklärt werden können. Es müsste nun auch nicht mehr das ganze Land sicher sein, Teilgebiete sollen ausreichen können. Besonders dramatisch ist eine solche Zulässigkeitsprüfung in den Grenzverfahren, da in diesen Klagemöglichkeiten eingeschränkt sind und rechtliche Unterstützung nicht ausreichend vorhanden sein werde. So werden Abschiebungen in unsichere Drittstaaten und (Ketten-)Abschiebungen in die Verfolgung ins Herkunftsland möglich.

Stark diskutiert wurde bis zuletzt die Frage, welche Verbindung es zwischen der in der EU schutzsuchenden Person und dem »sicheren Drittstaat« geben muss. Hardliner wie zum Beispiel der [österreichische Innenminister Karner](#) forderten offensiv das »Ruanda-Modell«, also Asylsuchende in quasi egal welchen Drittstaat abschieben zu können, egal ob die Person das Land je betreten hat. Auch die italienische Ministerpräsidentin Meloni hatte wohl ein starkes Interesse an der Frage und ist aktuell besonders viel in [Tunesien](#) unterwegs – wohl um einen möglichen Flüchtlingsdeal anzubahnen. (1) Beschlossen wurde jetzt, dass es weiterhin eine Verbindung geben muss, die einen Verweis auf den Schutz in dem Drittland »vernünftig« erscheinen lässt (so auch die aktuelle Formulierung der [Asylverfahrensrichtlinie](#)). Ausnahme ist, dass die Person zustimmt, in den Drittstaat zu gehen. In den Verhandlungen wurde zudem im erklärenden Erwägungsgrund betont, dass es die Mitgliedstaaten sind, die entscheiden, was eine solche Verbindung wirklich ist. Damit könnte potenziell in der nationalen Praxis von zum Beispiel Italien minimaler Gebietskontakt ausreichen, damit eine schutzsuchende Person in den Drittstaat zurückgeschickt wird. Ein »Ruanda-Modell« in der EU ist zwar so – hoffentlich – erstmal nicht möglich. Aber desaströse Deals mit allen Staaten auf den Fluchtrouten können weiterhin möglich sein, wie aktuell bereits zwischen der EU und der Türkei.

Aber jetzt gibt es doch einen Solidaritätsmechanismus? Aber ohne verpflichtende Umverteilung von Geflüchteten!

Zunächst muss festgehalten werden, dass mit der Reform das Grundproblem des europäischen Aufnahmesystems nicht gelöst wird. Denn obwohl das Dublin-System nach einhelliger Meinung gescheitert ist, wird weiterhin an dessen Grundprinzip der Verantwortung des Ersteinreisestaats

festgehalten. Durch die neuen verpflichtenden Grenzverfahren werden Aufwand und Verantwortung für die Außengrenzstaaten sogar absehbar höher als bisher. Eine vergleichbare Entlastung von ihnen durch die Umverteilung von Geflüchteten ist zwischen den Mitgliedstaaten nicht beschlossen worden.

Neben dem noch strengeren Dublin-System (u.a. schnellere Abläufe für die Rücküberstellung, eingeschränkter Rechtsschutz und auch Rücküberstellung von unbegleiteten Minderjährigen) soll es zukünftig einen ziemlich komplizierten Solidaritätsmechanismus geben für den Fall, dass Mitgliedstaaten unter »Migrationsdruck« stehen. Zwar sind Mitgliedstaaten dann verpflichtet, Solidaritätsbeiträge zu leisten – aber in welcher Form wird ihnen überlassen. Und hier ist die Übernahme bzw. Umverteilung (sogenannte relocation) von Asylsuchenden oder Flüchtlingen einer einfachen Geldzahlung gleichgestellt, sogar an außereuropäische Drittstaaten zur Flüchtlingsabwehr. Als Ziel wird eine [Umverteilung von 30.000 Menschen](#) pro Jahr angegeben. Wenn ein Staat nicht aufnehmen will, muss er 20.000 € pro nicht aufgenommener Person zahlen. Damit ist eine wirksame Entlastung der Außengrenzstaaten nicht sichergestellt.

Eine neue Idee in den nun von den EU-Innenminister*innen beschlossenen Ratspositionen sind die sogenannten »responsibility offsets«. Dies kann als eine Art ergänzende Form der Solidarität angewendet werden und Deutschland könnte dann z. B. anstatt Geflüchtete wie abgemacht aus Griechenland zu übernehmen, keine Rücküberstellungen nach Griechenland durchführen. Wenn sich der überlastete Mitgliedstaat aber nicht an die verschärften Dublin-Regeln der AMM-Verordnung hält, so müssen die anderen Mitgliedstaaten ihm keine Solidarität zeigen oder die Aussetzung der Rücküberstellungen (»responsibility offsets«) anwenden.

Diese Reform ist notwendig, weil sie die Kommunen entlasten wird? Das stimmt nicht!

Auch das Argument, wie von Justizminister [Marco Buschmann bei Twitter](#) vorgebracht, dass nun die Kommunen in Deutschland entlastet werden, ist völlig fehlgeleitet. Denn erstmal muss diese Reform noch zwischen Europaparlament und Rat final verhandelt und beschlossen werden. Dann gibt es eine Umsetzungsfrist, bevor die neuen Rechtsbeschränkungen überhaupt greifen. Es können also leicht bis zu drei Jahre vergehen, bis die Reform wirksam in Kraft ist. Für die Kommunen wird dies also aktuell keinen Unterschied machen und ob dies in Zukunft der Fall sein wird, ist ebenso fraglich. Denn es darf nicht vergessen werden: Die Reform wird auch in Deutschland gelten und hier zu starken Rechtsänderungen führen, die erstmal umgesetzt werden müssen. Und wenn sich die Lage an den Außengrenzen so verschärft, werden viele Schutzsuchende erst recht versuchen, in anderen Mitgliedstaaten Schutz zu bekommen.

<https://www.proasyl.de/news/ausverkauf-der-menschenrechte-deutschland-stimmt-fuer-aushebelung-des-fluechtlingssschutzes/>

(1) Anm. der Redaktion, 11.6.: auch Von der Leyen reist hin.

[FAQ zur geplanten Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems \(GEAS\)](#)

[Grenzen schließen und abschieben? Die Vorschläge von Friedrich Merz im PRO ASYL Faktencheck](#)

[Haftlager an den Außengrenzen und Abschiebungen in Drittstaaten: Ist das die Zukunft?](#)

Wenn Menschenrechte verschwinden: Die Bundesregierung bricht mit ihren eigenen im Koalitionsvertrag festgehaltenen menschenrechtlichen Positionen!

<https://aktion.proasyl.de/menschenrechte-verschwinden/>

208 Organisationen: Es gibt nur eine Menschenwürde – Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen! - Appell

Viele Geflüchtete erhalten zum Leben lediglich Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz – und damit weniger als das neue Bürgergeld. Aber die Menschenwürde kennt nicht zweierlei Maß. Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und Anwält*innenverbände fordern gleiche Standards für alle: Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden. Die Betroffenen müssen in das reguläre Sozialleistungssystem eingegliedert werden.

Mehr: <https://www.proasyl.de/asylbewerberleistungsgesetz/>

Heribert Prantl

Migration: Wir können uns einmauern oder den Reichtum teilen

Die EU hat sich endgültig für das Einmauern entschieden.

Der Asyl-Kompromiss lässt ein Asylrecht nur noch dem Namen nach bestehen.

«Zu den Grundirrtümern der letzten Jahrzehnte gehört der Glaube, dass man Flüchtlinge wirklich gerecht sortieren könne: In «gute» Flüchtlinge, die aus politischen Gründen, und in «böse» Flüchtlinge, die aus wirtschaftlichen Gründen fliehen. Alle Anstrengungen wurden darauf gerichtet, alle sind sie gescheitert. Stets hat man die Probleme am Schwanz statt am Kopf gepackt. Mit Paragraphen hat man versucht, Schicksale zu verwalten. Wann wurde je mit gleicher Kraft versucht den Menschen dort zu helfen, wo sie das Schicksal trifft? Fluchtsituationen entstehen doch nicht deshalb, weil es die Bundesrepublik mit dem Grundrecht auf Asyl gibt.»

So steht es in meinem ersten Leitartikel zum Thema Asyl, der 1990 in der *Süddeutschen Zeitung* erschien – drei Jahre bevor dann das Asylgrundrecht nach einer langen, wilden Debatte massiv eingeschränkt wurde. Es war dies damals mein erster großer Text über Migration, und er endete so:

«Die Überlegungen zur Bekämpfung von Fluchtursachen stehen erst am Anfang. Man wird eine völlig neue Form von Entwicklungshilfe in einer völlig neuen Dimension erfinden, man wird gewaltige Hilfsprojekte in Angriff nehmen müssen. Es gibt nur eine Alternative: Wir können uns einmauern oder unseren Reichtum teilen.»

Die europäische Politik hat sich nun endgültig für das Einmauern entschieden. Der Asyl-Kompromiss, der vom Europäischen Rat beschlossen wurde, lässt ein Asylrecht und den Flüchtlingsschutz nur noch dem Namen nach bestehen.

Vor dreißig Jahren war für den damaligen Kanzler Kohl die Änderung des Asylgrundrechts ein Akt der Staatsnotwehr gegen die Flüchtlinge. Angreifer waren jedoch nicht die Flüchtlinge, sondern die Neonazis und Ausländerfeinde. Ich war damals gegen den deutschen Asylkompromiss und ich bin heute gegen den europäischen Asylkompromiss. Ich war und bin dagegen, dass Asylpolitik gemacht wird nach dem Motto «Wo gehobelt wird, da fallen Späne». Menschen, Flüchtlinge, Flüchtlingsfamilien sind keine Späne. Ich war und bin dagegen, dass über Menschen mit juristischen Fikti-

onen entschieden wird. Zu den juristischen Fiktionen gehört das Modell der angeblich sicheren Herkunfts- und Drittstaaten, das vom EU-Asylkompromiss jetzt exzessiv ausgebaut wird. Ich war und bin dagegen, Flüchtlinge absichtlich schlecht zu behandeln, um auf diese Weise vermeintliche Anreize zu begrenzen. Ich war und bin gegen Haftlager, in die sogar Familien gesperrt werden. Ich war und bin dagegen, Flüchtlinge, wenn sie nicht aus der Ukraine kommen, als Menschen dritter Klasse zu behandeln. Solche politische Rohheit ist ansteckend. Ich bin für eine Flüchtlingspolitik, die von der Devise ausgeht: Handeln wir so, wie wir selbst behandelt werden wollten, wenn wir Flüchtlinge wären.

Und was hat es genutzt?

Seit über drei Jahrzehnten kommentiere ich jetzt zum Thema Migration. «Und was hat es genutzt?», fragen mich meine Journalistenschülerinnen und Journalistenschüler, bei denen ich Kommentar-Unterricht halte. Ja, was hat es genutzt? Das habe ich mich bei den aktuellen Nachrichten über den europäischen Asylkompromiss auch gefragt. Aber: Wenn man gegen den Strom schwimmt, kann man nicht erwarten, dass der Strom deswegen seine Richtung ändert. Soll, muss ein Kommentator so vehement Partei ergreifen? Ja! Aber nicht für eine politische Partei, sondern für eine Sache, manchmal auch für eine Person; für die Grundrechte vor allem und im Zweifel: für die Schwachen.

Es geht um mein Selbstverständnis als politischer Journalist. Darüber habe ich in meinem neuen Buch nachgedacht, das in zwei Wochen erscheint. Es heißt «Mensch Prantl. Ein autobiographisches Kalendarium». Es ist ein Bekenntnis zu einem Satz, der in der Präambel der Schweizerischen Verfassung steht und der mir seit jeher gut gefällt: «Die Stärke eines Volks misst sich am Wohl der Schwachen.» Das gilt auch für und in Europa.

Dieser Kommentar des Kolumnisten und Autors Heribert Prantl erschien am 11. Juni 2023 als «Prantls Blick» in der Süddeutschen Zeitung. - [infosperber.ch](https://www.infosperber.ch)

Heribert Prantl, 4. Juni 2023 : Flüchtlinge gelten als Feinde unseres Wohlstands - [infosperber](https://www.infosperber.ch)

Frankreich

Über die **Kämpfe gegen die Rentenreform** haben wir schon in [SiG 149](#) und [150](#) berichtet. Das Gesetz zu den Renten hatte die Regierung unter Ausnutzung des Paragraphen 49.3 am Parlament vorbei beschlossen. Der Verwaltungsrat hat das Vorgehen der Regierung am 14. April 2023 gebilligt. **Die Proteste und Streiks gingen aber weiter.**

Werner Rügemer Macron, BlackRock & Co

Die Bedeutung der demokratischen Opposition in Frankreich für ganz Europa

Vorwort zur französischen Auflage des Buchs „Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts“

Köln, im April 2020 - Staatspräsident Emmanuel Macron repräsentiert in Frankreich das, was Donald Trump in den USA und Boris Johnson in Großbritannien repräsentieren: Den Versuch der neuen Kapitalorganisatoren wie BlackRock, Blackstone, KKR und Amundi, die Regierungen, Staaten, Nationen noch direkter für ihre privaten Interessen umzuformen, zu pervertieren. Mit dem Rothschild-Banker Macron und dem Immobilien-Hai Trump gehen Kapitalisten direkt vom Unternehmen in die Regierung.

Am 7. und 8. Januar 2020 drangen Eisenbahner und Lehrer in Paris in das Bürohaus ein, in dem die französische Filiale von BlackRock residiert. Sie demonstrierten gegen die Pläne der verkürzten und privatisierten Rente, die Macrons Regierung mit BlackRock ausgemauschelt hatte.

Lange hatten die Regierungen in der ganzen Europäischen Union das Vordringen von BlackRock & Co verschwiegen. Dann zeichnete Macron im Januar 2020 BlackRocks Einflussagenten in Paris, Jean-Francois Cirelli, zum Offizier der Ehrenlegion aus. Da erwachte in breiter Front die Frage: Wer ist Cirelli? Ach so, die Öffentlichkeit hatte es nicht bemerkt: Der Privatisierungs-Akteur ist bereits seit 2015 der hochbezahlte Präsident von BlackRock in Frankreich. Und deshalb kam der BlackRock-Chef, Lawrence Fink, Herr über 7 Milliarden US-Dollar weltweit, extra aus New York zur Feier in die französische Hauptstadt.

Erst da wurde allmählich klar:

*BlackRock hatte sich während des letzten Jahrzehnts zum größten Eigentümer von Unternehmen in Frankreich gemacht, wurde Aktionär gleichzeitig bei AXA, Vinci, Saint Gobin, Sanofi, Société Générale, BNP Paribas, Michelin, Vivendi, Lafarge, Alstom, Air Liquide, Accor, Schneider, Total, unbail rodamco, Valeo, Engie, zum Beispiel.

*Macron hatte kurz nach seinem Wahlsieg am 25. Oktober 2017 die weltweit zwei Dutzend größten westlichen Investoren in den Elysée eingeladen – zu seiner rechten Seite saß Lawrence Fink, Chef von BlackRock, begleitet von George Osborne, dem ehemaligen Finanzminister der Tories in England: Sie stellten schon damals das Programm für die „Reform“ und die Privatisierung der Renten vor;

*Ein anderer führender US-Kapitalist, Henry Kravis von KKR, der zweitgrößte Private Equity-Investor, hatte neben dem US-Spekulanten George Soros den Wahlkampf Macrons mitgesponsert;

*KKR hat schon seit 2002 ein paar Dutzend Unternehmen in Frankreich gekauft und verwertet und ist gegenwärtig Eigentümer von 18 Unternehmen und hofft, Frankreich als „strategischen Standort“ in der EU weiter auszubauen, mit Hilfe von Macrons Niedriglöhnen, Subventionen und Polizeiknüppeln.

Macron: Das ist moderner Nationalismus und Rassismus („Make France great again“) - und gleichzeitig die Wiederbelegung des vorgestrigen reaktionären Katholizismus. Macron: Das ist das demagogische Versprechen eines „grünen Kapitalismus“ (in der Umwelt-Allianz mit BlackRock und Staats-Fonds aus den Golf-Scheichtümern) - und gleichzeitig die tödliche Aufrüstung für weltweite Kriege und brutaler Polizeieinsatz gegen die Opposition.

Die linke, demokratische, gewerkschaftliche, vielfältige Opposition in allen Staaten Europas steht an der Seite der starken, vorbildlichen Opposition gegen das Milieu Macron. Die Erfolge gegen Macron haben Bedeutung für ganz Europa! Die demokratische, friedliche, soziale Neugründung Europas steht an!

Ende März 2020 teilte BlackRock-Chef Lawrence Fink seinen Aktionären mit: Die „Corona-Krise“ bietet „großartige Gelegenheiten“ für uns. Weitere Aufkäufe von Unternehmen, die Digitalisierung, die private Rente – wir müssen diese Gelegenheiten nur ergreifen. Und BlackRock, Großaktionär der wichtigsten Öl-, Kohle-, Rüstungs-, Digital- und Frackingkonzerne hat mit Macron und dem Weltwirtschafts-Forum die neue Umwelt-Allianz gegründet. Und die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hat BlackRock im April 2020 zum Berater für Umwelt, Soziale und Gutes Regieren berufen – wir, die Opposition in Europa, haben viel zu tun!

92 Organisationen an die Europäische Kommission:
Kündigen Sie den Vertrag mit BlackRock! (2020)
Text in [SiG 137](#); <https://www.blackrocktribunal.de/>
<https://www.changefinance.org/take-action/blackrock/>

Einige Bemerkungen zu autoritär repressiven Tendenzen und zum Verhalten der deutschen Medien zu diesem Konflikt.
von Udo Fröhlich (NDS-GK Hamburg, nachdenken-in-hamburg.de)

https://nachdenken-in-hamburg.de/wp-content/uploads/2023/04/23.0427_Frankreich-Beitrag-UE.pdf

Frankreich: Der Kampf geht weiter, nicht nur gegen die Rentenreform

Für die Millionen Menschen in Frankreich, die seit langer Zeit streiken, blockieren, demonstrieren – nicht nur gegen die Rentenreform! – und doch feststellen müssen, dass sie die Rentenreform oder andere Regierungsmaßnahmen nicht kippen können, stellt sich die Frage:

Wie können endlich die Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten verändert werden?

Auf der einen Seite

- **Die Regierung – im Dienste der Superreichen und Konzerne** –, die Regelungen durchboxt (**SiG 128**).

- **Die EU-Kommission**, die 2019 die französische Regierung lobte, eine „ehrgeizige Reform“ durchzuführen. Diese sah insbesondere eine Anhebung des gesetzlichen Rentenalters von 62 auf 64 oder 65 Jahre vor. (Im Rahmen des „Europäischen Semesters 2019“ wurden 15 Länder aufgefordert, ihre Rentensysteme zu reformieren.)

- **Starke Medien**, manche im Besitz von Milliardären (<https://www.monde-diplomatique.fr/cartes/PPA>).

Sie fungieren als Sprachrohr der Regierung und versuchen gewerkschaftlichen und linken Alternativen zu diskriminieren (**acrimed: Die Wächter der sozialen Ordnung**).

- Intensive vielfältige Versuche, im Volk **Spaltungen** zu provozieren bzw. zu forcieren (nicht nur die Rassemblement National tut es).

- **Zunehmende polizeiliche und gerichtliche Repression**, auf der Grundlage von „Anti-Terror“-Gesetzen (S. 33-35), **Attac Frankreich und andere (2020): „Wir gleiten langsam aber sicher in ein autoritäres Regime, einen illiberalen Staat, einen Polizeistaat“**, **SiG 139**.

- (Beabsichtigte) **Verbote von Organisationen und Bündnissen** (z. B. Auflösung von „Soulèvements de la Terre“)

Auf der anderen Seite

- Zunehmende, sehr fundierte und detaillierte **Kritik an den Regierungsmaßnahmen** (z. B. vom wissenschaftlichen Beirat von Attac Frankreich, **Les possibles**, von den Gewerkschaften, Hochschulmitgliedern, alternativen Medien); Ausarbeitung und Verbreitung von **Alternativen**.

- „**Kulturrevolution**“ für ein „anders Leben“ = gutes Leben (solidarisch, umweltschonend), z. B. **Lied von HK**,

<https://lessoulevementsdelaterre.org/>,

<https://reporterre.net/Alternatives>.

- **Stärkerer Zusammenhalt**: z. B. ein dauerhaftes außergewöhnliches **Gewerkschaftsbündnis**; längere Streiks, die Unterstützung erfahren; Mitgliederzuwachs bei allen Gewerkschaften; viele **weitere nationale Bündnisse** (z.B. **Alliance écologique et sociale**, „Plan zum Ausweg aus der Krise“, Mai 2020, in **SiG 137**).

Bündnisse um einzelne ökologische und soziale Fragen

(Gewerkschaft Solidaires: „Es geht nicht nur um Renten“ -

Übersicht über die **Arbeitskämpfe**; z. B. Kampf gegen den

Tunnel zwischen Lyon und Turin; weitere lokale Kämpfe:

<https://reporterre.net/Alternatives>), dabei eine gute Portion

Witz (Beispiele: <https://www.facebook.com/luttesinvisibles>)

Bündnisse gegen Repression (<https://desarmons.net/>) und

Diskriminierung (<https://antiracisme-solidarite.org/>).

- **Stärkere und breite Mobilisierungen** auch in kleineren Städten; Millionen von Menschen waren und sind aktiv,

z. B. **Musiker**, die ihren Einsatz für eine öffentliche

geförderte Kultur mit einem Konzert vor dem

Kultusministerium unterstreichen.

- **Politische Zusammenschlüsse** (**NUPES**).

Marie-Dominique Vernhes, 27.06.2023

Verhaftungen und Auflösungen:

Attac Frankreich unterstützt UmweltaktivistInnen und "Soulèvements de la terre"

Mittwoch, 21. Juni 2023 – [France.attac.org](https://france.attac.org) - Gestern Morgen erfuhren wir, dass eine neue Welle von Verhaftungen und Hausdurchsuchungen bei UmweltaktivistInnen im ganzen Land stattfindet, und heute Morgen erfahren wir die **Auflösung der „Soulèvements de la terre“ durch den Ministerrat**. (1)

Attac unterstützt die Umweltaktivistinnen und -aktivisten und protestiert gegen solche autoritären Methoden; **wir fordern die sofortige Freilassung der inhaftierten Personen**. Wir lehnen die Auflösung der "Soulèvements de la terre" ab und rufen dazu auf, sich den **Versammlungen in ganz Frankreich am 21. und 28. Juni vor den Präfekturen** anzuschließen, um die Regierung daran zu erinnern, was ihre Prioritäten sein sollten.

Niemand kann den wichtigen Beitrag von „Soulèvements de la Terre“ und die Sichtbarkeit unserer Umweltschutzkämpfe ignorieren. Niemand kann ignorieren, dass eine Regierung, die bereits für ihre Untätigkeit und Verantwortungslosigkeit angeprangert wurde, in Zeiten der globalen Erwärmung, des Zusammenbruchs der Artenvielfalt und des Massenaussterbens Umweltaktivist*innen bestraft.

Wir verurteilen diese Regierung, die wieder einmal die soziale Umweltbewegung angreift.

Unter dem Deckmantel der öffentlichen Sicherheit sollen diese Repressionsmaßnahmen die Zusammenarbeit mit den wahren Klimakriminellen verschleiern: der **Agroindustrie** und den Umwelt zerstörenden multinationalen **Konzernen**. Gegen die Plünderung unserer Gemeingüter wie Land und Wasser **muss der Kampf für die Verteidigung des Lebens und für soziale und Klimagerechtigkeit Priorität haben**.

Attac trägt schon seit langem zu diesen Kämpfen bei. **Trotz der zunehmenden Beeinträchtigung unserer Grundrechte und der Gewalt einer Regierung**, die sich auf einen repressiven, die Aktivistinnen und Aktivisten kriminalisierenden Kurs eingelassen hat, werden wir uns weiterhin gemeinsam mit zahlreichen anderen Vereinen, Kollektiven und Organisationen für die Verteidigung unseres Gemeinwesens und unserer Grundrechte einsetzen!

(1) SiG-Red.: = „Aufstände der Erde“, Aufruf:

<https://lessoulevementsdelaterre.org/de-de/blog/nous-sommles-les-soulevements-de-la-terre>

Berichte: **Basta**, <https://reporterre.net/Luttes>

Attac Frankreich:

Attac und mehrere Verbände im Visier der Regierung:

Stoppt die Kriminalisierung der sozialen und ökologischen Bewegungen!



Freitag, 23. Juni 2023 - Nachdem die Regierung die Rentenreform durchgeboxt und ihre GegnerInnen gewaltsam unterdrückt hat, startet sie – zusammen mit ihrer (relativen) Parlamentsmehrheit und ihren Verbündeten – einen neuen, beispiellosen Angriff auf die Vereinigungsfreiheit.

Wie zwei weitere Organisationen, die sich für soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit einsetzen (Extinction Rebellion und Dernière rénovation), erhielt Attac in den letzten Tagen eine Vorladung der Nationalversammlung für den 26. Juni im Rahmen eines Untersuchungsausschusses. Dieser bezieht sich "auf die Strukturierung, die Finanzierung, die Mittel und die Aktionsmodalitäten der Kleingruppen, die für die Gewalt anlässlich der Demonstrationen und Versammlungen zwischen dem 16. März und dem 3. Mai 2023 verantwortlich sind, sowie auf den Verlauf dieser Demonstrationen und Versammlungen".

Die Vorladung von Attac wurde schließlich auf den 18. Juli verschoben, die beiden anderen Vorladungen bleiben unverändert. Diese Vorladungen reihen sich ein in die zahlreichen Versuche der Regierung, die sozialen und ökologischen Bewegungen einzuschüchtern und zu kriminalisieren.

Gérald Darmanin hatte bereits die Demonstrant*innen gegen den künstlichen Mega-Wasserbecken in Sainte-Soline als Ökoterroristen bezeichnet und später die Zuschüsse für die Menschenrechtsorganisation "Ligue des droits de l'homme" in Frage gestellt. Die Regierung überschritt eine weitere rote Linie, als sie etwa 15 Umweltaktivisten verhaftete und die Auflösung der Organisation "Soulèvements de la Terre" (Aufstände der Erde) ankündigte.

Heute erfuhren wir, dass der Vereinigung Anticor die Zulassung entzogen wurde, die es ihr ermöglicht, ihre Aufgabe der Korruptionsbekämpfung wahrzunehmen und im Namen des öffentlichen Interesses Strafanzeigen zu erstatten.

Drei weitere Vereine – Attac, Extinction Rebellion und Dernière rénovation – sind nun ebenfalls ins Visier geraten, indem sie auf kaum verhüllte Weise mit der Organisation von "Gewalt" bei Demonstrationen und Kundgebungen in Verbindung gebracht werden.

Die Regierung scheint entschlossen, die Mobilisierung von umweltschützenden Menschen zu unterdrücken. Dies geht so weit, dass mehrere Verbände der Umweltbewegung, darunter Attac, heute in einem auf Politis veröffentlichten Beitrag die Frage stellen: "Kann man noch den Gehorsam verweigern?"

Seit 25 Jahren trägt unser Verband zur öffentlichen Debatte bei, liefert seine Vorschläge und agiert friedlich für steuerliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit. Angesichts der ernsthaften Drohungen der Regierung gegen die Demokratie und die sozialen Mobilisierungen bleibt Attac entschlossen, die Vereins- und öffentlichen Grundrechte zu verteidigen und sich alle Mittel zur Organisation einer kollektiven Gegenwehr zu verschaffen!

Die Verschärfung der Repression bedeutet für unseren Verband in der Tat, dass bestimmte Ausgaben (Anwaltskosten, Rechtsberatung, Zahlung von Bußgeldern) steigen. Sie können uns finanziell dabei unterstützen, dies zu bewältigen.

Unsere Ressourcen beruhen auf Mitgliedschaftsbeiträge und Spenden. Jede Unterstützung ist willkommen!

[France.attac.org](https://france.attac.org)

Alltägliche Kontrollen und Repression auf französisch

Im Bereich der demokratischen Rechte haben die Republikaner, die Rassemblement National (RN) und Macrons Abgeordnete gerade in erster beschleunigter Lesung im Senat und in der Nationalversammlung ein „**Olympia-Gesetz**“ verabschiedet, das unter dem Deckmantel der Sicherheitsmaßnahmen dauerhaft **Kontroll-, Filter- und Massenüberwachungsvorrichtungen** an öffentlichen Orten und im Verkehr durch Videoüberwachung einführt, wobei algorithmische Werkzeuge zur Analyse von Verhaltensmustern eingesetzt werden, die gespeichert werden können.

Frankreich wäre damit Vorreiter bei neuen Techniken, die sehr leicht zu neuen Werkzeugen gegen das Recht auf Versammlungen und Demonstrationen und die Kriminalisierung von Aktionen in öffentlichen Gebäuden werden können. (Léon Crémieux, 9. April 2023, [Alencontre](#))

Die **Menschenrechtskommissarin des Europarates, Dunja Mijatovic**, hat sich am 24. März 2023, alarmiert über „exzessive Gewaltanwendung“ gegenüber Demonstranten gegen die Rentenreform geäußert und **Frankreich aufgefordert**,

das Demonstrationsrecht zu respektieren. „Es kam zu gewalttätigen Zwischenfällen, von denen sich einige gegen die Ordnungskräfte richteten. Aber sporadische Gewalttaten einiger Demonstranten oder andere verwerfliche Handlungen anderer Personen während einer Demonstration rechtfertigen nicht die übermäßige Anwendung von Gewalt durch Staatsbeamte. Diese Handlungen reichen auch nicht aus, um friedlichen Demonstranten den Anspruch auf das Recht auf Versammlungsfreiheit zu verwehren.“

Ein Gesetz von Februar 2017 (noch unter dem Präsidenten Hollande) lockerte erheblich den Rahmen für den **Schusswaffengebrauch durch die Polizei**.

Polizisten dürfen sofort schießen, wenn sie eine „Befehlsverweigerung“ feststellen. 13 Menschen sind bei solchen Fällen von der Polizei 2022 getötet worden.

Weitere Infos: [LeMedia](https://lemedia.fr) 27.06.2023
<https://basta.media/ViolencesPolicieres>
[BastaMedia](https://basta.media) [BastaMedia](https://basta.media) 2
<https://reporterre.net/>
<https://www.politis.fr/permis-de-lutter/>

Vertreibungs-Operation Wuambushu auf Mayotte – [euronews](https://euronews.com), 18.5.2023

Sophie Blanchy, Ethnologin am CNRS: „70% der Bevölkerung von Mayotte lebt unter der Armutsgrenze der Metropole (...) und das führt natürlich zu den Problemen der Kriminalität und der Unsicherheit (die wir heute sehen), die absolut nicht zu 100% den Migranten anzulasten sind.“ Es hat schon immer Migration zwischen den Inseln gegeben, auch wenn Mayotte, das aufgrund der Unterstützung durch den französischen Staat

reicher ist, die sehr arme Bevölkerung der Komoren anzieht. Die Probleme der miteinander verbundenen Inseln müssen ganzheitlich angegangen werden.“

[Proteste von Gewerkschaften](#) (CGT, FSU und Solidaires) gegen die Hüttenzerstörungen und Abschiebungen. Ihre Forderung: gleiche Rechte (auch für Ausländer) und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen sowie echte Finanzmittel für Gesundheit, Bildung und Wohnraum für die gesamte Bevölkerung.

Gewerkschaftliche Strategien

Kommuniqué des Gewerkschaftsbündnisses



6. Juni 2023: Die Rücknahme der Reform durchsetzen und soziale Fortschritte erzielen!

Diese Reform ist brutal und ungerecht gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der Jugend, die alle verstanden haben, dass sie länger arbeiten müssen, ohne dass die privaten oder die öffentlichen Arbeitgeber jemals zur Kasse gebeten werden.

Die Rücknahme dieser Reform ist unerlässlich und würde es ermöglichen, endlich Fortschritte bei den Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu machen.

Das Gewerkschaftsbündnis erinnert daran, dass der Lohn von der Verteilung des Reichtums abhängt: Die Erhöhung der Löhne, der Renten und Pensionen, der sozialen Mindeststandards und der Studienbeihilfen ist eine Priorität. Der Mindestlohn (SMIC) muss ein Einstiegslohn bleiben und darf nicht zu einer Niedriglohnfalle werden, die die Beschäftigten ihr ganzes Berufsleben lang an den SMIC bindet.

Der Staat muss auch mit gutem Beispiel vorangehen und den Lohnindexpunkt im öffentlichen Dienst anheben.

In keinem Berufszweig darf es Löhne geben, die unter dem Mindestlohn liegen. Keine Rente darf nach einer vollständigen Beschäftigungsdauer unterhalb des Mindestlohns liegen. Die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern muss unverzüglich verwirklicht werden.

Für **ältere Menschen** müssen echte Umschulungsmaßnahmen und stufenweise Renten eingeführt werden. Im Hinblick auf Härtefälle und Berufsrisiken müssen alle 2017 abgeschafften Härtefallkriterien wieder eingeführt werden, um echte Frühverrentungen zu ermöglichen. Um die **Gesundheit der Beschäftigten** zu schützen, müssen Ausschüsse für Gesundheit, Sicherheit und Arbeitsbedingungen in Unternehmen mit 50 oder mehr Beschäftigten obligatorisch sein und mit mehr Rechten und Mitteln ausgestattet werden.

Um qualitativ hochwertige Tarifverhandlungen im Rahmen einer bewährten sozialen Demokratie zu ermöglichen und das Recht auf gewerkschaftliche Meinungsäußerung zu ver-

bessern, fordert die Intersyndikale eine Verbesserung und Stärkung der Mittel für die Personalvertreter in Bezug auf die Mandatsstunden, die generelle Etablierung von lokalen Vertretern, die Erhöhung der Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder sowie das Ende der Beschränkung auf drei aufeinanderfolgende Amtszeiten.

Um die **Gleichstellung von Frauen und Männern** zu erreichen, muss insbesondere der Index für Lohngleichheit grundlegend überarbeitet werden, Frauenberufe, die in der Mehrzahl am schlechtesten bezahlt werden, müssen aufgewertet werden, erzwungene Teilzeitarbeit muss verboten werden und es muss ein Indikator dafür eingeführt werden, den Verlauf der Berufstätigkeit zu erfassen. Diese Vorschläge würden im Übrigen das finanzielle Gleichgewicht des umlagefinanzierten Rentensystems stärken. Die Bestimmungen des IAO-Übereinkommens 190 gegen alle Formen von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz, einschließlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, müssen endlich umgesetzt werden.

Im Bereich **Umwelt** müssen den Personalvertretungen zusätzliche Rechte und Befugnisse eingeräumt werden, damit sie bei der Ausübung ihres Mandats pragmatisch und effizient vorgehen können.

Gemeinsam erinnern die Berufs- und Jugendgewerkschaften an ihre **Ablehnung jeglicher Angriffe auf das Prinzip der nationalen Solidarität** durch die Reform des Sozialhilfesystems RSA sowie der Verringerung der Arbeitslosenunterstützung, die zu einer Stigmatisierung der prekär Beschäftigten oder der Arbeitslosen führen.

Diese Vorschläge würden das finanzielle Gleichgewicht des umlagefinanzierten Rentensystems stärken, was unser kollektives Sozialschutzsystem bewahren und stärken würde.

Wir werden nicht locker lassen: Lasst uns gemeinsam, vereint und entschlossen für die Rücknahme der Reform und den sozialen Fortschritt kämpfen und am 6. Juni 2023 überall Streiks und Demonstrationen organisieren!

Sophie Binet, Generalsekretärin der Gewerkschaft CGT

Rentenreform: Nichts wird mehr wie früher sein

Sophie Binet, Generalsekretärin der CGT, äußerte sich am Freitag, den 16. Juni 2023, in einem Gastbeitrag in Le Monde. Sie blickt auf den Kampf gegen die Rentenreform und all die Kämpfe zurück, die es noch gegen das lebensfeindliche Gesellschaftsprojekt zu führen gilt, das uns Emmanuel Macron aufzwingen will ([CGT](#)).

Trotz einer Mobilisierung von Rekorddauer und -niveau wurde die Rentenreform verabschiedet. Sollte man daraus schließen, dass wir verloren haben? Nein.

Für Emmanuel Macron und seine Regierung wird jetzt alles komplizierter, und der Preis, den sie dafür zahlen müssen, wird hoch sein.

Andere Kämpfe werden ausgetragen.

Die Rentenreform wird Emmanuel Macrons Kochtopf (1) bis zum Ende seiner fünfjährigen Amtszeit sein. Und zusammen mit denen seiner Minister zieht er ein komplettes Kochgeschirr hinter sich her.

Wir werden nun alle uns zur Verfügung stehenden Hebel in Bewegung setzen, um diese brutale, ungerechte und ungerechtfertigte Reform weiterhin anzuprangern und ihre Umsetzung zu verhindern. Wir werden kämpfen, um durch das Fenster zu gewinnen, was wir durch die Tür verloren haben. Dazu rufen wir zur Einleitung von Verhandlungen in allen Unternehmen und Branchen auf, um Frühverrentungen aufgrund von besonderen Belastungen und die Anrechnung von Studienjahren zu erreichen.

Wir werden dafür kämpfen, dass die Agirc-Arrco-Verhandlungen, die demnächst über die Zusatzrente der Privatangestellten aufgenommen werden, zu einer Verbesserung des Rentenniveaus führen.

Es werden neue Vorschläge für ein Referendum mit geteilter Initiative eingereicht.

Wir werden jedes Dekret dieser ungerechten Reform anfechten. Und die Regierung wird das Parlament nicht vier Jahre lang mit einem Maulkorb überziehen können.

„Was ein Präsident gemacht hat, kann ein Präsident wieder rückgängig machen“

Erinnern wir uns. Was eine Regierung gemacht hat, kann eine Regierung wieder rückgängig machen. Was ein Präsident gemacht hat, kann ein Präsident wieder rückgängig machen. Jetzt oder in vier Jahren. Der Rest seiner fünfjährigen Amtszeit wird für Emmanuel Macron lang, sehr lang. Wenn er das Land jetzt wieder regieren will, wird er sich weniger um die Spitzenmanager und mehr um die soziale Lage des Landes und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kümmern müssen.

Wir haben in drei wichtigen Punkten gewonnen, die wertvolle Samen für die Zukunft sind.

Erstens haben wir den Kampf der Ideen gewonnen.

Trotz des Schlagworts „Es gibt keine Alternative“ (Formel von Margaret Thatcher) und der Medienhetze über die Notwendigkeit, „sich anzustrengen“, ist fast die gesamte Bevölkerung gegen eine Anhebung des Renteneintrittsalters.

Mehr noch: Eine große Mehrheit der Beschäftigten befürwortet die Rückkehr zum Rentenalter 60 – eine Maßnahme des gesunden Menschenverstandes, da es in vielen Berufen unmöglich ist, mit über 60 Jahren noch zu arbeiten. Dieses Streben, sein Leben beim Verdienen nicht zu verlieren, das bei den jüngeren Generationen sehr stark ausgeprägt ist, bildet einen entscheidenden Hebel.

Die Arbeit bleibt zentral, aber sie reicht nicht mehr aus. Sie muss einen Sinn haben, insbesondere angesichts der immer stärkeren ökologischen und sozialen Anforderungen, aber auch um ein Familien-, Sozial- und Staatsbürgerleben zu ermöglichen. Die Mobilisierung hat also zu einem Kräfteverhältnis geführt, das es ermöglicht, die Arbeitsbedingungen, aber auch den Arbeitsinhalt und die Arbeitszeit neu zu hinterfragen, wobei das Streben nach Arbeitszeitverkürzung, das lange Zeit vernachlässigt wurde, ein großes Comeback erlebt, insbesondere mit der Viertagewoche.

Einigkeit macht stark

Zweitens hat die Mobilisierung dank der Einheit, der Verantwortung und der Entschlossenheit der Gewerkschaftsorganisationen dazu beigetragen, die Gewerkschaftsbewegung wieder in den Mittelpunkt zu stellen. Die Ergebnisse sind greifbar: Seit Beginn des Konflikts haben sich mindestens 80.000 Lohnabhängige dafür entschieden, der CGT oder der CFDT beizutreten. (2)

Die Dynamik ist bei den anderen Gewerkschaftsorganisationen ähnlich. Und das ist erst der Anfang. Während selbst in Betrieben mit mehr als zehn Beschäftigten laut der französischen Direktion für Forschung, Studien und Statistiken (DARES) 42,5% der Beschäftigten in der Privatwirtschaft keiner Gewerkschaft angehören, ist diese Dynamik der Beitritte entscheidend dafür, das Kräfteverhältnis künftig zu verändern. Und genau das hat uns am 7. März 2023 und danach gefehlt, um den Streik auszuweiten.

Dank des Aufrufs der CGT traten die Beschäftigten in der Energiewirtschaft, der Abfallwirtschaft, der Glas- und Keramikindustrie, den Häfen und einem Teil des Transportwesens bis zu 40 Tage lang in einen verlängbaren Streik. Die Schwierigkeiten bei der Ausweitung stehen in direktem Zusammenhang mit dem niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Das muss geändert werden, um erfolgreiche Kämpfe zu verallgemeinern.

Wenn es gelingt, die seit 2010 nicht mehr erreichte Einheit der Gewerkschaften aufrechtzuerhalten und sie auf Branchen und Unternehmen auszudehnen, wird dies ein Hebel dafür sein, die Verhandlungen wieder in den Griff zu bekommen. Wenn die Gewerkschaften den Arbeitgebern geschlossen gegenüberstehen, sind sie in der Lage, den Spieß

umzudrehen und die Verhandlungen auf der Grundlage ihrer Vorschläge wieder in die Hand zu nehmen.

Drittens hat die Regierung dank unserer Mobilisierung weder eine soziale noch eine politische Mehrheit. Emmanuel Macron wird sich auf Dauer mit einem rekordverdächtigen Maß an Misstrauen auseinandersetzen müssen. Er ist in der Nationalversammlung in der Minderheit und die Verabschiedung jedes einzelnen Gesetzentwurfs wird einen hochriskanten Balanceakt erfordern ...

Trotz aller Bemühungen der Exekutive, die parlamentarische Arbeit zu blockieren, haben die Gewerkschaften nun unzählige Möglichkeiten, Bestimmungen zur Abstimmung zu bringen, wie zum Beispiel den von der CGT-Energie initiierten Gesetzentwurf zur Verstaatlichung der EDF (3) oder zum Erhalt des Instituts für Strahlenschutz und nukleare Sicherheit. (4)

In einer Position der Stärke

Wir standen einer radikalisierten Regierung gegenüber, die ihre Reform um jeden Preis durchsetzen wollte. Um den Preis von immer mehr Übergriffen und der Infragestellung von Grundrechten. Um den Preis des Aufstiegs der extremen Rechten – und dank ihr. Deren beispielloses Niveau hat der Regierung ermöglicht, ihr Vorhaben durchzuboxen, ohne eine politische Alternative fürchten zu müssen. Ein weiterer Beweis für die Gefahr, die von der extremen Rechten für die Arbeitswelt ausgeht. Diese Gewalt und dieser Zynismus haben – in einem demokratischen Land – nur in Margaret Thatcher einen Präzedenzfall. Allerdings hatte Thatcher eine parlamentarische Mehrheit, um ihre Reformen durchzusetzen. Ja, die Fünfte Republik ist „ein permanenter Staatsstreich“, wie François Mitterrand 1964 sagte.

Wir befinden uns nun in einem Langstreckenrennen.

Gegen Emmanuel Macron und seine Welt, aber auch gegen die extreme Rechte, die mit der Floskel „Wir haben alles versucht“ gedeiht. Mit seinem Durchmarsch versucht Emmanuel Macron, die Gewerkschaften in den gleichen Topf zu werfen. Das ist nicht gelungen.

Wir sind in einer starken Position, um die Lohnkonflikte zu vervielfachen. Beachten wir den großartigen Erfolg der Arbeiterinnen von Vertbaudet. (5)

Wir sind in einer starken Position, um das revolutionäre Projekt des Conseil national de la Résistance (6), nämlich eine Sozialversicherung, die „von der Geburt bis zum Tod schützt“, wieder aufleben zu lassen. Wir sind in einer starken Position, um in allen Unternehmen, in allen Regionen und in allen Berufen gewerkschaftliche Umweltpläne auszuarbeiten, um zu zeigen, dass die Antwort auf die Umwelt Herausforderungen einen Bruch mit der kapitalistischen Politik erfordert.

Die Dynamik, die Feierlaune und die Kultur des Gewinnens haben die Stärke der Bewegung ausgemacht. Wir haben wertvolle Samen für die Zukunft gesät, nun liegt es an uns, sie fruchtbar zu machen!

Anmerkungen der SiG-Redaktion

(1) Anspielung auf die „Casserolades“ (Topf schlagen), zuerst als Protest gegen eine Ansprache von Macron („Er hört uns nicht, also wollen wir ihn nicht hören“, siehe [Attac Frankreich](#), 17. April 2023), danach als „Empfang“ von Regierungsmitgliedern bei ihren öffentlichen Auftritten.



(2) <https://syndicollectif.fr/vague-dadhesion-aux-syndicats/>.

(3) <https://www.epsu.org/article/re-nationalisation-edf-clear-sign-change-needed>.

(4) <https://reporterre.net/Surete-nucleaire-les-deputes-sauvent-l-IRSN>.

(5) Erfolgreicher Streik von 72 Angestellten bei Vertbaudet für höhere Löhne und Festeinstellungen vom 20. März bis zum 2. Juni 2023 (CGT, 8. Juni 2023).

Vertbaudet (Versand von Kinderbekleidung) ist seit 2021 im Besitz von Equistone Partners Europe. Sophie Binet kommentiert: „Die Finanzfonds glauben, sie dürften die Arbeitnehmer zugunsten ihrer Aktionäre auswingen. Dies ist in immer mehr Handelsketten der Fall, insbesondere im Textil- und Bekleidungssektor“ (CGT, 17. April 2023).



Vertbaudet- Streikende

(6) https://de.wikipedia.org/wiki/Conseil_national_de_la_R%C3%A9sistance

- „La retraite à 60 ans, on s’est battu pour la gagner, on se battra pour la garder“ („Wir haben für den Rente mit 60 gekämpft, wir werden kämpfen, um sie zu behalten“) - [Lied](#) mit [Fotos](#) von Demonstrationen

- „Nous sommes debout, nous sommes là“ („Wir stehen auf, wir sind da“) – [Lied](#) von Paco Mercial „Nous on veut vivre“ („Wir wollen leben“): [Lied der Rosies](#) (Attac Frankreich)

Politische Alternativen?

„Nur ein sozialer und demokratischer Aufstand ist in der Lage, auf die Provokation der Machthaber zu reagieren. Die Rücknahme der Rentenreform bleibt das zentrale Thema; ein entsprechender Erfolg würde die derzeitige Macht unumkehrbar erschüttern. Aber die Frage ist, wie Macron und seiner Welt ein Ende zu setzen. Diese Frage ist nichts anderes als die Frage nach einer politischen Alternative, die diesen Namen verdient.“ ([Contretemps](#), 3. April 2023)

Politische Alternativen? Es gibt zwei große Zusammenschlüsse:

Bündnis von 20 Organisationen seit 2020, mit ihrem „Plan zum Ausweg aus der Krise“ ([SiG 137](#));
auf der parlamentarischen Ebene: die NUPES, s. dazu [SiG 145](#), Seiten 3-14.

Debatten um die gewerkschaftliche und politische Strategie in Frankreich sind u.a. hier dokumentiert:
<https://syndicollectif.fr>; <https://nvo.fr> (CGT); <https://www.contretemps.eu>; <https://basta.media>; <https://reporterre.net>;
<https://solidaires.org/sinformer-et-agir/brochures/argumentaires/>; <https://www.lemediatv.fr>;
<https://www.revolutionpermanente.fr>; <https://www.fondation-copernic.org>; [Balibar](#) 16.04.2023;

Dossier: Die Vorgehensweisen des neoliberalen Staates heute

in: Zeitschrift „**Les Possibles**“, auf Initiative des wissenschaftlichen Beirats von Attac Frankreich veröffentlicht,
<https://france.attac.org/nos-publications/les-possibles/numero-36-ete-2023/>

Die SiG-Redaktion tut ihr Bestes, um weitere Texte zu übersetzen...

Auswertung der Streiks 2023

Benoît Teste, FSU, [Syndicollectif](#), 9. Mai 2023:

Sie waren bereit, vier, fünf oder sechs Tage zu streiken, um ihre tiefe Ablehnung der Reform zum Ausdruck zu bringen, was uns eine Massenbewegung ermöglichte, aber nicht alle waren bereit, die Streiks zu verlängern oder an allen Mobilisierungstagen teilzunehmen. Diese Situation verhinderte das Übergehen in eine noch stärkere Bewegung.

Olivier Mateu, [Revue-ballast.fr](#): Wie bringt man Emmanuel Macron dazu, eine Reform zurückzuziehen? Erklären wir ihm, dass sie nicht gut ist? Das hat nicht funktioniert. Führen wir ihm vor, dass es eine bessere geben würde? Er hört nicht zu. Bleibt nichts anderes übrig, als sein System zu blockieren. Einmal pro Woche, sogar alle zusammen, reicht nicht.

In neun von zehn Fällen wird die Arbeit, die nicht erledigt wurde, am nächsten Tag oder am Vortag erledigt werden. Wir brauchen ein echtes Nachdenken darüber, wie man die Produktions- und Handelskette möglichst viel und so gut wie möglich stört. Sich zunächst auf das stützen, was wir noch an Kräften haben, also auf einige Schlüsselsektoren der Wirtschaft. Heute ist dies der Fall, da zunächst vier Verbände - Häfen und Docks, Chemie, Energie und Eisenbahner - vereinbart haben, zusammenzuarbeiten. Mehr als die gleichzeitige Aktion am selben Tag wird die kombinierte Aktion aller Verbände Wirkung zeigen:

Wenn der Container nicht am Montag vom Schiff abgeladen wird, sondern erst am Dienstag, wird er erst am Dienstag oder am Mittwoch transportiert. An diesen Tagen, wenn es einen Bahnstreik gibt, bleibt er am Kai stehen. Und am nächsten Tag, wenn die Fernfahrer einschreiten...Beginnen Sie zu verstehen? Ich spreche von einer verlängerbaren Bewegung, an der alle Berufsgruppen beteiligt sind, aber mit Intelligenz und Raffinesse organisiert.“

Spenden für Streikkassen sind weiterhin hilfreich!

<https://caisse-solidarite.fr/>

Attac Frankreich:

- **Strategische Orientierung 2022-2025**, in [SiG 146](#)
- **Die Scheinheiligkeit der RN angesichts der Rentenreform**
– in der [Dokumentation](#), März 2023

Francois Ruffin

über das Rassemblement National

Frankreich ist von Brüchen durchzogen und in drei Blöcke gespalten, den liberalen, den rechtsextremen und den linken, von denen heute keiner behaupten kann, die Mehrheit zu stellen.

Die RN, die seit Beginn des Kampfes im Hinterhalt lauert, weiß, dass die explosive Kombination aus sozialer Verzweiflung und dem Scheitern kollektiver Aktionen ihr den Impuls geben kann, der sie an die Macht bringen könnte. Die objektive Komplizenschaft zwischen dem Macronismus und dem Lepenismus bestätigt sich somit erneut auf der Ebene einer weitreichenden sozialen und politischen Krise. Jeder braucht den anderen, um ein politisches Feld zu strukturieren, das es dem einen als Ausdruck eines bürgerlichen Minderheitsblocks ermöglicht, letztlich an den Wahlurnen zu siegen, und dem anderen als fehlgeleitetem Ausdruck des Volkszorns, sich als einzige Opposition aufzuspielen, die ihn besiegen kann.

Selbst wenn wir nicht gewinnen, je stärker die Bewegung ist, je mehr Menschen sie an fortschrittliche Ideen bindet, je mehr die soziale Frage in den Mittelpunkt der Debatten gestellt wird, desto besser ist es für uns.

Das Abwärtsgefälle, das Gefälle der Gleichgültigkeit, das Gefälle des Ressentiments, ist nicht unser Kurs, sondern geht in Richtung der Rassemblement National.

Wir müssen den Hang hinaufklettern und dürfen die Resignation nicht zur Normalität werden lassen, sondern müssen sie in eine Hoffnung umwandeln. Und das müssen wir auf die eine oder andere Weise mit den Gewerkschaften tun, die ihre Rolle gezeigt haben ...

„Vor allem die Frage der Arbeit, die die Unterschicht untergräbt, muss wieder in den Mittelpunkt eines linken Diskurses gerückt werden.“

<https://francoisruffin.fr/actu/media/> und in [SiG 150](#)

Neue ökologische und soziale Volksunion (NUPES) Schwur vom 8. Juni 2023, Nationalversammlung

Wir, die Abgeordneten der interfraktionellen Arbeitsgruppe der NUPES, leisten heute einen feierlichen Schwur. Wir sind den grundlegenden republikanischen Prinzipien verpflichtet und bekräftigen, dass das Fundament jeder Souveränität in ihrem Volk und seiner Vertretung liegt. Daher verurteilen wir mit größter Entschiedenheit, dass es uns heute verwehrt wurde, die Abschaffung der Rente mit 64 zu prüfen und darüber abzustimmen. Getreu dem mehrheitlichen Willen des französischen Volkes, der in den letzten Monaten immer wieder zum Ausdruck gebracht wurde, insbesondere durch zahlreiche Mobilisierungen, und im Einklang mit allen Gewerkschaften, die sich zur Bekämpfung dieses Vorhabens zusammengeschlossen haben, werden wir für die Aufhebung dieses unrechtmäßigen Gesetzes kämpfen. **Wir bekräftigen unser gemeinsames Ziel, das Recht auf eine Rente mit 60 Jahren.** Wir geloben, mit allen uns zur Verfügung stehenden institutionellen Mitteln, bei unseren parlamentarischen Initiativtagen, bei den Haushaltsdebatten oder bei jeder anderen passenden Gelegenheit unermüdlich zu wirken, um eine Mehr-

heit zu vereinen, die dieser ungerechten und ungerechtfertigten Reform ein Ende setzt. Weil die derzeitige Regierung weiß, dass sie in der Minderheit ist, hat sie verhindert, dass wir abstimmen. Aber niemand kann einem freien Volk auf Dauer verbieten, seinem Willen Gehör zu verschaffen. Deshalb geloben wir, das Parlament stets gegen jedes Bestreben des Präsidenten zur Beschneidung seiner Rechte zu verteidigen. Die Geschichte hat uns gelehrt, dass eine Regierung, die die Rechte ihrer Opposition einschränken oder ersticken will, in Wirklichkeit die Rechte des gesamten Volkes einschränkt. Gemeinsam verpflichten wir uns, die parlamentarische Demokratie, die Rechte der Opposition, die soziale Demokratie und die Bürgerinitiativen, die durch den Missbrauch der Exekutive mit Füßen getreten werden, stets zu verteidigen. Es ist an der Zeit, die Fünfte Republik umzukrempeln. Das Volk kann auf unsere Entschlossenheit zählen.

Unterzeichnet von den Fraktionen, die der interfraktionellen Arbeitsgruppe der [NUPES](#) angehören. - [französischer Text](#)

Wir trauern um Maria Mies

Das erfüllte Leben einer engagierten Ökofeministin – ein Nachruf auf die Soziologin Maria Mies

„[...] Das Werk dieser ungewöhnlichen Frau, die am 15. Mai 2023 im Alter von 82 Jahren verstorben ist, dürfte wie kaum ein anderes geeignet sein, Männer in der politischen Linken, die sich, wie der Autor es von sich selbst zugibt, bislang kaum mit dem Thema „Patriarchat“ und dem Feminismus intensiver befasst haben, an einige der dringendsten Probleme der Menschheit heranzuführen: die globale Unsichtbarmachung von zutiefst ausbeuterischer Frauenarbeit und die Gewalt gegen Frauen. Der Analyse folgt hier am Ende der Entwurf einer Zukunftsperspektive. [...]“

[Vollständiger Nachruf](#) von Hans-Jürgen Kleine

*„Ich betrachte
Patriarchat und Kapital
als mein wichtigstes
Buch. Ich denke,
es ist besonders heute
wichtig und aktuell.“
(Maria Mies, 2015)*



Patriarchat und Kapital Vorwort zur Neuauflage 2015 ([Auszug](#))

Dieses Buch ist ganz überwiegend eine Frucht des Zorns. Zorn darüber, dass auch in den sogenannten fortschrittlichen Ländern Frauen Opfer von Diskriminierung und Gewalt sind. Wir Frauen trugen diesen Zorn auf die Straßen. Wir kämpften gegen den Abtreibungsparagraphen §,218, gegen die Ungleichbehandlung von Frauen am Arbeitsplatz, in der Bildung, in Wirtschaft und Politik. Vor allem kämpften wir gegen die Gewalt der Männer gegen Frauen in jeglicher Form, sei es durch Vergewaltigungen, im Rahmen häuslicher Gewalt, in der Bildung und in den Medien. [...] Ich schrieb Patriarchat und Kapital aber nicht nur aus Zorn. Ich wollte die Geschichte dieses frauenfeindlichen Systems, seine tieferen Entstehungsursachen und seine verschiedenen Manifestationen erforschen. Mir war klar, dass Zorn zwar wichtig ist, dass er uns aber ohne theoretische Begründung nicht zu einer Veränderung dieses Systems führen würde. Vor allem fehlten uns damals die richtigen Begriffe, um dieses System zu benennen. Wir nannten es »sexistisch«, »frauenfeindlich«, alles Begriffe, die das Ganze nicht erfassen. Ich suchte nach einem solchen umfassenden Begriff: Für mich war und ist »Patriarchat« der richtige Begriff. Ich entdeckte ihn jedoch nicht, indem ich viele Bücher las, sondern durch meine Erfahrungen in Indien, einem der ältesten der patriarchalen Länder der Welt überhaupt. [...] Vor allem aufgrund meiner Erfahrung in Indien verstand ich, dass die Unterdrückung der Frauen auch zu diesem kapitalistischen, imperialistischen System gehört, dass das Patriarchat auch im entwickelten Kapitalismus nicht aufgehört hat, sondern unsere modernen Gesellschaften in jedem Bereich prägt. Das heißt, wir leben bis heute in einem kapitalistischen Patriarchat. [...]

Wir trauern um Winfried Wolf

Lunapark-Redaktion

Liebe Freundinnen und Freunde,

Unser Freund und Genosse Winfried Wolf ist gestern am 22.05.2023 in Berlin gestorben.

Die Zeit, die er nach seiner schweren Erkrankung im Frühjahr 2021 noch gewinnen wollte, um seine Projekte in verschiedenen Bewegungen und Bündnissen fortzuführen, war ihm in diesem Frühjahr nicht mehr gegeben.

Wir empfinden einen schweren Verlust, dessen ganze Bedeutung wir vermutlich noch gar nicht ermessen können. Und wir sprechen seinen Angehörigen unser herzliches Beileid aus.

Noch Anfang des Jahres hat Winfried mit uns einen Aufenthalt in einem Südtiroler Berggasthof organisiert – und betont, wie wichtig ihm diese Zusammenkunft sei, selbst wenn er nicht mehr dabei sein könnte. Wir – das sind langjährige politische Freundinnen und Weggefährten aus der Redaktion von Lunapark21, aus dem Bürgerbahn-Netzwerk und der Bewegung gegen Stuttgart21, die er für dieses Treffen, dem Himmel so nah, zusammenbringen wollte.

Der Ort ist bedeutsam: Hier in Bad Dreikirchen hat Winfried an seinem visionären Standardwerk „Eisenbahn und Autowahn“ geschrieben, das bereits in den 80er Jahren theoretische Grundlagen legte für die heutige Verkehrswendebatte. Und hier hat er immer wieder Kraft geschöpft.

Winfried gab wichtige Impulse für die Diskussion zur Überwindung der Autogesellschaft.

Er setzte sich entschieden gegen eine Privatisierung der Deutschen Bahn ein und initiierte 2022 mit anderen das neue Bündnis „Bürgerbahn – Denkfabrik für eine starke Schiene“.

Winfried war für die meisten von uns schon in seinen und unseren jungen Jahren ein Linker, für den Theorie und Praxis



nicht auseinanderfielen, der mit seinen analytischen Fähigkeiten und seiner rhetorischen Begabung Grenzen überschreitende Zusammenarbeit und Zusammenhänge stiften konnte.

Die Absicht, linke Bewegungen in ihrer Zusammenarbeit zu unterstützen, verfolgte Winfried auch mit seinen publizistischen Initiativen, in der „Zeitung gegen den Krieg“, in der Solidaritätsarbeit mit streikenden Eisenbahnern, bei seinen Auftritten gegen Stuttgart 21 und vor allem in seiner Zeitschrift „Lunapark21 – Zur Kritik der globalen Ökonomie“ – und seit „Eisenbahn und Autowahn“ immer und immer wieder: als Vordenker von Verkehrswende und als Unterstützer der Klimabewegung.

Wir verlieren einen unermüdlichen Organisator, Ideengeber, Vernetzer, Analytiker, mobilisierenden Redner und einen sensiblen und vor allem wunderbaren Freund.

23.05.2023 - In Trauer: Tom Adler / Heino Berg / Jürgen Bönig / André Geicke / Bernd Köhler / Silke Koppermann / Andreas Müller-Goldenstedt / Joachim Römer / Christa Schnepf / Jürgen Hahn-Schröder / Barbara Straube
<https://www.lunapark21.net/> - [Traueranzeige](#)

Zeitung gegen den Krieg

Wir beklagen einen großen Verlust auch für die Bewegung gegen den Krieg

Anfang dieser Woche haben wir die Nachricht von Winfried Wolfs Tod erhalten, nach langer schwerer Krankheit. [...]

Winfried Wolf, von seinen Freunden Winnie genannt, war promovierter Politologe, inspiriert auch von Elmar Altvater, der ja ebenso wie Winnie Wolf Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac-Deutschland war. Er war Publizist, früherer Redakteur etwa der GIM Publikation „Was tun?“ (Gruppe Internationaler Marxisten), dann in der Phase einer versuchten gemeinsamen Parteibildung von Trotzlisten mit Maoisten (VSP - Vereinigte Sozialistische Partei) Redakteur der SOZ (Sozialistische Zeitung). Und er wurde im Weiteren ein führender Experte und Kritiker der dominierenden Verkehrspolitik, der Auto-Fixierung und der Bahn-Kapitalisierung.

Und nun seit vielen Jahren Herausgeber eines inhaltlich anspruchsvollen wie auch von der Gestaltung her ansprechenden Magazins „**lunapark 21, zeitschrift zur kritik der globalen ökonomie**“*. Schwerpunkt der letzten Ausgabe unter seiner Ägide: Weltwirtschaft, Krieg und Klima - Frühjahr 23.

Für die breite Friedensbewegung produzierte er seit einigen Jahren die „**zeitung gegen den krieg**“, zu der er selber Artikel beisteuerte – gehaltvolle Analysen vor allem auch, wie in der letzten Ausgabe ebenfalls vom Frühjahr 23, über die ökonomischen Hintergründe von Rüstung und Kriegsvorbereitung. Übrigens, was viele nicht wussten: als (parteiloser) Abgeordneter der PDS-Fraktion im Bundestag (von 1994 – 2002) war er nicht nur Mitglied im Verkehrsausschuß, sondern auch im Verteidigungsausschuss.

Winfried Wolf war ein konsequenter Kriegsgegner, er lehnte deutsche Waffenlieferungen generell ab, besonders aber auch in der aktuellen Lage in die Ukraine, – bei klarer Verurteilung des russischen Einmarschs dort.

Winfried Wolf war über Jahrzehnte ein intellektueller Anreger und Motor der emanzipatorischen Linken in Deutschland, ein Radikaler in dem Sinne, dass er die Wurzeln der tiefgreifenden Missstände unserer Gesellschaft zum Objekt der Untersuchung und der politischen Mobilisierung nahm. An seine starken Impulse und kenntnisreichen Analysen sollten wir weiterhin anknüpfen.

<https://zeitung-gegen-den-krieg.de/>

Die Redaktion vom Newsletter "Sand im Getriebe" drückt ihr Beileid der Familie und den Freundinnen und Freunden aus. Wir hatten die Freude, mehrere seiner Artikel zu veröffentlichen.